Dienstag, 12. Februar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 36 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Einem 22jährigen Offizier der „DDR"-Grenztruppen ist die Flucht in die Bundesrepublik gelungen. Unverletzt überwand er die Grenzsperren zum Kreis Hersfeld-Rotenburg. Zuvor hatte er einen Soldaten entwaffent und im Keller des Kontrollturms eingesperrt.

Nachfolger: Als Nachfolger für den Präsidenten von Gesamtmetall, Wolfram Thiele, hat das Präsidium dem Vorstand den 47jährigen Werner Stumpfe, bisher Vize-Präsident, vorgeschlagen. Nach achtjähriger Tätigkeit wolle Thiele auf der Mitgliederversammlung am 14. Juni nicht mehr kandidieren.

Einreise verweigert: Die „DDR" verweigerte dem Grünen-Abgeordneten Milan Horacek erneut die Einreise nach Ost-Berlin. Ein Grund wurde nicht genannt. Bereits vor einem Jahr war Horacek die Einreise verwehrt worden.

Mißtrauen: Der Landeshauptausschuß der Grünen in Hessen sprach der Landtagsgruppe im Zusammenhang mit der Zustimmung der Grünen für den von der SPD vorgelegten Teilhaushalt das Mißtrauen aus. Das Ja widerspreche den Beschlüssen der Landesversammlung.

Aussiedler: Die UdSSR erlaubte im Januar nur 39 deutschstämmigen Sowjetbürgern die Ausreise. Im vergangenen Jahr hatten im Monatsdurchschnitt 72 Rußlanddeutsche das Land verlassen dürfen. Nach Moskauer Angaben leben noch 1,9 Millionen Deutschstämmige in der UdSSR.

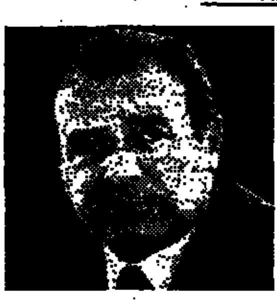
Anschlag: Bei einem Raketenanschlag ist das Gebäude der Staatsanwaltschaft der „Islamischen Revolution" in Teheran beschädigt worden. Zu der Aktion bekannte sich die Oppositionsbewegung der Volksmudschahedin.

Auftrag für Israel: Die Rüstungsindustrie Israels soll im Auftrag Pekings 9000 Panzer neu ausrüsten. Das Geschäft beläuft sich auf mehrere 100 Millionen Dollar. (S. 10)

Untersuchung: Wegen ihres Treffens mit PLO-Chef Arafat ist gegen sechs linksgerichtete Parlamentsabgeordnete Israels eine Untersuchung eingeleitet worden. Ein Sprecher des Justizministeriums teilte mit, es werde geprüft, ob die Abgeordneten die Sicherheitsinteressen Israels verletzt hätten.

Heute: Besuch Genschers in Rumänien (S. 10)

ZITAT DES TAGES



» Den klassischen Asylbewerber, der möglichst schnell wieder in seine Heimat zurückkehrt, den gibt es heute praktisch nicht mehr. Meist soll auf dem Umweg des Asylrechts ein dauerndes Aufenthaltsrecht in Deutschland erworben werden «

Heinrich Lummer, Innensenator in Berlin, in einem Gespräch mit der WELT (S. 4)
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Seehäfen: Die 13 größten Seehäfen der Bundesrepublik Deutschland schlugen 1984 mit 130,1 Millionen Tonnen 4,3 Prozent mehr um als 1983. Die Abteilung Seeverkehrs des Bundesverkehrsministeriums teilte mit, der Empfang sei um vier Prozent auf 85,7 Millionen und der Versand um fünf Prozent auf 44,4 Millionen Tonnen gestiegen. (S. 11)

Honda: Mit einem Motorenwerk in Swindon will Japans Automobilhersteller Honda ebenso wie Nissan die Autoproduktion in England aufnehmen. (S. 12)

Informationen: Mit einem neuen Profildienst wollen die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen und die Vereinigten Wirtschaftsdienste Firmen vom Sommer an rascher über Ereignisse im Ausland informieren. (S. 11)

Börse: Gewinnmitnahmen bei Aktien drückten zwischenzeitlich die Kurse. Zum Schluß zogen die Notierungen wieder an. WELT-Aktienindex 169,6 (170,0). Am Rentenmarkt war der Trend weiter nach unten gerichtet. BHF-Rentenindex 101,217 (101,354). Performance-Index 99,174 (99,279). Dollar-Mittelkurs 3,2573 (3,2426) Mark. Goldpreis je Feinunze 300,00 (299,80) Dollar.

KULTUR

Experimente: Fast alle 70 Theater der „DDR" haben sich in jüngster Vergangenheit in und außerhalb ihrer Häuser eine zweite Spielstätte aufgebaut – Felder bescheidener künstlerischer Experimente. Doch auch für die zusätzlich zum Spielplan angebotenen Stücke setzen SED-Zensoren der Probierfreudigkeit klare Grenzen. (S. 17)

„Messias": Voller eigenwilliger Visionen und mit zum Teil beklemmenden Bildern inszenierte der Maler und Regisseur Achim Freyer in der Deutschen Oper Berlin zum 300. Geburtstag von Händel den „Messias". Eine verwirrende Bilderfolge, die der klaren Aussage Händels entgegengesetzt ist. (S. 17)

SPORT

Fußball: Der Österreicher Ernst Happel bleibt bis zum 30. Juni 1987 Trainer beim Bundesligaklub Hamburger SV. Happel arbeitet bereits seit vier Jahren in Hamburg. (S. 9)

Ski Alpin: Der Schwede Ingemar Stenmark, erfolgreichster Skiläufer der vergangenen zehn Jahre, denkt an Rücktritt. Bei der Weltmeisterschaft in Bormio gewann er keine Medaille. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Verdacht: Ein Skandal erster Ordnung zeichnet sich in Frankreich ab. Françoise Verne, stellvertretende Direktorin der Münzprägeanstalt, wird verdächtigt, wertvolle Münzen entwendet und an Antiquare verkauft zu haben. (S. 18)

Unfall: Bei einem Unfall auf der Autobahn Nürnberg-München sind 16 britische Soldaten verbrannt. Ein Doppeldeckerbus fing Feuer, nachdem er auf einen Tanklastzug aufgefahren war, der Flugbenzin geladen hatte.

Wetter: Sonnig. Minus 4 bis minus 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Der Rentenstreit täuscht: Blüm und SPD angenähert

„Renten sind sicher" / Diskussion im Ollenhauerhaus ohne große Unterschiede

PETER JENTSCH, Bonn

Der SPD wird es künftig schwer fallen, die Rentenpolitik der Bundesregierung zu attackieren. Zu gering sind die Unterschiede zwischen der Regierung und der SPD-Opposition in der Bewertung der eigentlichen Problematik und den Wegen, die zur Lösung der aktuellen Liquiditätsengpässe sowie zur Bewältigung der künftigen strukturellen Schwierigkeiten beschritten werden müssen.

Das ist das Ergebnis eines „Disputs über die Renten", der gestern in der Bonner SPD-Parteizentrale zwischen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und dem nordrhein-westfälischen Sozialminister Friedhelm Farthmann unter Leitung von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ausgefochten wurde. Ziel war laut Glotz, den Rentnern „in der Bonner Luft voll gegenseitiger Vorwürfe" das Atmen nicht noch schwerer zu machen.

In der Tat können die Rentner, ginge es nach diesem Gespräch, aufatmen: Die Renten sind sicher, stellten Blüm wie Farthmann fest. Es gibt weder ein Massenelend unter den Rentnern, noch war jemals das Rentenniveau höher als heute – auch das mußte Farthmann Blüm zugestehen. Einig war man sich auch, daß die Sanierung der Rentenfinanzen nur auf allen Schultern zu erreichen sei, auf denen der Beitragszahler, der Arbeitgeber, des Bundes durch seinen Bundeszuschuß sowie der Rentner durch die Belastung mit ihrem Krankenversicherungsbeitrag. Auch letzterem stimmte Farthmann im Gegensatz zur SPD-Sozialexpertin Anke Fuchs zu: „Das Ziel ist richtig, nur nicht das Tempo, mit dem diese Regierung den Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung erhöht." Schließlich mußte der SPD-Politiker auch bekennen, daß Blüms Anrechnungsmodell bei der Hinterbliebenenversorgung gegenüber dem von der SPD favorisierten Teilhabemodell „bestechend meinem Gefühl von Gerechtigkeit entspricht".

Dabei erschienen die Fronten zu Beginn des Disputs noch unüberbrückbar, so als ginge es im einen Lager um CDU- und im anderen um SPD-Rentner, aber nicht um ihrer aller (finanziell) sorgenfreien Lebensabend. Blüm: „Ich habe die Rentenversicherung im Sturzflug übernommen. Wir mußten ihr in dieser Legislaturperiode 85 Milliarden Mark verschaffen. Wo wären die Renten heute, hätten wir das von der Opposition hart kritisierte Sparprogramm nicht durchgesetzt?"

Dagegen Farthmann: „Die Rentenpolitik dieser Regierung ist unsolide und unaufrichtig, die Sanierung der Finanzen Flickschusterei, die Renten schrammen weiter dicht an der Pleite entlang." Er forderte zur langfristigen Erhaltung des Rentenniveaus insbesondere die Einführung einer Maschinensteuer zur Verbesserung der Einnahmen.

Blüms Argumente gegen die Maschinensteuer – Abkehr von der Lohnbezogenheit der Rente, Wachstumshemmnisse für die Wirtschaft, Manipulierbarkeit durch den Gesetzgeber – überzeugten auch Farthmann: „Ich bin nicht unbedingt auf die Formel der Maschinensteuer programmiert, ich akzeptiere auch andere Lösungen", mußte er zugeben. Ob die Partei ihm folgt?

DER KOMMENTAR

Falscher Ansatz

GÜNTER ZEHM

Theodor Berchem, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, räumte in einem Rundfunkinterview ein, daß viele der jetzt per Überlastquote und zum Schaden der universitären Effektivität studierenden jungen Leute am Ende doch keinen ihrer Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz finden würden. Aber, so meinte der Präsident, akademische Arbeitslose seien immer noch besser als nichtakademische Arbeitslose. Deshalb gehe die derzeitige Überfüllung der Universitäten mit Studenten durchaus in Ordnung.

Das klingt nicht nur zynisch, sondern es ist auch falsch. Ein Jungakademiker, der Jahre schwierigsten Studiums hinter sich gebracht hat, nur um dann zu realisieren, daß er Däumchen drehen kann, hat erheblich mehr Frust zu verkraften als ein „normaler" Arbeitsloser. Zumal er unter Umständen erfahren muß, daß er an der Wirklichkeit vorbeistudiert hat, also die Arbeitsmarktentwicklung seine spezifische, durch das Studium erworbene Berufsrolle überflüssig gemacht hat.

Man muß außerdem an die Allgemeinheit denken. Es kann nicht das Ziel unserer Bildungspolitik sein, Millionen und Abermillionen Mark in das Studium von Leuten zu investieren, deren Berufe am Ende gar nicht gebraucht werden. Besser sollte man die Mittel, direkt oder indirekt, zur Förderung von Personen und Gruppen verwenden, die – sehr oft ohne Studium – neue Jobs erfinden, Lücken im Arbeitsmarkt erspähen, beispielsweise Dienstleistungsunternehmen aufmachen, und so effektiv zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Nicht anders als auf diese Weise ist es den Amerikanern gelungen, innerhalb historisch kürzester Frist nicht weniger als fünf Millionen Menschen in Lohn und Brot zu setzen. Es mag sein, daß dabei auch Mentalitätsunterschiede eine Rolle spielten. Bei den Amerikanern beginnt der moderne Mensch bekanntlich nicht erst beim Doktor oder Professor, mehr als Titel zählen praktische Tüchtigkeit und konkret in Dollar zu messender Erfolg. Aber ohne wenigstens einen Hauch dieses hierzulande oft von oben herab belächelten „Yankeetums" wird es nicht gelingen, in der Arbeitsplatzfrage gründlich Remedur zu schaffen.

Die Jugendlichen im akademischen Bereich einfach „Warteschleifen" ziehen zu lassen und im übrigen auf bessere Zeiten zu hoffen, ist gewiß das schlechteste Rezept. Weder die unter der Überlast stöhnenden Universitäten noch die Jugendlichen selbst noch die Gesellschaft haben etwas davon.

Peking setzt auf jüngere Führung

Reformen sollen durch „stabile Mannschaft" abgesichert werden / Parteikonferenz im September

DW./Jo. Peking

Die Pekinger Führung hat einschneidende Maßnahmen für eine „Verjüngungskur" des gesamten chinesischen Führungspersonals beschlossen, die auf einer Parteikonferenz im September mit Umbesetzungen des Zentralkomitees und der Hinzuwahl jüngerer Mitglieder im Alter von 30 bis 50 Jahren ergänzt werden sollen.

Wie alle großen chinesischen Tageszeitungen gestern zugleich bekanntgaben, setzte das Zentralkomitee für die Leiter der Führungsgremien von den Ministerien abwärts ein Höchstalter von 62 Jahren fest. Für Berater in staatlichen Institutionen, Ministerien und der Partei gelte eine Pensionsgrenze von 70 Jahren. Nach Möglichkeit sollen alle, die diese Altersgrenze überschreiten, noch vor September von ihrem Amt zurücktreten. Mit der Reorganisation der chinesischen Führung werde die gegenwärtige Öffnungs- und Reformpolitik im Wirtschaftsbereich abgesichert, heißt es in dem Bericht.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ältestenrates der chinesischen Partei, Bo Yibo, hat inzwischen in einem Gespräch mit der Hongkonger Tageszeitung „Ta Kungbao" die Ziele bei der Umbesetzung innerhalb der Partei genannt. Mit der Wahl der jüngeren Mitglieder, zu denen nach seinen Worten die beiden Vizepremiers Li Peng und Tian Jiyun gehören, soll eine „dritte Reihe" von Nachrückern in der Führungsgarnitur der Partei aufgebaut werden. Zur „zweiten Reihe" zählte er den Generalsekretär Hu Yaobang sowie Premier Zhao Ziyang. Oberste Führung bleibe der Vorsitzende des Ältestenrates und Militärbefehlshaber Deng Xiaoping, Staatspräsident Li Xianian, Marschall Ye Jianying und der Vorsitzende der zentralen Disziplinkommission Chen Yun. Diese Spitzengruppe hätte aber bereits in den vergangenen Jahren eine Reihe ihrer Ämter abgegeben.

Als weitere Maßnahmen hieß es gestern in Peking, daß noch vor Jahresende auch im Management der großen Wirtschaftsunternehmen des Landes jüngere Wirtschaftsführer verantwortliche Positionen einnehmen sollen. Als Kriterien für ihre Wahl wurden in erster Linie ihre Kenntnisse, Berufserfahrung und Entscheidungskraft genannt.

Seit 1982 sind nach Berichten der chinesischen Presse mehr als 80 000 junge Kader oder Beamte mittleren Alters auf verantwortungsvolle Posten auf Distrikt- oder höhere Ebene berufen worden. Das Durchschnittsalter habe sich damit bereits auf 42 bis 43 Jahre gesenkt. In den 41 Ministerien und Staatskommissionen sei im gleichen Zeitraum das Durchschnittsalter von 65 auf 59 Jahre gefallen. Zugleich wurde durch Straffung und Zusammenlegung der Behörden die Anzahl der Beamten bis zur Provinzebene um mehr als ein Drittel verringert. Die Beschleunigung dieser Entwicklung wurde nun als eine der Hauptaufgaben für das laufende Jahr bezeichnet, um „für die nächsten fünf bis acht Jahre eine stabile Mannschaft" an den Schalthebeln des Landes heranzubilden.

WRK-Präsident fordert mehr Mittel vom Staat

DW. Baden-Baden

Der „Studentenberg" an den deutschen Hochschulen ist nicht zu hoch, sondern der Staat gibt den Universitäten nicht genügend materielle Mittel, um mit dieser Überlast fertigzuwerden. Dies erklärte der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks. Noch für weitere 200 000 Studenten gebe es keine Alternative zum Hochschulstudium.

„Ich meine, es ist immer noch besser, mit Ausbildung arbeitslos zu sein als einfacher Arbeitsloser ohne Ausbildung", sagte Berchem. Er wolle darum die Zulassungsschraube nicht weiter zudrehen, sondern, „solange es eben geht", die Universitäten offenhalten.

Die Hochschulen wollten eine qualitative Ausbildung geben, sagte Berchem, „um wieder neue Nischen zu entdecken", um neue Arbeitsplätze zu schaffen. „Es geht nicht, wenn wir eine schlechte Ausbildung geben." Wenn wir auf Qualität Wert legten, und das tue im Augenblick ein jeder in diesem Staat, „vor allem die Politiker", dann gehe es nicht an, daß durch ständig mehr Studenten und immer weniger finanzielle Mittel dieses Ziel „kompromittiert" werde.

Es sei ihm ernst damit gewesen, so Berchem, als er mit der Verfassungsklage drohte, falls der Staat seinen Forderungen nicht nachgebe. Das könne zwar die WRK nicht tun, sondern die einzelne Hochschule müsse klagen.

Erneut Überfall auf äthiopisches Flüchtlingslager

DW. Genf

Rund 250 Männer sind von „bewaffneten Elementen" aus einem Flüchtlingslager in Äthiopien zwangsweise weggebracht worden. In einer Erklärung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hieß es unter Berufung auf Berichte von Rot-Kreuz-Mitarbeitern, daß es sich dabei um das Hilfszentrum Wahreb-Saharti in Mekele in der Provinz Tigre gehandelt habe. Die Verteilung von Hilfsgütern wurde unterbrochen.

Wie das IKRK gegenüber der WELT erklärte, vertreten Beobachter des Überfalls, der bereits am vergangenen Dienstag stattgefunden hat, die Meinung, daß es sich bei dem Kommando um Regierungs-Milizen gehandelt habe.

Auf Anfrage des Roten Kreuzes teilte die äthiopische Regierung auf diesen Verdacht hin mit, daß reguläre Streitkräfte für den Vorfall nicht verantwortlich seien. Sie sei aber bemüht, die Zusammenhänge der Deportation aufzudecken.

In jüngster Zeit hatte es wiederholt Presseberichte über die zwangsweise Umsiedlung tausender Flüchtlinge gegeben. So hatte die britische Rundfunkgesellschaft BBC unter Berufung auf Rot-Kreuz-Helfer berichtet, 2000 Menschen seien in Lastwagen getrieben und dann per Flugzeug in die Hauptstadt Addis Abeba geflogen worden. Die äthiopische Botschaft in London hatte solche Berichte als „bösartige Propaganda" zurückgewiesen, die die Tatsachen über das äthiopische Umsiedlungsprogramm verfälschten.

Moskau debattiert Rolle Andropows

„Prawda" würdigt seine Verdienste / „Geschichte der KPdSU" wertet seine Bedeutung ab

U. R./DW. Bonn/Moskau

In Moskau herrscht offensichtlich Uneinigkeit über die Beurteilung der Rolle des 1984 verstorbenen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow. Während das sowjetische Parteiorgan „Prawda" in einem Leitartikel zum ersten Todestag die Popularität Andropows herausstellt, wertet die in Moskau herausgegebene offizielle Neuausgabe der „Geschichte der KPdSU" dessen Bedeutung gegenüber dem amtierende Staatschef Konstantin Tschernenko ab.

„Er wird von Mitgliedern der Regierung ebenso vermißt, wie von der Bevölkerung", heißt es in der „Prawda", die besonders Andropows „gewichtigen persönlichen Beitrag" für die Formulierung der Partei-Strategie hervorhebt. Diplomatische Kreise in der sowjetischen Hauptstadt interpretieren diese Würdigung als Absicht von Teilen der Moskauer Parteiführung, wieder stärker auf das unter Andropow begonnene Reformprogramm hinzuweisen.

Andropwos Wahl zum Parteichef im November 1982 hatte Hoffnungen geweckt, daß unter seiner Herrschaft die Kreml-Führung einen innenpolitischen Reformkurs einschlagen könnte. Die „Prawda" wertet Andropow als „Kämpfer für den Frieden und den sozialen Fortschritt". Sein Nachfolger Tschernenko wird in dem Bericht lediglich an einer Stelle unter Bezugnahme auf die Kontinuität der sowjetischen Politik erwähnt.

Demgegenüber läßt ein Artikel in der „Geschichte der KPdSU" die Vermutung zu, daß Andropow im November 1982 nicht einstimmig zum Parteichef gewählt wurde. In der jetzt erschienenen „7. erweiterten Ausgabe" der offiziellen Parteigeschichte ist nur noch von der „Wahl" Andropows die Rede. In der vor gut einem Jahr veröffentlichten 7. Auflage des Werkes war zu lesen, das Plenum des Zentralkomitees habe ihn „einstimmig" zum Parteichef gewählt. Auch fehlt der Satz, die „einstimmige" Wahl Andropows zum Staatschef im Juni 1983 sei „von der Partei und dem ganzen Volk begeistert begrüßt" worden.

Weitere Streichungen deuten darauf hin, daß sein ehemaliger Rivale für die Nachfolge Breschnews und heutige Amtsinhaber, Tschernenko, von dem Kurs seines Vorgängers abrückt. Die Neuformulierung der Parteigeschichte widmet Andropows kurzer Ära nicht mehr 15, sondern nur noch neun Seiten. So ist jetzt nicht mehr zu lesen, daß Andropows Rede auf der ideologischen Fragen gewidmeten ZK-Sitzung vom Juni 1983 als „Programm" für die Partei gilt. Derzeit wird in der KPdSU ein neues Parteiprogramm vorbereitet, das im nächsten Jahr dem 27. Parteikongreß vorgelegt werden soll.

Verwirrung über die Moskauer Informationspolitik war erst in der vergangenen Woche ausgelöst worden. Während „Prawda"-Chefredakteur Afanasjew von einer Krankheit Tschernenkos sprach, wurde dieser Aussage wenige Tage später von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass widersprochen.

Kardinal Glemp prangert Angriffe auf die Kirche an

Warschauer Regierung warnt „antisozialistische" Priester

DW. Warschau

Der polnische Primas Kardinal Jozef Glemp hat die von der Regierung geführten „Angriffe auf die Kirche" in Polen angeprangert, während die Regierung ihrerseits nach dem Prozeß gegen die Mörder des Geistlichen Jerzy Popieluszko in Thorn erneut „antisozialistische" Priester in Polen verwarnt hat.

In einer Messe, die er in einem kleinen Fischerdorf nahe Danzig in Anwesenheit von Friedensnobelpreisträger Lech Walesa feierte, sagte Glemp vor rund 4000 Gläubigen zum Popieluszko-Prozeß: „Wir haben zahlreiche Angriffe auf die Kirche gehört. Die Kirche wird in Polen immer angegriffen, und die Zeit wird kommen, dieses Phänomen in Ruhe zu analysieren." Der Primas ging nicht näher auf die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen ein, die auf dem tiefsten Stand seit Dezember 1981 sind. Er ging lediglich auf die Fortsetzung des Kruzifix-Krieges ein und prangerte die „Grausamkeit" derjenigen an, „die Kruzifixe aus Krankenhäusern entfernen". Glemp hatte sich bereits in der vergangenen Woche in einer Predigt in Gneißen gegen die „neue Welle der Anschuldigungen" gegen die katholische Kirche in Polen gewandt. Bischöfe und Priester, so Glemp, würden öffentlich „Opfer von Verleumdungen". Der Kardinalprimas hatte den Prozeß in Thorn kritisiert, bei dem dem Andenken Popieluszkos „Ungerechtigkeit" widerfahren sei.

Die polnische Regierung hatte ihrerseits erklärt, die Verurteilung der Popieluszko-Mörder dürfe nicht „im Rahmen der Religionsfreiheit anti-sozialistische Aktivitäten" ermöglichen. In einem Interview mit einer italienischen Wochenzeitung hatte der Minister für Religionsfragen, Adam Lopotka, sogar erklärt, der Irrtum der Behörden in der Affäre Popieluszko sei es gewesen, den Beichtvater der „Solidarität" im Dezember 1983 24 Stunden nach seiner Festnahme wieder freizulassen. Die Regierung habe seinerzeit vergeblich gehofft, daß die Kirche Disziplinarmaßnahmen gegen ihn erlassen würde.

Verfassungsklage gegen Abtreibung

DW. München

Die CSU will noch vor der Sommerpause über die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Verfassungsklage gegen die Abtreibung auf Krankenschein durchsetzen, falls die Bundesregierung nicht in nächster Zeit selbst die Initiative dazu ergreift. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Bonner CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, sagte gestern, möglicherweise werde man nicht einmal auf die Gesamtfraktion angewiesen sein, da für eine Verfassungsklage nur ein Drittel der Mitglieder des Bundestages notwendig sei. Daher brauche die CSU nur 170 Unterschriften. „Notfalls werden wir das nicht in der Gesamtfraktion machen, sondern mit einzelnen in der CDU in Mund-zu-Mund-Beatmung", sagte Bötsch. Er ließ keinen Zweifel daran, daß es zu der Klage in Karlsruhe kommen wird. „Das bringen wir durch", betonte der CSU-Politiker.

Saudi-König Fahd in Washington

DW. Washington

König Fahd von Saudi-Arabien hält sich zu einem fünftägigen offiziellen Besuch in Washington auf. Im Mittelpunkt der politischen Gespräche mit der US-Führung wird nach saudischen Angaben die amerikanische Ostpolitik in der zweiten Amtszeit von US-Präsident Reagan stehen.

In Washington wird erwartet, daß Fahd die US-Regierung zu einer aktiveren Rolle im Nahen Osten drängen wird, um den Friedensprozeß dort zu beschleunigen. Fahd und Reagan werden außerdem den iranisch-irakischen Krieg, bilaterale Wirtschaftsfragen und die geplanten saudiarabischen Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten erörtern.

Dieses ist der erste US-Besuch eines saudischen Monarchen seit 14 Jahren. König Fahd wird unter anderem von Außenminister Feisal, Ölminister Jamani und Finanzminister Cheil begleitet.

Seite 2: Orientalisch verschwommen

Papandreou sprach mit Tichonow

DW. Moskau

Der sozialistische griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou ist gestern zu einem viertägigen offiziellen Besuch in Moskau eingetroffen. Nach Angaben der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass wurde Papandreou auf dem Flughafen vom sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow begrüßt, mit dem er am Nachmittag auch zu einer ersten Unterredung zusammentraf. Papandreou ist der erste westliche Spitzenpolitiker, der in diesem Jahr auf Einladung der Regierung der UdSSR nach Moskau gekommen ist. Politische Beobachter warten mit Spannung darauf, ob der griechische Regierungschef auch Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko sehen wird. Westliche Beobachter in der sowjetischen Hauptstadt erwarten, daß Papandreou von den Sowjets betont freundlich behandelt wird, da Griechenland mehr auf Distanz zur NATO gehen wird.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pinochets Zensur

Von Heinz Barth

Ein Vierteljahr nachdem General Pinochet den Ausnahmezustand über Chile verhängt hat, geht das von einer sozioökonomischen Dauerkrise geschüttelte Land bewegten Zeiten entgegen. Regime und Opposition rüsten nach der relativen Ruhe des Andensommers für einen heißen Herbst. Die Zeichen zunehmender Nervosität häufen sich in beiden Lagern. Es zeigt sich jetzt, daß die strikte Pressezensur, die das Regime über das Land verhängte, das Gegenteil von politischer Stabilisierung bewirkt hat, die sich der General von der Beschränkung der Informationsfreiheit versprach.

Nach dem Verbot einer Reihe von Publikationen wich der Journalistenverband auf die Herausgabe von Flugblättern aus. Es ist ungewöhnlich für ein Land, wenn es seine Nachrichten aus Flugblättern beziehen muß, obwohl es, was die Zahl der Publikationen betrifft, auch heute noch über die größte Informationsdichte in Lateinamerika verfügt. Das Regime reagierte darauf in einer Weise, die bezeichnend ist für die Primitivität seiner Pressepolitik. Es ließ von der Polizei die Flugblätter und Kopiergeräte des Jounalistenverbandes beschlagnahmen – als ob es möglich wäre, damit unliebsame Nachrichten von einer kritisch gewordenen Öffentlichkeit fernzuhalten.

Der Vorgang ist symptomatisch für die Erstarrung, deren Anfänge schon in der ersten Phase des Pinochet-Regiments zu beobachten waren. Bereits vor zehn Jahren warnte „El Mercurio", eine der angesehensten Zeitungen spanischer Sprache, vor der Beschränkung der Pressefreiheit, die sich eines Tages als das schärfste Argument der Regimegegner erweisen werde. So kam es. Auch den Redakteuren des „Mercurio" schauen inzwischen Militärzensoren über die Schulter. Die Chilenen, die etwas über die Vorgänge in ihrem Land erfahren wollen, haben sich angewöhnt, argentinische Sender zu hören.

Das sind Zustände, die für ein Volk mit einer langen demokratischen Geschichte unhaltbar sind. General Pinochet hat durch die geistige Unbeweglichkeit seiner Politik etwas bewirkt, was er durchaus nicht bewirken wollte – er hat die chilenische Mittelschicht irritiert, die der natürliche Gegner Allendes gewesen war.

Sicher sanierungsbedürftig

Von Peter Gillies

Wer eine schmerzliche Botschaft zu überbringen hat, ist stets in einer Zwickmühle. Läßt er es bei der geschönten, halben Wahrheit bewenden, genießt er mehrheitliche Milde. Entscheidet er sich dagegen für das Ungeschminkte, riskiert er Prügel auch für Fehler, die er nicht zu verantworten hat. Norbert Blüm, der Bundesarbeitsminister, entschied sich beim Rententhema für die zweite Möglichkeit.

Das ist zu begrüßen, weil das Rentensystem dringend vertrauensbildender Maßnahmen bedarf. Es geht nicht um das Ableiern der Beteuerung, daß die Renten sicher seien, sondern um die Wiederherstellung verläßlicher Perspektiven des Generationenvertrags zwischen Jung und Alt. Wer das Problem auf die Frage verkürzt, ob die Renten im nächsten Jahr um 2,3 oder 2,4 Prozent steigen, verkennt die wirkliche Lage.

Diese Regierung hat das Nötige getan, um für die nächsten Monate die Rentenfinanzen tragfähig zu erhalten – aber eben nur für die nächsten Monate. Es gehört indes zur Bringschuld der Politik, auch die längerfristigen Perspektiven realistisch darzustellen. Das schließt mehrere recht ernüchternde Wahrheiten ein. Unter anderem: Renten sind keine Almosen, über deren Höhe nach Kassenlage, politischer Befindlichkeit oder Daumenpeilung entschieden wird, sondern ein durch Beiträge während des Arbeitslebens erworbener Anspruch. Aber auch: Immer weniger Arbeitnehmer und Kinder können nicht für immer mehr Rentner auf Dauer stark steigende Einkommen garantieren.

Große und drängende Reformen wie die langfristige Sicherung des Rentensystems bedürfen breiter Information, wozu die herbe, aber nicht zu umgehende Nachricht gehört, daß ein Sozialsystem jeweils nur so leistungsfähig sein kann wie die Volkswirtschaft, die es speist. Blüm begibt sich auf diesen steinigen Weg. Er wird erfahren, daß manche seiner Gefährten das Blumige dem Unverblümten vorziehen. Es stimmt jedoch in Grenzen hoffnungsvoll, daß bei der Rentenfrage ein Konsens aller großen Parteien möglich scheint.

Gegen Westdeutschland

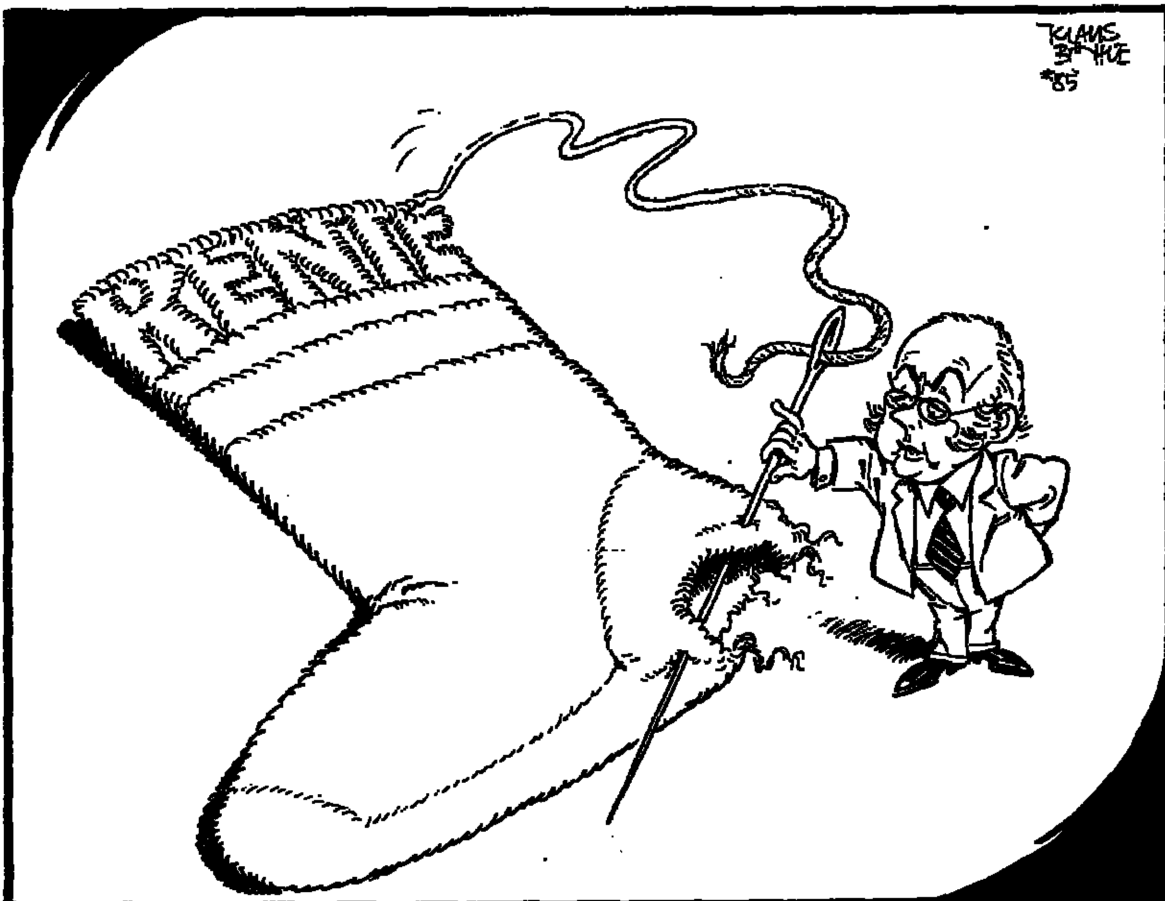
Von Carl Gustaf Ströhm

Der Warschauer Pakt, von dem gemunkelt wurde, er werde möglicherweise nicht mehr erneuert – weil es im Text keinen Passus über eine Verlängerung des östlichen Militärbündnisses gibt und weil einige Mitglieder Wünsche nach Gleichberechtigung vorgebracht haben –, wird auch nach dem Mai 1985 weiterbestehen. Ein Sprecher des Bukarester Außenministeriums kündigte eine unveränderte Verlängerung des Militärpakts an. Allerdings ist noch nicht klar, wie lange der neue alte Warschauer Vertrag nun gelten soll. Auch die Beibehaltung der Zielsetzung des Pakts ist dubios: Er richtet sich (Präambel von 1955) weiterhin gegen die „Teilnahme eines remilitarisierten Westdeutschlands" in der Westeuropäischen Union und der NATO – „eine Bedrohung ... der friedliebenden Staaten Europas".

Es ist beachtlich, daß ausgerechnet jenes kommunistische Land, das dem Warschauer Pakt am wenigsten Begeisterung abgewinnen kann und das sogar bei früheren Anlässen seine Auflösung verlangte, nun als erstes klein beigeben muß: Rumänien. Der sowjetische Druck muß beträchtlich gewesen sein. Auch weiß Ceausescu genau, wo die Grenzen seiner Manövrierfähigkeit liegen.

Austritte aus dem Pakt hat es zweimal gegeben. Einmal verabschiedete sich die ungarische Regierung unter Ministerpräsident Imre Nagy während des Volksaufstandes 1956 in die Neutralität. Die Antwort war ein sowjetischer Panzerschlag gegen Budapest und die Hinrichtung Nagys und seines Militärbefehlshabers General Maleter. Nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei kündigte Albanien die Mitgliedschaft, von der das abtrünnige kommunistische Land an der Adria aber schon vorher faktisch ausgeschlossen worden war. Albanien überlebte diesen Schritt, weil es keine Grenze mit dem Ostblock hat.

Die Sowjets werden angesichts echter oder eingebildeter zentrifugaler Tendenzen in ihrem Machtbereich heute weniger denn je auf das Bündnis verzichten wollen. Die deutlich spürbaren Interessengegensätze zwischen klein und groß, zwischen Hegemonialmacht und Gefolgsstaaten bleiben bestehen – im Warschauer Pakt gibt es keine Chancengleichheit kleinerer Mitglieder.



Patentstopferei KLAUS BÖHLE

Die Konferenzschranzen

Von Eberhard Hamer

Je mehr Schranzen, desto schwieriger die Finanzen." Diese Weisheit umschreibt das Wirken jener Müßiggänger an alten Fürstenhöfen, die aus der Hofschatulle des Potentaten lebten, ihr persönliches Wohlleben jedoch mit dem Vorwand hochwichtiger Aufgaben tarnten. Neben der fürstlichen Bautätigkeit waren die Kosten des Hofschranzentums die häufigste Ursache von Staatsbankrotten, die französische Revolution eingeschlossen.

Demokratien vertragen solche Müßiggänger nicht, weil sie auf Leistungseliten angewiesen sind. Die politische Kontrolle durch Wahlen und die wirtschaftliche durch Gewinne dient dazu, Wichtigtuer, Klatschbasen und andere Schranzen aus den Funktionen immer wieder auszuscheiden. Dennoch hat sich auch in den Demokratien inzwischen unbemerkt eine Kaste entwickelt, die angeblich ungestillten sozialen Bedürfnissen nachkommt, sich in Wirklichkeit aber nur unproduktiven Scheinaufgaben widmet.

Diese Hofschranzen von heute sind die Konferenzschranzen. Auch sie leben, wie ihre historischen Vorgänger, im wesentlichen auf öffentliche Kosten und ruinieren die Staatsfinanzen. Sie tun sich wichtig, schwadronieren daher und sind einer produktiven Tätigkeit längst entwöhnt. Ihre Gesellschaftsspiele sind Konvente, Konferenztaktiken, Tagesordnungen und die Kunst des Redens, ohne etwas zu sagen.

Nahezu kein Bereich des modernen Lebens ist von Konferenzschranzen frei. So geben Verbände und Gewerkschaften einen großen Teil ihrer Gelder nicht mehr für die Sacharbeit aus, sondern für Tagungen, Besprechungen, Arbeitskreise, Kommissionen und ähnliche Palaver. Dort trifft man immer wieder die gleichen Leute, die sich auf allen Gebieten gleich kundig fühlen. Konferenzteilnahme ist ihre Rechtfertigung, wobei sie gegenüber den produktiv Tätigen im Vorteil sind, weil sie unbegrenzt mehr Zeit als diese haben. Diese Profis mit der langen Geduld blikken deshalb mit Unverständnis auf Konferenzlaien, die auf kurze und effektive Sitzungen drängen. Auch im Sport lebt bereits eine ganze Funktionärsclique von Nichtsportlern vom institutionalisierten Palaver. Olympische Spiele und Wettkämpfe sind immer weniger die Plattform des Sports, sondern der Konferenzen. In der Logik dieser Entwicklung liegt es, daß zu Sportveranstaltungen mehr Funktionäre als Aktive anreisen. Sie brachten es sogar fertig, ihren eigenen Stellenwert über den der Sportler zu heben, um Zahl und Masse ihrer Palaver zu rechtfertigen.

Auch in den Kirchen hat sich ein riesiger Wasserkopf theoretischer und theoretisierender Problemlöser gebildet. Er entdeckte, daß es sich sehr viel besser vom Reden über die Seelsorge leben läßt als von der Seelsorge selbst. Auch Schulen und Hochschulen haben durch Konferenzitis an Leistungsfähigkeit verloren. Ein westdeutscher Wissenschaftsminister stellte sogar per Erlaß die Sitzleistung derartiger Palaver der Lehr- und Forschungstätigkeit gleich – Gesäß siegt über Kopf.

Ihren dankbarsten Bereich finden die Konferenzschranzen nach wie vor in der Politik. Die „Wachstumsbedingungen" sind dort optimal: Politik fühlt sich für alles zuständig und sie verfügt über nahezu unbegrenzte Mittel. So haben sich die USA zu Recht aus der Unesco verabschiedet, weil diese nahezu ihr gesamtes Geld durch unproduktives Konferenzschranzentum verschleudert. Die artifizielle Umtriebigkeit dieser Organisationen und zahlreichen Unterorganisationen stellt die höfische Tradition von früher locker in den Schatten. Obgleich moderne Kommunikation und der übliche Regierungstourismus die Direktheit der Politik ermöglichen, weitet sich der politische Dienst bis zur Denaturierung aus.

Anwendungsbeispiele für unproduktiven Polittourismus sind Städtepartnerschaften, Akademien, allerlei Begegnungen und Konferenzen, wo durch freigebige Auslegung des Teilnehmerkreises und der Spesen das Schranzentum Urständ feiert. Dieser „Beruf" bietet sogar Aufstiegschancen, abzulesen beispielsweise in der Friedens- und Umweltpolitik, wo ungeahnte Gelder fließen, wenn es den Schranzen nur gelingt, ein Thema zum öffentlichen Anliegen hochzustilisieren.

Die Gesellschaft nimmt es sogar hin, daß die Hofschranzen von heute, Meister der Unproduktivität, die produktiven Bürger als kleinkarierte Materialisten hinstellen, obgleich sie auf deren Kosten leben. Es stimmt bedenklich, daß die Deutschen wider bessere Erkenntnis internationaler Hauptzahler des Konferenzschranzentums geworden sind. Dieses Unwesen zu vermindern, dürfte kaum aus höherer Einsicht geschehen, sondern allenfalls aus dem Preismechanismus: Wenn die Kosten der Konferenzitis irgendwann unbezahlbar sind, welken – möglicherweise – die Schranzen dahin wie weiland an den Fürstenhöfen, dann aber hoffentlich ohne Staatsbankrott.

Jede Drohne im Bienenschwarm lebt auf Kosten der Arbeiterinnen. Nach dem Königinnenflug merzen die Arbeitsbienen, einem Instinkt folgend, die Drohnen aus. Nimmt dagegen die Zahl der Drohnen zu stark zu, stirbt das Bienenvolk ab. Der Mensch, der sogar die Aufblähung des Unproduktiven als Fortschritt feiert, enträt dieses Instinkts. Zu erinnern ist deshalb daran, daß ein Bienenstock wie eine Gesellschaft letztlich nur aus einer Quelle lebt: der produktiven Arbeit.

GAST-KOMMENTAR



Professor Eberhard Hamer ist Leiter des Mittelstands-Instituts Niedersachsen in Hannover FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Markus Wolf

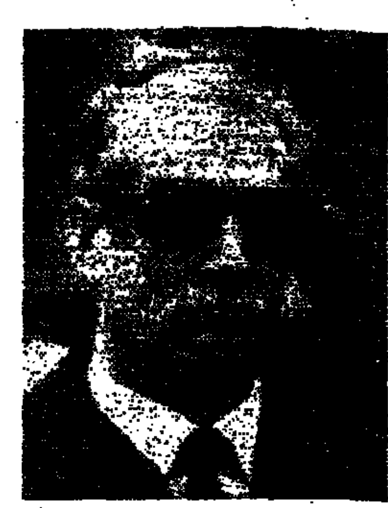
Der Devisenbringer

Von Werner Kahl

Sein Foto verkaufte „Zentralbild", die staatliche Ostberliner Agentur, bereits für hundert West-Mark; das westliche Fernsehen konnte in der ersten Februar-Woche den Generaloberst sogar gratis per Video vom „DDR"-Bildschirm ablichten. Das heizte Spekulationen an: ist Markus „Mischa" Wolf, seit drei Jahrzehnten „DDR"-Spionagechef, designierter Nachfolger des 77jährigen Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke?

Das Auftauchen des 61jährigen Wolf beim „Kampfmeeting" und bei anderen pompösen Feiern anläßlich des 35. Gründungsjahres des Staatssicherheitsdienstes in Gala-Uniform unter den Scheinwerfern der Tele-Optik konnte freilich weder Zuschauer in der „DDR" noch professionelle westliche Beobachter überraschen. Denn die Maske des „Maulwurfs" hatte Wolf bereits mit seinem Erscheinen in der Öffentlichkeit beim Begräbnis seines Bruders Konrad, eines international bekannten Regisseurs, abgelegt. Er ist der vermutlich dienstälteste und erfahrenste Agentenführer der kommunistischen Staaten.

Markus Wolf ist der ranghöchste unter den Stellvertretern Mielkes. Mit dem Blick auf den IX. SED-Parteitag werden jetzt die Vorentscheidungen getroffen, ob Mielke trotz seiner Top-Kondition einem Jüngeren Platz machen soll. Die Entscheidung, welche Rolle dabei der Sohn des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf spielt, dürfte in Moskau fallen. Dabei spricht für Wolf, daß seine Eltern 1933 die schwäbische Heimat verließen und über die Schweiz und Frankreich 1934 in die Sowjetunion emigrierten. Markus Wolf, in Hechingen, am Stammsitz der Hohenzollern geboren, genoß in Moskau und auf der Komintern-Schule in Kuschnarenko eine Eliteerziehung. Die Kaderabteilung der KPdSU setzte ihn 1945 in Berlin zur Erprobung auf verschiedenen Posten ein: beim Berliner Rundfunk als Kommentator (Pseudonym Michael Storm), während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse als Berichterstatter für das sowjetische Nachrichtenbüro und nach der Gründung der „DDR" von 1949 bis 1951 bei der Ostberliner Mission in Moskau.



Möglicher Nachfolger des Ministers für Staatssicherheit: „Mischa" Wolf FOTO: STERN

Nach seiner Ernennung zum Spionagechef entwickelte Wolf die Ausforschung der westlichen Welt in jedem nur denkbaren Bereich. Dabei stützte er sich auf mehrere Jahrzehnte Sowjet-Spionage. Was die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) organisierte, war nicht mehr Spionage im landläufigen Sinne. Unter Wolfs Regie wurden die wissenschaftliche Forschung und Ausforschung in einer für westliche Kreise unvorstellbaren Intensität erschlossen.

Allein das Management des Geheimdienstes für Technologiespionage macht die HVA zu einem der profitabelsten Devisenbringer. Das dürfte wohl auch einer der Gründe gewesen sein, daß der Spionagechef schwere Schlappen überstanden hat. Erinnert sei an die Enttarnung Guillaumes und die Flucht des Offiziers Stiller, dessen Angaben zur Aufdeckung von etwa hundert Spionen führten.

Daß Wolf nicht einmal Kandidat des SED-Zentralkomitees ist, läßt daran zweifeln, er könne seine Karriere mit dem Ministerportefeuille krönen. Ein weiterer Stellvertreter Mielkes hat Ansprüche – Generalleutnant Rudi Mittig, gelernter Maurer, ist Kandidat des SED-Zentralkomitees. Anders als der zwei Jahre ältere Wolf führte Mittigs Karriere über die Ochsentour des Spitzeltums in der Provinz an die Spitze des Staatssicherheitsdienstes.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung ist sich sicher, daß Rau nicht „börnert":

Johannes Rau ist für eine wie auch immer geartete Abhängigkeit von „Grün" nicht zu haben. Das ist für ihn eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Ein Bündnis oder eine offene oder auch nur versteckte Tolerierung mit und durch „Grün" sind nicht denkbar, solange die SPD ihren Wahlkampf mit Johannes Rau macht – und einen anderen Spitzenkandidaten hat sie nicht und findet sie nicht. Die Regierung eines Industrielandes wie NRW kann „Grün" nicht ertragen. Das ist für Johannes Rau eine Art politisches Glaubensbekenntnis. Eine Verbindung SPD–„Grün" in NRW würde die Republik in einer Weise verändern, die ein Mann wie Rau nicht mittragen könnte.

Frankfurter Allgemeine

Sie geht auf die Jahresbilanz des Verfassungsgerichts ein:

Soviel das Gericht auch der jeweiligen Opposition schuldet, so schwer es ihm wird, auch einmal eine politische Gruppe auf die Entscheidung warten zu lassen, so wenig der Gesetzgeber sich traut, vor die Verfassungsbeschwerden einen Filter zu setzen, der Abwegiges fernhält: Einiges kann das Gericht zu seiner Entlastung auch selbst tun. Zwischen Zurückhaltung und Entschlossenheit liegt hier der richtige, der schwer zu findende Mittelweg. Präsident Zeidler hat recht mit seinem heute utopisch scheinenden Wunsch, es möge dem Gericht ein freieres „Annahmeverfahren" gegönnt werden. Zeidler wie sein Amtsnachfolger Sendler beim Bundesverwaltungsgericht sehen in der „Kontrolldichte" der Justiz, soweit sie staatliches Handeln bremst oder zuläßt, eine mit Ernst zu stellende Frage. Die Gesetzgebung, vor allem die Verwaltung, könnte von der Rechtsprechung so weit eingeengt werden, daß sie sich duckt vor dem zu erwartenden Gerichtsurteil. Das wäre eine Umkehrung der Reihenfolge (nicht der Rangfolge), eine Überforderung der Justiz und vor allem eine Überwälzung der Entscheidungen von den Gewählten auf die Ernannten.

Mannheimer MORGEN

Er meint zu Weltraumwaffen und Flugverkehr:

Da will ... Verteidigungsminister Caspar Weinberger nach München kommen, um vor der europäischen Militärprominenz für das Weltallkonzept seines Präsidenten zu werben, und er muß sich vertreten lassen, weil sein Flugzeug in Londons schlechtem Wetter nicht starten kann. Wer an die Perfektion von Waffensystemen nach allen einschlägigen Erfahrungen der Menschheitsgeschichte nicht so recht glauben kann, der darf seiner Skepsis ein Lächeln gönnen, ein gefrierendes, um im Bilde der Welt-Wetterlage zu bleiben.

Die Politik der Saudis – orientalisch verschwommen

König Fahd in Washington / Von Peter M. Ranke

König Fahd Ibn Abdel Aziz ist zu seinem ersten Staatsbesuch nach Washington gereist. Er kommt in einer kritischen Zeit, denn Saudi-Arabien wird von Amerika nicht mehr bevorzugt behandelt. Präsident Reagan und Außenminister Shultz beobachten die politischen Winkelzüge der Saudis nüchtern, fast kritisch, während Verteidigungsminister Weinberger den Saudis durch Waffenlieferungen und Aufträge für die US-Industrie verbunden bleibt.

Washington hat jedoch neue Rüstungskäufe der Saudis, die unter anderem vierzig weitere Kampfflugzeuge F-15 haben wollten, aus Rücksicht auf den Kongreß für die nächsten Monate abgeblockt, obwohl König Fahd drängt. Denn die amerikanischen Politiker wollen zunächst Antworten auf einige wichtige Fragen erhalten.

Warum etwa unterstützt Saudi-Arabien nicht die Annäherung zwischen Jordanien und Ägypten, und warum sucht Riad nicht selbst den Ausgleich mit Kairo? Warum hilft Saudi-Arabien dem radikalen und mit Moskau verbündeten Syrien weiterhin mit jährlich 750 Millionen Dollar, während die Hilfe für die Widerstandskämpfer in Afghanistan oder für den bankrotten Sudan lächerlich gering bleibt? Warum ruft Riad immer wieder nach Waffen, verweigert aber den Amerikanern Stützpunktrechte, wie sie etwa Oman für den Krisenfall gewährt? Warum begrüßen es die Saudis, wenn die von Amerika ausgehandelten Vereinbarungen zwischen Israel und Libanon am syrischen Widerstand scheitern, und warum ermutigt Riad nicht König Hussein zu Friedensgesprächen?

König Fahd will dagegen in Washington erreichen, daß Amerika stärkeren Druck auf Israel ausübt, damit es seine Siedlungspolitik aufgibt und besetzte Gebiete räumt, nicht nur Südlibanon. Damit wird der Monarch in den USA jedoch keinen Erfolg haben. Denn Washington baut die strategische Zusammenarbeit mit Israel aus; die Begeisterung für eine „Schnelle Eingreiftruppe" der Amerikaner am ölreichen Golf ist längst geschwunden.

Das saudische Erdöl ist nicht mehr lebenswichtig für Amerika, nicht einmal mehr für Westeuropa. Daher heißt es heute im Klartext: Die Saudis und ihre Verbündeten des „Golfrats" müssen sich selbst schützen. Wenn allerdings akute Gefahr besteht, hilft Washington sofort, wie es mit der Lieferung von Stinger-Luftabwehrraketen bewies, die von den Saudis zum Schutz ihrer Tanker im Golfkrieg benötigt wurden.

Im Golfkrieg zwischen Irak und Iran, der für die Saudis gefährlicher ist als der arabisch-israelische Konflikt, finanziert Riad die Irakis mit Milliarden-Summen. Ein Sieg der iranischen Mullahs liegt nicht im Interesse der Saudis, denn nach Bagdad wären Kuwait und Bahrein an der Reihe. Aber bei allen Vermittlungsbemühungen blieb König Fahd bisher erfolglos, auch die versprochenen inneren Reformen hat er bisher nicht durchsetzen können. Dazu kommen Wirtschaftssorgen: Der Ölpreis sinkt, die tägliche Produktion erreicht nicht einmal mehr vier Millionen Barrel statt wie früher zehn Millionen. Jährlich muß Saudi-Arabien seine Finanzreserven um zehn bis fünfzehn Milliarden Dollar anzapfen – länger als zehn Jahre reicht es nicht mehr.

Im eigenen Haus muß König Fahd ständig zwischen dem proamerikanischen Verteidigungsminister Prinz Sultan und den orthodoxen und strengen Kronprinzen Abdallah vermitteln, der gute Beziehungen zu Syrien pflegt und mit einer Nichte des syrischen Präsidenten Assad verheiratet ist. Wird Abdallah König, wird er Beziehungen zur Sowjetunion aufnehmen, eng mit Syrien und den radikalen Palästinensern zusammenarbeiten und westliche Einflüsse bekämpfen.

Die Saudis machen das den Amerikanern schwer; ihre Politik verschwimmt in orientalischen Grauzonen. Als muslimische Gralshüter akzeptieren sie die Existenz Israels nicht. Fahd selbst rief im Februar 1981 in Taif zum „Heiligen Krieg" gegen Israel auf, während er seinen Fahd-Plan ein halbes Jahr später als „Friedensplan" anbot. Immer ist es oberstes Ziel der Saudis in Arabien, Radikalen keine Angriffsfläche zu bieten.

Fahd wird den Politikern in Washington vielleicht vermitteln können, was Syrien oder die Arafat-PLO wollen, was auch die Saudis denken. Erfreulich für die amerikanische Nahost-Politik wird das kaum sein, denn außer einer neuen Nahost-Konferenz der UNO in Genf mit Sowjet- und PLO-Beteiligung kann Fahd nur Umwege und Verschleierungskünste für das eigene Unvermögen anbieten, irgend etwas zu lösen. Nicht einmal im Libanon konnten die Saudis einen Beitrag zum Frieden leisten, wie dann für den ganzen Nahen Osten?

Paris macht den Computer zur Schule der Nation

Mit 100 000 Computern für Frankreichs Schulen will Regierungschef Fabius den Kampf um die wirtschaftliche Zukunft seines Landes aufnehmen. Nach dem Motto: „Was man den Kindern beibringt, geht auch auf die Eltern über", soll der Computer möglichst schnell überall im Lande Einzug halten.

Von A. GRAF KAGENECK

Frankreich hat zwar kein Erdöl, aber es hat Ideen", sagte einmal der frühere Präsident Valéry Giscard d'Estaing auf dem Höhepunkt der Ölkrise von 1974. Es war ein Zuspruch für eine damals verdatterte und geschockte Nation. „Was wir nicht im Boden haben, müssen wir halt im Kopf haben." Giscards Nachfolger Mitterrand weitete die Kalamität auf den Industriebereich aus. Um konkurrenzfähig zu sein, müsse man, befand er 1982, das Land auf den Massenkonsum von Computern umstellen. Das wäre dann gleich der Sprung in die dritte industrielle Revolution.

Die Idee dazu kam von Jean-Jacques Servan-Schreiber, der sich in Japan und Amerika umgeschaut hatte und mit dem Alarmruf zurückkehrte, Frankreich werde hoffnungslos abgehängt, wenn man nicht, wie England und die Bundesrepublik Deutschland bereits seit einigen Jahren, den Wettlauf mit den Spitzenreitern in Ost und West gerade im Bereich der Datenverarbeitung aufnehmen würde.

Mitterrand beauftragte den Warner selbst mit dem Aufbau eines „Welt-Computerzentrums" in Paris, von dem Stromstöße ins ganze Land und in die frankophone dritte Welt ausgehen sollten. Aber „JJSS" hatte die unfeine Idee, sein schickes neues Zentrum in der Avenue Matignon mit amerikanischen apple-Computern auszurüsten. Das war nicht im Sinne der schwer ringenden französischen Rechner-Industrie und galt gar als anti-national.

Premierminister Fabius, der sein Amt ganz in das Zeichen der „Modernisierung Frankreichs" gestellt hat, bootete Servan-Schreiber aus und holte sich seinen alten Freund Gilbert Trigano und machte ihn zum „Delegierten für neuartige Ausbildungsmethoden". Trigano ist der Mann, der lange Zeit die inzwischen weltberühmten Feriendörfer des „Club Méditerranée leitete. Seit 25 Jahren operiert er erfolgreich in seinem Unternehmen mit Computern.

Fabius und Trigano sind der festen Überzeugung, daß der Computer die Zukunft schlechthin ist, daß er schon bald in Europa alle bisherigen industriellen Methoden verdrängt hat und noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts auch die letzten Entwicklungsländer revolutionieren wird. Und daß daher auch in Frankreich sofort und umfassend gehandelt werden muß; und zwar von der Basis der gesellschaftlichen Pyramide, der Jugend, her. „Was man den Kindern beibringt, geht automatisch auf die Eltern über", lautet Triganos Theorie.

Also ging Trigano, inzwischen „Monsieur Informatique" genannt, an die Arbeit. Für 250 Millionen Franc ließ er 100 000 Mini-Computer der französischen Firmen Bull und Thomson in 8000 Schulen und 7000 Kollegien installieren. In Schnellkursen wurden die Lehrer gedrillt. Bis zum Ende des Schuljahres soll mindestens jede fünfte französische Schule ein komplettes Ausbildungsprogramm an Computern anbieten können.

Computer sollen auch Einzug in Rathäuser, Kulturzentren, Bibliotheken und in Wohnhäuser halten. Wie ein Lauffeuer soll sich unter Franzosen die Lust am Spiel mit dem elektronischen Superrechner ausbreiten. Trigano hat versprochen, die Industrie mit eiserner Hand zur Preisdisziplin anzuhalten. Am besten geht das über die Konkurrenz. Jeder, der Hard- oder Software anzubieten hat, ob In- oder Ausländer, bekommt seine Chance.

Um die sportbesessenen Franzosen auf den neuen Feldzug einzustimmen, hat Trigano in drei Großstädten sogenannte „Olympiaden der Mikro-Informatik" ausgeschrieben. Die erste ging am 4. Februar in Toulouse zu Ende. 26 Schüler der 4. Klasse des Michelet-Gymnasiums hatten sich seit dem 3. Dezember des Vorjahres in verschiedenen Rechner-Disziplinen von der Zeichnung über die Lande-Simulation eines Airbus bis zur Programm-Eingabe aneinander gemessen und konnten nun ihre Gold-, Silber- und Bronze-Medaillen in Empfang nehmen.

Vorher standen sie, zusammen mit ihren Lehrern, den Herren aus Paris Rede und Antwort zum Ablauf ihres Experiments. Einhellig war die Begeisterung über das Novum Schulalltag. „Wir haben alle enorm viel gelernt", sagten Schüler wie Lehrer. „Wir haben die Scheu vor diesem drolligen Ding verloren", ergänzte eine 15jährige Blondine. Das Resultat des Lehrers: „Wir verzeichnen einen doppelten Erfolg: Die Schüler sind auf die Zukunft vorbereitet, sie haben einen Paß für den Job in der Tasche, und sie sind global intelligenter, schneller im Denken, logischer geworden. Die Maschine befruchtet das Gehirn, anstatt es abzustumpfen. Mittelmäßige Schüler wurden in Fächern, in denen sie bisher schwach waren, deutlich besser. Sie sind motivierter zum Lernen."

Dies wird von vielen Psychologen und Pädagogen, nicht nur in Frankreich, immer wieder in Frage gestellt. Auf einem Symposium im Pariser Goethe-Institut im Vorjahr zum Thema „Computer in der Schule" meldeten Fachleute aus Deutschland, Frankreich und USA ernste Bedenken gegen eine massenweise Einführung der neuen Technik in den Unterricht an. Die praktischen Erfahrungen in Frankreich scheinen sie Lügen zu strafen.

Daheim oder ins Altenheim?

Die Zahl der alten Menschen in Deutschland wächst stetig. Die sich daraus ergebenden Probleme warten auf eine politische Lösung.

Von EBERHARD NITSCHKE

Rund eine Million von 2,4 Millionen Wohnungen ohne sanitäre Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland werden von Menschen über 60 Jahre bewohnt. Durch Zunahme des Alters in der Bevölkerungsstruktur kommen auf einen über 75jährigen um die Jahrtausendwende nur noch wenig mehr als drei Jugendliche bis zu 19 Jahren – 1890 waren es noch 36.

Solche Zahlen und Fakten vermittelt ein nicht gerade als Lesefutter konzipierter Bericht unter dem Titel „Lebenssituation und Zukunftsperspektiven älterer Menschen", den Bundesfamilienminister Heiner Geißler in Beantwortung einer Großen Anfrage der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP jetzt vorlegte. Der 200seitige Bericht vermittelt den Eindruck, daß alte Menschen, deren Kaufkraft gerühmt und deren materielle Sicherheit gepriesen wird, in Zukunft ein weitaus größeres Gewicht bei politischen Entscheidungen erhalten werden, denn „sie wollen die Fähigkeit zu selbständiger und selbstbestimmter Lebensführung so lange wie möglich beibehalten oder auch wiedererwerben".

In dem Bericht für die beiden Koalitionsfraktionen wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß „fast alle Parteien inzwischen besondere Seniorenbeauftragte" hätten, und daß die Gewerkschaften „ein besonderes Engagement" gegenüber älteren Arbeitnehmern „zunehmend an den Tag" legten. In zahlreichen Gemeinden seien auch in den letzten Jahren bereits „Seniorenbeiräte" geschaffen worden. Darauf habe die Bundesregierung jedoch keinen Einfluß, da hierfür das Landes- und Kommunalrecht maßgebend sei.

Was die „Heimbeiräte" betrifft, die nach der „Verordnung über die Mitwirkung der Bewohner von Altenheimen, Altenwohnheimen und Pflegeheimen in Angelegenheiten des Heimbetriebs" von 1976 Interessen dieser Personengruppen vertreten sollen, so wird eingeräumt, daß „die Realisierung eigentlich in manchen Einrichtungen praktischen Schwierigkeiten begegnet". Immerhin aber würden die Belange älterer Menschen im öffentlichen Leben „heute besser vertreten, als vor etwa 10 bis 20 Jahren". Rund 500 000 Alte wohnen in Heimen.

Kritisiert wird an anderer Stelle, daß nach dem Heimgesetz von 1974 eine solche Einrichtung nur betrieben werden darf, wenn die Interessen und Bedürfnisse ihrer Bewohner gewahrt werden und insbesondere ihre gesundheitliche Betreuung gewährleistet ist. Eine Festlegung personeller Mindestanforderungen, so wird betont, habe aber in einer Rechtsverordnung „wegen der damit verbundenen Kostenfolgen" bisher nicht verankert werden können.

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland wegen der geringen Geburtenzahl zu den Ländern gehört, in denen der bevölkerungsstatistische Anteil alter Menschen besonders auffällig wird, gibt es hier noch nicht den bereits in Großbritannien, Irland, Italien, den Niederlanden und Dänemark eingeführten Facharzt für Geriatrie. Da die Bemühungen der Bundesregierung stärker auf die Unterbringung alter pflegebedürftiger Menschen in ihrem häuslichen Bereich und bei Familienangehörigen hinauslaufen, ist die Antwort auf eine einschlägige in dem Bericht beantwortete Frage interessant.

Die Abgeordneten wollten wissen, ob die Bundesregierung ausländische Erfahrungen hinsichtlich der Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen für übertragbar hält. In der Antwort heißt es: „In Dänemark wird kein älterer Mensch auf Dauer unter Aufgabe seiner eigenen Wohnung in ein Pflegeheim oder Krankenhaus für Langzeitkranke aufgenommen, bevor nicht ein aus dem Arzt, der Gemeindekrankenschwester und dem Sozialarbeiter bestehendes Team die gegebene häusliche Situation und die in ihr vorhandenen Versorgungsmöglichkeiten beurteilt hat."

Noch in dieser Legislaturperiode wird die Bundesregierung dem Bundestag den 4. Familienbericht vorlegen, der sich mit der „Situation der älteren Menschen in der Familie" befaßt. Er soll „insbesondere aufzeigen, wie alte Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und wie auch mehrere Generationen unter einem Dach leben können".



Trotz namenloser Billigmarken (rechts) hat sich der Preiskampf auf dem Zigarettenmarkt beruhigt, doch die fetten Jahre scheinen vorbei
FOTOS: SVEN SIMON/DIE WELT

Die Vertreibung aus einem Paradies

Ein Sturm ist über den Zigarettenmarkt hinweggefegt und hat vieles durcheinandergewirbelt. Nach einem heftigen Preiskrieg erobern die großen Marken zwar ihre Anteile zurück, aber die paradiesischen Zeiten scheinen vorbei zu sein.

Von JAN BRECH

Der dichte blaue Dunst, der vor etwa zwei Jahren über dem deutschen Zigarettenmarkt aufgezogen war, beginnt sich zwar zu lichten, doch sind die Probleme der Branche keineswegs gelöst. Das Geschäft mit Zigaretten, das über Jahrzehnte hinweg reichlich Gewinne gebracht hatte, bleibt hart umkämpft.

Aus den Angeln ist der einst festgefügte Markt seit der Tabaksteuer-Erhöhung von Mitte 1982. Um die gewaltigen Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen, hatte der damalige Finanzminister Matthöfer die Tabaksteuer um stattliche 39 Prozent erhöht. Das Aufkommen dieser Steuer, die die Bundeskasse zur Zeit mit fast 14 Milliarden Mark pro Jahr anreichert, sollte um 1,4 Milliarden Mark ausgeweitert werden.

Die Zigarettenhersteller, die nicht zum ersten Mal mit einer Steuererhöhung konfrontiert waren, rechneten die höhere Steuer wie üblich voll in ihre Verkaufspreise ein, mit der Folge, daß sich die 20-Stück-Packungen auf 3,80 und 4,00 Mark verteuerten. Übersehen hatten sie dabei, daß die aggressiven Großbetriebsformen des Handels seit geraumer Zeit mit Billigprodukten, die unter der Bezeichnung „no names" berühmt geworden sind, teuren Markenartikeln den Kampf angesagt hatten. Als an den Kassen der Discounter, und allen voran wieder einmal bei Aldi, Zigaretten auftauchten, die bis zu 30 Prozent billiger waren, liefen die Raucher den traditionellen Tabakkonzernen in Scharen weg. In einem halben Jahr verlor die etablierte Branche mehr als 20 Milliarden Stück Absatz.

Die deutsche Zigarettenindustrie hat eine Weile gebraucht, um auf die neue Herausforderung zu antworten. Wettbewerb über den Preis hatte es bislang am Zigarettenmarkt kaum gegeben. Die feste Bindung der Preise an die Tabaksteuer und der hohe Absatzanteil über Automaten erschwert flexible Anpassungsmaßnahmen.

Als erster reagierte schließlich der Marktführer Reemtsma, indem er die bis dahin wenig erfolgreiche Neueinführung „West" von 3,80 auf 3,30 Mark reduzierte. Diese Maßnahme bescherte dem Konzern ein ungewohntes Erfolgserlebnis. Die Neueinführung „West" rückte innerhalb kürzester Zeit unter die „*top ten*" des Marktes. Die gesamte Branche geriet in Zugzwang. Sie führte ebenfalls Billigmarken ein. Die Zigarettenindustrie hatte ihren ersten handfesten Preiskrieg, dessen Folgen im nachhinein einer Vertreibung aus dem Paradies gleichkommt.

Aus dem Preisgerangel von Mitte 1983 haben sich inzwischen drei Preislagen herausgeschält. Das sind einmal die Marken des Handels zu drei Mark und weniger, die Billigmarken der Industrie bis zu 3,40 Mark je Packung und die klassischen Zigarettenmarken zu 3,50 Mark und mehr. Die Automatenpackungen liegen unverändert bei vier Mark, sind jedoch auf 21 oder 22 Stück aufgefüllt worden.

Die rund 18 Millionen deutschen Raucher haben sich nach einer langen Phase der Verunsicherung an die neuen Preislagen gewöhnt und sind zu alten Gewohnheiten zurückgekehrt. Die Marktdaten für 1984 lassen erkennen, daß der Preisschock überwunden ist und die Rückkehr zu den klassischen Marken-Zigaretten eingeleitet ist. Die Zigarettenindustrie steigerte den Absatz 1984 immmerhin um 3,5 Prozent auf fast 118 Milliarden Stück, wobei die Marken der klassischen Preislage gar um 13 Prozent wuchsen. Demgegenüber verloren die Billigmarken ebenso an Gewicht wie die Handelsmarken. Ihr Anteil ist auf magere 4,1 Prozent abgesackt. Rechnet man die Zigaretten mit ein, die Private aus dem preisgünstigen Ausland stangenweise über die Grenze mitbringen, und jene, die ihre Glimmstengel selbst drehen, dürften die Deutschen im vergangenen Jahr rund 141 Milliarden Zigaretten geraucht haben.

Erstmals wurden rosa und rote Zahlen geschrieben

Gemessen an dieser Absatzzahl, die dem Rekord des Jahres 1981 schon sehr nahekommt, könnte man fast meinen, die Welt der Zigarette sei für die Hersteller wieder in Ordnung. Der Schein trügt. Einmal hat der Preiskampf als Antwort auf die „no names" die Ertragslage drastisch verschlechtert. Das Abrutschen in rosa oder gar rote Zahlen wie zu Beginn des letzten Jahres war für die Branche ein absolutes Novum. Mit keinem anderen Produkt ist mehr verdient worden als mit Zigaretten. Für die Tabakkonzerne, heißen die Stichworte plötzlich Rationalisierung und Kosteneinsparung. Die Konzentration der Produktion im steuerbegünstigten Berlin zwang sogar zur Schließung von Werken in Westdeutschland. Die einst blühende Branche mußte sich mit so unerfreulichen Dingen wie Entlassungen und Sozialplänen beschäftigen.

Die langsame Rückgewinnung der Raucher darf zum anderen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Zigarettenmarkt kein Wachstumsmarkt mehr ist. Die Zahl der Gastarbeiter, die traditionell starke Raucher sind, ist zurückgegangen, das Thema Rauchen und Gesundheit belastet den Markt, und die starke Verteuerung der Zigaretten zeigt Wirkung.

Die Folgen der Stagnation: der Wettbewerb wird immer schärfer. Am Zigarettenmarkt kommt erschwerend hinzu, daß sich dort dieselben finanzkräftigen Riesen tummeln, die auch auf allen anderen Märkten der Welt erbittert miteinander kämpfen. Als einziges rein deutsches Unternehmen hat nur Reemtsma dank seiner langjährigen Marktführerschaft dem Großangriff der internationalen Tabakmultis widerstanden. An die inzwischen auf 28 Prozent Marktanteil abgebröckelte Position rücken jedoch die deutschen Ableger der englischen BAT-Gruppe (25,3 Prozent Marktanteil) sowie die der US-Konzerne Philip Morris (17,6 Prozent) und Reynolds (11,5 Prozent) stetig näher. Fünfter bedeutender Anbieter ist schließlich die Martin Brinkmann AG mit 12,8 Prozent Marktanteil. Das ursprünglich deutsche Unternehmen ist vor einigen Jahren im Imperium des Südafrikaners Rupert aufgegangen.

Diese fünf Großen, die knapp 85 Prozent des Marktes unter sich ausmachen, kämpfen mit harten Bandagen um jeden Raucher. Die Steuerung von Erfolgen ist allerdings schwierig und finanziell risikoreich. Für das Zigarettengeschäft gilt unverändert die Erkenntnis des wohl größten „Markenmachers", Philipp Fürchtegott Reemtsma: „Es gibt zwei Arten von Zigaretten, solche, die gehen, und solche, die nicht gehen", befand der Mann, der das Haus Reemtsma groß gemacht hat.

Die Erfahrung, daß eine Marke, die ihren Höhepunkt überschritten hat, auf die schiefe Bahn gerät, gilt nur bedingt für das Wunderkind „HB" von BAT. Sie ist seit nunmehr 25 Jahren die größte deutsche Marke. Der Marktanteil von 15,5 Prozent liegt zwar wesentlich unter dem Höchststand von mehr als 20 Prozent, doch ist es der BAT noch immer gelungen, die „HB" bei Schwächeperioden auf hohem Niveau aufzufangen.

Musterbeispiel eines Selbstläufers ist demgegenüber die „Marlboro" von Philip Morris, die vom Trend zur kräftigen Zigarette profitiert und inzwischen bei 13,7 Prozent angelangt ist. Mit der „Marlboro" muß sich die BAT als weltgrößter Tabakkonzern im übrigen nicht nur auf dem deutschen Markt auseinandersetzen. Das Paradestück von Philip Morris ist die größte Marke der Welt und überall präsent. Überdurchschnittlich wächst in der Bundesrepublik die „Camel Filter" von Reynolds, die 1984 mit 8,4 Prozent Marktanteil Platz drei unter den 10 führenden Marken erobert hat.

Der kurze Höhenflug einer Leichtmarke

Auf den vierten Rang abgerutscht ist die Leichtmarke „Lord Extra" von Brinkmann, die beide Seiten einer Markenkarriere ausgekostet hat. Auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Gesundheitsgefährdung durch Zigaretten stürmte sie als Leichtmarke die Rangliste bis auf Platz zwei, um dann genauso schnell abzustürzen. Bei jetzt 6,7 Prozent Marktanteil scheint Brinkmann jedoch eine Stabilisierung gelungen zu sein.

Die Plätze 5 bis 10 der größten deutschen Marken besetzt der Hamburger Reemtsma-Konzern einschließlich seiner Tochtergesellschaft Badische Tabakmanufaktur Roth Händle GmbH. „Peter Stuyvesant", die Anfang der sechziger Jahre den Duft der großen weiten Welt versprach und auf 18 Prozent Marktanteil hochschnellte, ist heute mit 5,5 Prozent am Markt beteiligt, die Billigmarke „West" mit 5,1, „Ernte 23" mit 4,7, die Leichtmarke „R 6" mit 3,8, die „Reval" mit 3,2 und die „Roth Händle" mit 2,1 Prozent.

Für das in der öffentlichen Diskussion sensible Produkt Zigarette hat die Industrie von sich aus auf Werbung in Funk und Fernsehen verzichtet und sich noch andere Beschränkungen auferlegt. Ihren Kampf um Marktanteile führt sie deshalb vor allem auf den Feldern Produktgestaltung und Verkaufsförderung im Handel. Der Konditionen-Wettbewerb um die Schächte in den Automaten oder die Auslagen an den Kassen des Lebensmittelhandels nimmt nicht selten groteske Formen an. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit den Billigmarken sind im Handel für eine Marke „Eintrittsgelder" bis zu einer Million Mark gefordert und auch gezahlt worden.

Der Sturm, der über den Zigarettenmarkt gefegt ist, hat auch vor den Vorstandsbüros nicht haltgemacht. Bei Reemtsma, Philip Morris und Brinkmann ist die Spitze neu besetzt worden. Manche hoffen, daß die Neulinge die Branche beruhigen können.

Dresden gedenkt der Nacht der Bomben

Operneröffnung und Gottesdienste / Neues Luxushotel

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einem umfangreichen Programm gedenkt morgen Dresden des 40. Jahrestages seiner Zerstörung durch alliierte Bomber in der Nacht zum 14. Februar 1945. Exbundeskanzler Helmut Schmidt nimmt eine private, schon 1981 am Werbellinsee ausgesprochene Einladung Honeckers an. Zu privaten Besuchen halten sich Mitte der Woche auch Staatsminister Friedrich Vogel und Ministerpräsident Ernst Albrecht in Dresden auf. Die beiden Kirchen halten insgesamt drei Gedenkgottesdienste ab.

Als offizieller Vertreter der Bundesregierung und des Bundespräsidenten fährt der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, morgen nach Dresden. Er nimmt an dem Staatsakt teil, mit dem die „DDR"-Führung mit Erich Honecker an der Spitze die Wiedereröffnung der Semper-Oper begeht. Die Festaufführung des „Freischütz", einer alten Inszenierung, wird zeitgleich in Ost und West übertragen. Da sich Regisseur Joachim Herz gegen TV-Technik während der Aufführung wehrte, wird sowohl in der „DDR" wie in der Bundesrepublik nur eine Aufzeichnung der Generalprobe ausgestrahlt.

Nach dem Festakt sind die Dresdner aufgerufen, von 21 bis 23 Uhr Blumen, Kränze und andere Symbole der Erinnerung an der Ruine der Frauenkirche niederzulegen. Diese nächtliche Prozession soll offenbar auch dazu dienen, das schweigende Gedenken nicht allein – wie in den Vorjahren – jungen Christen zu überlassen, die sich erstmals 1982 mit brennenden Kerzen in der Hand zur Ruine der Frauenkirche begeben hatten.

Während in der neuen, für rund 250 Millionen Ost-Mark wiederaufgebauten Semper-Oper die Eröffnungspremiere des „Freischütz" über die Bühne geht, versammeln sich die evangelischen Christen um 20 Uhr 30 in der Kreuzkirche zu einem ökumenischen Gedenkgottesdienst.

Die kirchlichen Veranstaltungen beginnen bereits heute abend mit einer Friedensfeier mit ökumenischen Gästen aus Ost und West in der Annenkirche. Daran nimmt vermutlich auch Helmut Schmidt teil, der heute mit dem Wagen von West-Berlin nach Dresden fährt. Die Einladung dazu geht auf eine Anregung Honeckers während des Schmidt-Besuchs Mitte Dezember 1981 am Werbellinsee zurück. Vermutlich trifft der Exkanzler auch Honecker in Dresden. Dies wäre das zweite inoffizielle Zusammentreffen von Schmidt und Honekker nach Schmidts privater „DDR"-Reise auf dem Höhepunkt der Raketendebatte im September 1983.

Die katholische Kirche gedenkt der 35 000 Opfer der Bombennacht, die das deutsche „Elbflorenz" zerstörte, mit einem Requiem am 14. Februar in der Hofkirche, der Kathedrale der Diözese. Es wird von Bischof Gerhard Schaffran gehalten.

Als Höhepunkt der staatlichen Gedenkfeiern ist eine Kundgebung unter freiem Himmel angelegt, die morgen nachmittag auf dem Platz vor der Semper-Oper stattfindet. Dort spricht der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker.

Zeitgleich mit dem 40. Jahrestag öffnet das modernste und luxuriöseste Hotel Mitteldeutschlands, das von Japanern und Schweden am Elbufer errichtete „Bellevue", seine Pforten. Das anspruchsvolle und jedem westlichen First-class-Standard angemessene Haus steht nur Gästen mit harten Devisen offen, sofern sie dort nächtigen wollen. Die Zimmerpreise in den 328 Räumen beginnen bei rund 150 D-Mark pro Nacht. Obwohl Dresden mit jährlich rund 5,5 Millionen Touristen selbst Ost-Berlin den Rang abläuft, erhielt die Stadt erst jetzt eine Super-Herberge, die bereits von zahlreichen westdeutschen Reisebüros im voraus belegt worden ist.

Die Union besteht auf sechs Jahre als Nachzugsalter für Kinder

Tagung in der Evangelischen Akademie Mülheim / Dissens über Ausländerpolitik

HENK OHNESORGE, Mülheim

Ausländer, welche länger als acht Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik leben, sollen für sich und ihre Familienangehörigen ein Niederlassungsrecht bekommen. Diese Personengruppe soll die gleichen Sozialleistungen und freien Zugang zu Universitäten wie Deutsche haben. Spätestens ab 1. Januar 1990 sollen diese Ausländer, die sich ungehindert politisch betätigen dürfen, aktiv und passiv an den Wahlen zum Deutschen Bundestag teilnehmen. Lediglich das Richteramt und der Wehrdienst bleiben ihnen verschlossen. Dies sind die Forderungen der Grünen, die jetzt auf der Tagung „Umstrittene Ausländerpolitik. Positionen der Bundesregierung und der Parteien" in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr von ihrem Vertreter Muzaffer Tolali vorgetragen wurden.

Bei dieser Tagung mit den Schwerpunkten Aufenthaltsrecht und Schutz vor Ausweisung, Familiennachzug und Neudefinition der Ausweisungsgründe zeigte sich in Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen einige Übereinstimmung, vor allem aber Dissens. Ihn bekamen vor allem der FDP-Vertreter Michael Ruppert und der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter W. Höffkes zu spüren.

Höffkes, der für beide Unionsparteien sprach, erklärte anhand des zwischen den Koalitionspartnern noch strittigen Entwurfs des neuen Ausländergesetzes die Position seiner Partei. Danach besteht die Union auf sechs Jahre als Höchstnachzugalter für Kinder, auf den Nachweis entsprechenden Wohnraums als Voraussetzung für Familiennachzug, auf Ehegattennachzug der 2. und 3. Generation nur nach Einbürgerung des hiesigen Ehepartners. Ebenso strittig ist gegenüber der FDP die Frage des Rechtsanspruchs der 1. Generation auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis, auf Erleichterungen bei der Einbürgerung dieser Familiengruppe und darüber, wie nach Straftaten der Ausweisungsmodus sein soll.

Zumindest darin jedoch bestand Einigkeit, daß das Ausländergesetz von 1964 den tatsächlichen Gegebenheiten nicht mehr gerecht wird. Widerspruch erhob sich auch nicht gegen die Feststellung des SPD-Bundestagsabgeordneten Thomas Schröer: „Wenn sieben Prozent der Bevölkerung Ausländer sind, dann ist die Frage, ob wir ein Einwanderungsland sind, gegenstandslos." Schröer wandte sich gegen Sonderrechte für Ausländer – etwa das Wahlrecht zum Bundestag –, gegen den immer noch sehr großen Ermessensspielraum einzelner Beamter und Behörden bei der Auslegung von Gesetzen und Vorschriften und sprach sich für eine Verrechtlichung aus.

Bei aller kontroverser Position, in welcher von der anwesenden Mehrheit, Interessenvertretern der Ausländer und deutschen Sozialarbeitern, viel mit den Schlagwortvokabeln „faschistisch", „rassistisch" und „ausländerfeindlich" hantiert wurde, blieb der Hinweis auf das Grundgesetz (Bundestags-Wahlrecht für Ausländer ist dort nicht vorgesehen) ebenso auf der Strecke wie der Hinweis, daß in der Ausländerpolitik die Bundesregierung zwar Rahmenrichtlinien schafft, die faktische Ausfüllung aber Ländersache ist.

Lummer: Mit Ost-Berlin über Asylanten reden

Innensenator fordert einschneidende Maßnahmen

MANFRED SCHELL, Bonn

Einschneidende Veränderungen im Asylrecht hat der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) angesichts des Wiederanstiegs der Asylantenzahlen gefordert. In einem WELT-Gespräch sagte Lummer gestern: 1. „Berlin hat sich dazu entschlossen, eine Initiative zu starten, die den Artikel 16 des Grundgesetzes nicht berührt. Der Rahmen ist von daher gesehen relativ eng.

Es soll klargestellt werden, daß das Asylrecht nur auf eine bestimme Zeit gewährt wird. Es soll hierfür eine Frist eingeführt werden. Häufig wird ein Asylantrag mit der innenpolitischen Lage in einem Land begründet. Diese kann sich schnell ändern und dann ist der Grund für das Asylrecht entfallen. Den klassischen Asylbewerber, der möglichst schnell wieder in seine Heimat zurückkehrt, den gibt es heute praktisch nicht mehr. Meist soll auf dem Umweg des Asylrechts ein dauerndes Aufenthaltsrecht in Deutschland erworben werden".

Als 2. Forderung nannte Lummer: „Wir wollen erreichen, daß ein Asylbewerber seinen Antrag innerhalb von 14 Tagen stellt. Andernfalls soll der Antrag als unbeachtlich gelten. Damit könnte ein verkürztes Rechtsverfahren erreicht werden." Zu dem Forderungspaket aus Berlin gehört nach den Worten von Lummer drittens: „Anträge, zu deren Begründung lediglich wirtschaftliche Überlegungen angeführt werden, sollen als offensichtlich unbegründet angesehen werden".

Für Berlin stelle sich die augenblickliche Situation so dar, daß täglich zwischen 50 und 100 Asylbewerber vorwiegend aus Sri Lanka, Ghana und dem Iran kommen, sagte Lummer. Überspitzt formuliert sei das gegenwärtige Asylrecht so abgefasst, „daß wir niemanden zurückschicken können, wenn er das Wort Asyl sagt". Deshalb müsse durch eine Änderung der Rechtsstruktur „der Reiz, zu uns zu kommen, gemindert werden".

Lummer: „Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß viele Asylbewerber deshalb nach Berlin kommen, weil der Flug vom fernen oder mittleren Osten nach Deutschland über Schönefeld billiger ist als über Frankfurt. Es ist nicht nur die in diesem Fall offene Grenze in Berlin, die den Zustrom von Asylanten bewirkt, sondern es sind auch die günstigeren öknomischen Voraussetzungen."

Lummer forderte, die Asylproblematik in die innerdeutschen Gespräche einzubeziehen. Jedenfalls sollte auf diesem Weg geprüft werden, „ob die DDR unter bestimmten Voraussetzungen zu helfen bereit ist". Ost-Berlin könnte, wenn es ein „Interesse" daran hätte, an einer Verbesserung der Situation mitwirken. Lummer: „Aber wir müssen gegenwärtig davon ausgehen, daß die Interessenlage der DDR so geartet ist, etwa zu sagen, alles was West-Berlin schadet, das nützt uns und zweitens verdienen wir ja über Interflug an solchen Asylbewerbern.". Vor diesem Hintergrund seien Gespräche mit der Führung der „DDR" notwendig.

Auch in anderer Richtung, so sagte Lummer in dem WELT-Gespräch, wolle man die Bundesregierung „animieren". Lummer: „Das Asylrecht in den europäischen Ländern ist sehr unterschiedlich. Das großzügigste Recht hat die Bundesrepublik. Und insofern kommt es nicht von ungefähr, daß besonders viele Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Ich meine, wenn wir eine politische Gemeinschaft sein wollen, die auf Dauer vielleicht noch stärker zusammenwächst, dann müssen wir in den Grundfragen der Politik eine einheitliche Rechtsordnung haben. Was sich hier anbietet und als notwendig erweist, ist der Versuch einer Harmonisierung des Asylrechts in den Ländern der europäischen Gemeinschaft. Beratungen mit einem solchen Ziel sollte die Bundesregierung aufnehmen".

Ländermitsprache am Rechnungshof?

HH, Bonn

Die Länder fordern eine „gleichgewichtige" Mitwirkung des Bundesrates mit dem Deutschen Bundestag bei der Ernennung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofs. Das hat Bundesratspräsident Lothar Späth jetzt als „verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch geboten" bezeichnet. Die Bundesregierung erarbeitet zur Zeit unter Federführung Stoltenbergs den Entwurf eines neuen Bundesrechnungshofgesetzes, der bereits im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags erörtert worden ist.

Bayerns FDP auf Versöhnungskurs

lz. München

Versöhnungskurs bei der bayerischen FDP: Nach Monaten schwerer politischer und persönlicher Auseinandersetzungen werden sich der bayerische FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner und die Münchner Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher morgen zu einem Gespräch unter vier Augen treffen. Nachdem die Freidemokratin erklärt hatte, 1987 aus dem Bundestag ausscheiden zu wollen, will Brunner sie nun bitten, für die bayerische Landtagswahl im Herbst 1986 als Spitzenkandidatin auf einer der sieben Bezirkslisten zu kandidieren.

Kritik an Jens und Greinacher

xhk. Stuttgart

Baden-Württembergs Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) hat den Rhetorikprofessor Walter Jens und den Theologen Norbert Greinacher wegen ihrer Aktivitäten in Mutlangen scharf kritisiert.

Jens habe mit seiner Beteiligung an den „gewalttätigen Aktionen" und damit, daß er diese Rechtsverstöße billige „und neue ankündige", sich als Gesprächspartner zum Thema Frieden „disqualifiziert". Jens und Greinacher hätten als „hochbezahlte Beamte, die sich von diesem Staat unterhalten lassen", ein „ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt".

Unruhe im Polen-Dienst von RFE

RUDOLF CANNE, München

Die mögliche Berufung eines langjährigen Starjournalisten des staatlichen Warschauer Rundfunks hat in der polnischen Redaktion des Münchner US-Senders „Radio Freies Europa", wie auch in Washington, zu Unruhe geführt. Jacek Kalabinski, der augenblickliche New Yorker Korrespondent der Redaktion, soll auf Wunsch des polnischen Chefredakteurs Zdzislaw Najder dessen Stellvertreter in München werden. Obwohl er nach der Ausrufung des Kriegsrechts einige Zeit im Warschauer Untergrund mitgearbeitet hat, ist Kalabinski in den Augen vieler Polen durch seine jahrzehntelange Tätigkeit als regimetreuer Propagandist sowohl für die Parteizeitung „Nowe Drogi"(„Neue Wege") als auch seit 1976 in der Sendung „Jedynka" des Warschauer Rundfunks diskreditiert.

Überraschung hat in diesem Zusammenhang der Schritt des US-Außenministeriums ausgelöst, das sich am 16. Januar zum erstenmal in der 35jährigen Geschichte des Senders „mit Bedauern" förmlich bei der polnischen Regierung für eine Sendung von RFE entschuldigt hat. Dabei ging es um eine Exilzeitschrift, die General Jaruzelski mit Hitler verglichen hatte. Da das State Department aufgrund der journalistisch unabhängigen Stellung von „Radio Freies Europa" dafür keinerlei Verantwortung trägt, wird der Grund der ungewöhnlichen Kritik an der polnischen Chefredaktion auch in den derzeitigen Auseinandersetzung um Personen- und Programmpolitik in der polnischen RFE-Redaktion selbst gesucht.

Der Inhalt der polnischen Programme, die in Polen zuverlässigen Umfragen zufolge von über 24 Millionen Hörern (66 Prozent) regelmäßig gehört werden, ist in jüngster Zeit wiederholt Gegenstand von Kontroversen gewesen. Chefredakteur Zdzislaw Najder wurde dabei sowohl von der polnischen Opposition in der Untergrundzeitung „Niepodleglosc" („Unabhängigkeit") als auch von der Pariser Exilzeitschrift „Kultura" vorgeworfen, General Jaruzelski verharmlosend als „Liberalen" darzustellen. Najder weist diese Vorwürfe energisch zurück. Unbestritten ist dagegen, daß die Kritik an der Haltung von Primas Glemp gegenüber dem Regime in den Sendungen des polnischen Dienstes ein Tabu-Thema ist.

Die Tamilen geben Ziel eines Staats nicht auf

Eine Volksgruppe sucht Identität / Neu-Delhis Dilemma

DW. Colombo

Der Führer der Tamilen-Partei in Sri Lanka, Amirthalingam, glaubt nicht mehr an eine friedliche Lösung des politisch-ethnischen Konflikts zwischen Tamilen und Singhalesen. In der südindischen Stadt Madurai warf er der Regierung Sri Lankas vor, „alle Türen für eine Verhandlungslösung" zugeworfen zu haben.

*

PIERRE SPOERRI, Neu-Delhi

In Neu-Delhi geht kein Tag vorbei, ohne daß das Thema der Zukunft der Tamilen in Sri Lanka nicht auf den ersten oder Leitartikel-Seiten der indischen Presse erläutert würde. Im Gegensatz zu vielen Europäern werfen die verantwortlichen Männer in Delhi aber nicht alle Tamilen in einen gleichen Topf. Man weiß hier wohl zu differenzieren zwischen den Tamilen innerhalb Indiens, denen in Sri Lanka und denen außerhalb Südindiens.

Weitaus die größte Gruppe stellen die indischen Tamilen dar, die in ihrem Bundesstaat Tamil Nadu leben. Die zweitgrößte Gruppe besteht aus Tamilen, die seit Jahrhunderten auf der Nordspitze der Insel von Sri Lanka ansässig sind. Aus dieser Gruppe von „Jaffna-Tamilen" rekrutiert sich auch die große Mehrheit der Kämpfer für einen unabhängigen Staat – Eelam –, der die Nord- und Ostprovinzen der Insel zusammenfassen soll.

Es gibt dann noch weitere, größere Gruppen von Tamilen: Die bedeutendste davon sind die „Plantagen-Tamilen", die in den letzten Jahrhunderten unter der englischen Herrschaft mehr oder weniger freiwillig in andere Teile der Welt exportiert wurden, um auf den Tee-, Kaffee- und Gummiplantagen zu arbeiten. Auch in Sri Lanka gibt es noch diese immer kleiner werdende Gruppe.

Die indischen Tamilen sehen sich auch heute noch als die Nachkommen des dravidischen Volkes, das durch die Eindringlinge des Nordens, die Arier, in den Süden abgedrängt wurde. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd geht von der Hautfarbe bis zu der Interpretation der heiligen Schriften des Hinduismus. Die Frage der Sprache war und bleibt eine zentrale im Kampf gegen den Norden.

Schon unter den Engländern entwickelte sich eine separatistische Tamilen-Partei. Auch nach der Unabhängigkeit gaben sich die Tamilen unter ihrem charismatischen Führer Annadurai nicht mit dem Status eines Bundeslandes innerhalb der Indischen Union zufrieden. Sie wollten eine unabhängige Tamilen-Nation. Erst als im Jahre 1962 chinesische Truppen in Nordost-Indien eindrangen, begruben Annadurai und seine Parteigänger ihre separatistischen Träume, die im übrigen bis dahin noch nicht einmal verfassungswidrig waren. Eine Änderung der Verfassung verbietet heute jeder Partei mit separatistischen Zielen die Beteiligung an Wahlen.

Wenn nun der neue indische Premierminister verkündet, daß er nicht mehr mit der Akali-Partei der Sikhs verhandeln will, solange diese nicht alle separatistischen Forderungen aufgibt, wird er es auch schwierig finden, die Position des srilankesischen Präsidenten Jayewardene anzugreifen, der mit den tamilischen Parteien nicht mehr verhandeln will, solange diese auf einem separaten Staat für die Tamilen bestehen.

Die Regierung in Neu-Delhi wird deshalb versuchen, alle separatistischen Forderungen im ganzen Land zurückzudrängen und gleichzeitig die zahlreichen Tamil-Wähler nicht zu verunsichern. Auch sind die Ziele der Regierung von Tamil Nadu und der Tamilen in Sri Lanka nicht deckungsgleich. Schon jetzt gibt es vierzigtausend Flüchtlinge aus Sri Lanka in Tamil Nadu und ein unabhängiger Staat „Eelam" würde notwendigerweise wirtschaftlich und auch sonst sehr stark von Südindien abhängig sein. So wird die indische Öffentlichkeit sicher für eine Intervention plädieren, falls eine Terror-Kampagne gegen die Tamilen auf Sri Lanka ausgelöst würde.

Die Jaffna-Tamilen sind diejenigen, die heute am meisten leiden. Ihre wirtschaftliche Situation ist angespannt bis hoffnungslos. Die junge Generation hat sich in maximalistische Forderungen verstiegen. Allein unter den „Tigern", den aktiven Guerrillas, gibt es sechs Gruppen, die zum Teil extrem marxistische mit ihren separatistischen Forderungen verbinden. So fragen sich auch viele Tamilen, wie ein unabhängiges „Eelam" wirklich aussehen würde und wie es um die Unabhängigkeit eines solchen Staats beschaffen wäre.

Ariane stationiert Satelliten der Arabischen Liga

DW. Paris

Von der europäischen Rakete „Ariane-3" sind zwei Kommunikationssatelliten in ihre Umlaufbahn gebracht worden. Die eine, „Brasilsat-1", war von Brasilien, die andere, „Arabsat-1", von 22 Staaten der Länder der Arabischen Liga in Auftrag gegeben worden. Der in Europa unter Führung der französischen Firma SNIAS gebaute und am Samstag über dem Äquator stationierte arabische Satellit hat die Kapazität von gleichzeitig 8000 Telefongesprächen und Telexverbindungen sowie acht Fernsehkanälen, über die die arabische Welt untereinander kommunizieren und wirtschaftliche Daten (Börsenkurse) von außen erfassen will. Ein zweiter Satellit soll von der amerikanischen Nasa mit Hilfe der Raumfähre „Challenger" über dem Gebiet der arabischen Länder stationiert werden: Ein Gesamtprogramm, das unter Führung von Saudi-Arabien (26 Prozent) mit 29 Millionen Dollar finanziert wurde.

Mit diesem Vorhaben macht die arabische Welt zum ersten Mal den Versuch, eine gemeinsame Informationspolitik zu konzepieren, in einem geographisch weit ausgedehnten Gebiet, das politisch durch Kriege (im Persischen Golf und in der westlichen Sahara), die Palästinenserfrage und die unterschiedlichsten Gesellschafts- und Regierungsformen gespalten ist, so daß selbst der Vertrieb der Zeitungen von einem Staat zum anderen häufig unterbunden wird.

Das zukünftige Fernsehprogramm soll vom 1. Oktober an von Tunis aus, dem Sitz der „Union arabischen Rundfunks" (ABSU), der die Radio- und Fernsehprogramme der Mitgliedländer zentralisieren und aufeinander abstimmen soll, für sechs Monate experimentell ausgestrahlt werden. Die den arabischen Ländern gemeinsame Kultur und Sprache soll hier durch die Satellitenkommunikation zum Bindeglied einer politisch geteilten Völkergemeinschaft werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bagdad erringt im Golfkrieg wichtige Vorteile auf dem Gefechtsfeld

Die Strategie Iraks bleibt unverändert: Defensiv an Land, offensiv gegen Seeziele

GÜNTHER DESCHNER, Bonn

Die jüngste Offensive der irakischen Armee am Süd- und Mittelabschnitt der Fronten des Golfkriegs ist offenbar abgeschlossen worden. Ein Abschlußkommunique, das von einem offiziellen Sprecher des Außenministeriums verlesen und über Radio Bagdad und den Propagandasender „Stimme der Massen" verbreitet wurde, sprach von einer „Vollendung nach Erreichen der gesteckten Ziele".

Im Süden der Front hatte zunächst das III. Irakische Armeekorps östlich der Hafenstadt Basra und im Gebiet der sumpfigen Madschnun-Inseln, der „Insel der Irren", die seit zwei Jahren zum Stellungskrieg erstarrte Front in Bewegung gebracht und flächenmäßig nur unbedeutende, jedoch operativ vorteilhafte Geländegewinne erzielt und eine Bereitstellung iranischer Streitkräfte nachhaltig gestört.

Anfang Februar begann auch die 16. Division des II. irakischen Armeekorps im Mittelabschnitt der Front, in der Gebirgsregion südlich der Grenzstadt Qasr-e-Shirin, seine Angriffsoperation. Deren Ziel war die Einnahme strategisch beherrschender, von starker iranischer Artillerie besetzter Höhen. Deren Besitz gilt militärischen Beobachtern als Schlüssel für die mögliche Wiederaufnahme einer auf Bagdad zielenden Offensive der Streitkräfte Khomeinis. Nach irakischen Angaben hatte die technisch hochwertige Luftwaffe Bagdads mit rund 75 Einsätzen die Eroberung dieser Höhenzüge unterstützt. Bereits am 5. Februar waren sie in irakischem Besitz.

Ein am Morgen des 6. Februar vorgetragener iranischer Gegenangriff scheiterte unter erheblichen Verlusten. Vor der Presse in Bagdad erklärte der Kommandeur der 16. irakischen Division, Brigadegeneral al-Dschaburi, bei dem „verzweifelten Gegenangriff" auf die verlorenen Höhenzüge seien die hohen iranischen Verluste aus dem Bewußtsein „des unverzichtbaren Werts der Artilleriepositionen", die man um jeden Peis habe wiedergewinnen wollen, entstanden.

Ein Sprecher des Außenministeriums teilte ferner mit, die irakische Führung habe sich entschlossen, „die eingebrachten Kriegsgefangenen freizulassen und sie den Vertretern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes zu übergeben". Es solle ihnen das Recht gewährt werden, „in Irak zu bleiben, in irgendein Land der Welt zu gehen oder nach Iran zurückzukehren".

Nach weitgehend übereinstimmender Auffassung westlicher Diplomaten in Bagdad und in Teheran hat der Verlauf der jetzt abgeschlossenen Operationen die Verteidigungsfähigkeit Iraks gegen seinen östlichen Nachbarn „erkennbar gestärkt" und die strategische Ausgangsposition Bagdads verbessert. Bereits Ende Januar hatte ein westlicher Botschafter dem Korrespondenten des amerikanischen Magazins „Newsweek" über die Bedeutung der irakischen Offensive gesagt: „Wenn dabei Iran nicht gewinnt, verliert es. Wenn Irak nicht verliert, dann wird es gewinnen."

Militärische Beobachter sehen im Ausgang der jüngsten Kampfhandlungen eine Bestätigung der seit einem Jahr erkennbaren irakischen Strategie. Sie besteht darin, die Fortdauer der militärischen Potenz zu zeigen, die bisherigen Fronten im Landkrieg defensiv abzusichern und gleichzeitig den Seekrieg zu intensivieren. Durch gesteigerte Luftangriffe auf einzelne Seeziele und die Abschnürung der iranischen Erdölverladeinsel Kharg soll das Khomeini-Regime „finanziell ausgetrocknet" und gleichzeitig der „inneren Aushöhlung" preisgegeben werden.

Phrasen von Endlösung in Kairo

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Die israelische Regierung wird bei nächster Gelegenheit Washington auf die antisemitischen Hetzkampagnen in der ägyptischen Presse und im Radio hinweisen, da sie klar gegen den Friedensvertrag von Camp David verstoßen. Artikel 5 Absatz 3 des Vertragswerks bestimmt, daß sich die Parteien des Vertrages feindlicher Propaganda gegeneinander enthalten müssen. Die USA sind Mitunterzeichner des Friedensvertrages.

Zwar sollen die acht Mitglieder der linksradikalen Unionspartei verhaftet worden sein, die während der Buchausstellung in Kairo eine israelische Fahne verbrannten und riefen: Die beste Lösung für Israel ist die Endlösung. Aber Jerusalem weist darauf hin, daß die ägyptische Polizei nicht einschritt. Ob die Ablösung des Chefredakteurs Anis Mansour von der Zeitschrift „Oktober" und Moussa Sabri von „Akabar" etwas mit deren antisemitischen Kommentaren zu tun hatte oder ob sie als alte Freunde Sadats abgehalftert wurden, weiß man in Israel noch nicht.

Die antisemitischen Artikel erscheinen auch in anderen Blättern. So brachte Rose el Youssef im Januar eine Karikatur, die einen israelischen Soldaten nach „Stürmer"-Manier darstellt und fälschlicherweise behauptet, jetzt würden Äthiopier als schwarze Juden in den besetzten Gebieten angesiedelt. In einem anderen Blatt wurde Israel als Urheber und Erfinder des Terrorismus bezeichnet, weil der Gott des Alten Testaments zum Terror aufgerufen habe.

Auffallend ist, daß sich das Regierungsblatt „El Goumhuriya" besonders stark an der Kampagne beteiligt. So erklärte ein Schreiber in der täglichen Kolumne „Ein Wort der Liebe", die israelischen Parteien träten alle dafür ein, Araber zu ermorden, durch Gift, Gas und elektrische Schocks umzubringen oder mit Dynamit hochzujagen. Der gleiche Journalist rief dann Ende Januar zum Boykott des israelischen Staates auf der Buchmesse und der israelischen Botschaft in Kairo auf.

Die ägyptische Gewerkschaft, deren Vorsitzender auch Arbeitsminister ist, billigte kürzlich eine Resolution, die sich gegen jede Normalisierung in den Beziehungen mit Israel ausspricht. Regierungskreise in Jerusalem erklären, in einer solchen Atmosphäre seien nützliche Verhandlungen mit Kairo kaum denkbar. Doch würde man es begrüßen, wenn europäische oder amerikanische Politiker dieses Thema in Kairo auch einmal ansprächen. (SAD)

Jahrhunderte kam die Gartenbaukunst ohne chemische Pflanzenschutzmittel aus. Doch in jüngster Zeit wurde der Einsatz der „chemischen Keule" vielerorts übertrieben. Deshalb hat die Konferenz der Gartenbauamtsleiter 1982 den freiwilligen Verzicht auf Herbizide in öffentlichen Anlagen zum allgemeinen Beschluß erhoben. Die Bilanz ist positiv - wie das Beispiel Wiesbaden zeigt.

Wenn in Parks und Gärten die chemische Sense entschärft wird...



Die Giftspritze in öffentlichen Parks und Gärten der Bundesrepublik wird immer seltener. Freiwillig verzichten die städtischen Gärtner auf den Einsatz von Herbiziden FOTO: DIE WELT

Von H. DE LA CHEVALLERIE

Der Winter überdeckt das Problem. Erst wenn die wärmende Märzsonne Huflattich und Scharbockskraut zum Treiben und Blühen bringt, beginnt die „Unkrautsaison". Aber darf man denn überhaupt von Unkräutern sprechen, mit welchem Recht wird harmloses Kraut zum Un-Kraut? Gerade die beiden eingangs genannten Wildkräuter, die das Frühjahr mit einem herrlichen gelben Blütenflor einleiten, noch ehe Sträucher und Bäume austreiben, sollten da nachdenklich machen.

Mehr oder weniger „perfekt" löst derjenige das Problem, der regelmäßig in seinem Garten oder Park Herbizide, also Pflanzengifte, in den Boden einbringt und zusätzlich das Beet umgräbt, um eben diese und andere Wildkräuter buchstäblich „unter die Erde" zu bringen. Wie wir heute wissen, ist beides völlig falsch, und zwar sowohl im Sinne des Artenschutzes, der Bodenökologie, der Ernährung der Strauch- und Baumschichten sowie der Bildung von bodendeckenden Krautschichten (z. B. Efeu), als auch im wirtschaftlichen Interesse. Und dennoch gibt es auch heute noch Fachleute, die das Gegenteil behaupten und auf „Folgekosten" hinweisen, die entstehen, wenn der Garten statt mit Herbiziden mit der Hacke sauber gehalten werden soll.

„Sauber", bei diesem Begriff muß das Nachdenken beginnen. Familie Saubermann ist es so von einer geschickten Werbung beigebracht worden. Aber auch der Gärtner und der Diplomingenieur der Landespflege werden in ihrer Ausbildung darauf getrimmt: Gegen jedes Kraut sei eine Chemikalie gewachsen. Dagegen haben sie den ökologischen Nutzen der vernetzten Natur (Boden-, Kraut- und Gehölzschicht) nicht bewerten gelernt. Sie wissen manchmal nicht, daß Laub im Garten Pflanzennahrung und kein Schmutz ist.

Vor der Erfindung der Herbizide gab es keine Alternative: Im Gartenbau, in der Forst- und Landwirtschaft mußte gehackt werden, um den Konkurrenten Unkraut zu beseitigen. Das kostet Schweiß, und Schweiß ist immer teurer geworden. Nun aber, mit der Waffe der Herbizide, sparen wir zunächst Schweiß ein. Mit einer fatalen Folge: die „chemische Sense" arbeitet so gründlich, daß Klatschmohn und Kornblume in der einst artenreichen Feldflur selten geworden sind.

Was für den Landwirt recht war, sollte bald auch für Gärten und Parks billig sein. Das Gras auf dem Weg, das Kraut unter Sträuchern, das Gänseblümchen im Rasen störte das ästhetische Empfinden. Dabei wurde übersehen, daß die Herbizide zwar den Oberboden unkrautfrei halten, aber dafür einen nackten, ungeschützten Boden zurücklassen, der im Sommer durch Sonnenglut ausgedörrt wird und zusätzlich gehackt und gewässert werden muß. Das kostet eben doch wieder Schweiß.

Die Natur kennt keinen nackten Boden, Wüsten und Strände einmal ausgenommen. Bodendeckende Kräuter beschatten den Boden, lokkern den Untergrund auf, halten die Feuchtigkeit im Erdreich. Diese ökologischen Wechselbeziehungen zwischen Pflanze und Bodenleben sind in Vergessenheit geraten. Wir müssen diese Zusammenhänge, die unseren Vorfahren vertraut waren, neu lernen.

Es geht auch ohne Herbizide. So hat das Grünflächenamt Wiesbaden in seinen Anlagen auf Wegen und Plätzen nun seit fünf Jahren auf Herbizide verzichtet – in allen Parks wie auch bei Neuanlagen, in Pflanzflächen wie auch auf Rasen- und Wegeflächen. Die Bilanz hat auch viele Experten überrascht: Keineswegs haben sich Prophezeiungen erfüllt, daß entweder die Stadt, wie weiland das Schloß von Dornröschen, sehr bald zugewuchert sein würde, oder daß die Pflegekosten in die Höhe getrieben würden. Im Gegenteil, in den Jahren der Rezession mußten sogar erhebliche Reduzierungen im Pflegeetat hingenommen werden.

Auch die Wiesbadener Gärtner bekämpfen nach wie vor Unkraut, wenn auch nur dort, wo es sichtlich stört, etwa in Rosenbeeten. Aber sie greifen heute wieder zur Hacke und nicht mehr zur Rückenspritze. Die Erfahrung nach fünf Jahren: Sehr bald spielt sich das „neue System" ein. Wege, die viel begangen werden, haben kaum Wildbewuchs, Kräuter am Rand werden geduldet, notfalls abgemäht. Der aufgeklärte Bürger akzeptiert den Sinneswandel und empfindet den naturnahen Pfad in der Stadt als ebenso schön wie den Feldweg draußen, den er gerade wegen seiner Naturnähe so gerne aufsucht.

Völlig umgestellt haben die Wiesbadener Gärtner ihr Pflegekonzept: Sie graben nicht mehr zwischen den Sträuchern und unter den Bäumen. Das Laub bleibt in den Gehölzstreifen liegen. Sehr bald stellt sich die Vegetation darauf ein. Einmal hat das Laub eine natürliche Herbizidwirkung auf keimende Unkräuter, zum anderen verdrängt eine niedrige, anspruchslosere Krautschicht je nach Festigung des nun nicht mehr umgegrabenen Bodens die hochwachsenden Unkräuter, die lockeren Boden lieben. Auch bei Neuanpflanzungen müssen keine Herbizide verwendet werden, wenn entweder der offene Boden mit Rindenhäcksel oder Laub gemulcht oder wenn eine Untersaat von Leguminosen eingebracht wird.

1982 hat die Gartenbauamtsleiterkonferenz den freiwilligen Verzicht auf Herbizideinsatz zum allgemeinen Beschluß erhoben. Die Konferenz begründete dies mit Rücksichtnahme auf natürliche Kreisläufe, Schutz der Bodenökologie sowie der wildwachsenden Pflanzen. Damit wollte sie gleichzeitig auch einen Appell an die Bürger richten, nicht bei jeder Gelegenheit zur Spraydose oder Giftspritze zu greifen.

Gartenbaudirektor Hildebert de la Chevallerie, Leiter des Grünflächenamtes in Wiesbaden, ist Obmann der Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter im deutschen Städtetag.

Erobern Computer den Bauernhof?

Fachleute diskutierten Probleme der Umsetzung von ökologischen Erkenntnissen

Von XING-HU KUO

Nur im „ständigen Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung sind die Probleme der Umsetzung von Erkenntnissen der Umweltforschung lösbar". Diese Ansicht vertrat George Turner, der Präsident der Universität Hohenheim (Stuttgart), am Wochenende auf der 17. Hohenheimer Umwelttagung. Unterstützung erhielt Turner von sieben Experten, die seine These in zum Teil sehr unterschiedlichen Varianten erläuterten.

Wolfgang Erz von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie (Bonn) verwies zunächst darauf, daß Ökologie eine Wissenschaft sei, die sich „vom Nimbus der sogenannten Wertfreiheit" freigemacht habe. Als Folge hiervon sei es deshalb schwierig geworden, zwischen Ökologie als Naturwissenschaft und „politischer Aufgabe" klar zu trennen. Trotz der „weiten Akzeptanz" des Begriffes Ökologie sieht Erz drei „erhebliche Barrieren" bei zur Umsetzung von Erkenntnissen der Umweltforschung in die Praxis. Dies seien „rational-intellektuelle, psychisch-emotionale und technisch-fiskalische" Barrieren. Schlagwortartig könne man sie auch als „Kann-nicht"-, „Geht-nicht"- und „Will-nicht"-Probleme kennzeichnen.

Ökologische Erkenntnisse würden nach Auffassung von Erz, gemessen am allgemeinen Stand von Wissenschaft und Technik, „mit zu geringer Effizienz" umgesetzt. Zum Teil jedoch seien die Ökologen für die Praxis-Defizite selbst verantwortlich. Erz zitierte dazu das Ergebnis eines internationalen Seminars. Dort war festgestellt worden, daß Ökologen „zu naiv, zu bescheiden, zu theoretisch und zu unsolidarisch" seien.

Günther Kahnt vom Institut für Pflanzenbau (Hohenheim) forderte, „zuallererst" müsse das Forschungsergebnis für Praktiker „verständlich" sein. Gleichzeitig sollten weniger fertige „Rezepte" seitens der Wissenschaft angeboten werden, sondern „Denkanstöße", damit zum Beispiel der Landwirt „zum Probieren ermutigt" werde und sein „betriebseigenes System" finden könne. Kahnt regte an, die bäuerlichen Betriebe zu „verkabeln". Demnach soll ein elektronisches Informationssystem für die Landwirte entstehen, mit dem sie sich von einem Fachmann den neuesten und besten Rat einholen können. Der Praktiker habe zu entscheiden, wen er rufe: die „Feuerwehr" über den Computer, wenn es schnell gehen muß, oder den „Hausarzt" in Form des Pflanzenbauberaters, der zum persönlichen Gespräch auf dem Hof erscheint. Dieser Fachmann sollte dann die „Zusammenhänge erkennen und dauerhaft funktionierende Systeme" konstruieren.

Während von einigen Rednern die Politiker zum Teil massiv kritisiert wurden – so werde die Ökologie nach wie vor pauschal als links angesehen –, verwies der Düsseldorfer Professor Ganser auch auf die Schwierigkeiten: Allein für das Waldsterben gebe es inzwischen 167 „Erklärungen".

Alois Sabel vom Stuttgarter Umweltministerium appellierte andererseits an die Wissenschaftler, besonders verantwortungsbewußt bei öffentlicher Kritik zu sein. Denn diese Äußerungen würden häufig als „unumstößlich" und „allgemein verbindlich" aufgenommen.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Test für Wirbelschicht

Wiesbaden (dpa) – Hessens Wirtschaftsminister Ulrich Steger hat das Frankfurter Battelle-Institut damit beauftragt, eine Studie über das „Emissionsverhalten von Wirbelschichtfeuerungen" zu erarbeiten. Diese Feuerungstechnik sei zwar unbestritten die umweltfreundlichste bei der Verwendung von Kohle, doch gebe es noch Erfahrungslükken über das Emissionsverhalten, erklärte ein Sprecher des Ministeriums. Die auf 372 000 Mark veranschlagte Studie solle vor allem zur Klärung der Frage beitragen, welche Schadstoffanteile sich in den Rückständen von Wirbelschichtfeuerungsanlagen ansammelten.

Gift aus dem Ofen

München (dg.) – Der bayerische Umweltminister Alfred Dick hat davor gewarnt, in Zimmeröfen Abfälle zu verbrennen. So könnten sich auch bei Holzabfällen wie Spanplatten während des Verbrennungsvorganges Stoffe von zum Teil hoher Giftigkeit bilden oder sich in der Asche und den Verbrennungsabgasen anreichern. Das unkontrollierte Eindringen derartiger Gase in die beheizten Räume sei nicht auszuschließen. Wie Dick ankündigte, soll in Bayern das Verbrennen von Spanplatten generell nur noch in Anlagen erlaubt sein, die immissionsschutzrechtlich genehmigt sind.

Formaldehyd verteidigt

Aschaffenburg (dg.) – Formaldehyd kann nach Meinung der Deutschen Gesellschaft für Pathologie und des Berufsverbandes Deutscher Pathologen nicht als krebserzeugender Stoff eingestuft werden. In einer Stellungnahme berufen sich die Pathologen auf die Untersuchung von zwei Berufskollegen vom Pathologischen Institut der Städtischen Krankenanstalt Aschaffenburg, in der die Todesursachen von 217 zwischen 1904 und 1983 verstorbenen Pathologen ausgewertet worden sind. Die Berufsgruppe gilt als besonders „exponiert" für Gesundheitsrisiken durch den Umgang mit Formaldehyd, da die Chemikalie schon seit Ende des vergangenen Jahrhunderts als Konservierungsmittel für Organe und andere Präparate verwendet wird. Die Gesamtzahl von 14 Krebstoten liegt unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Mehr Zeit für Ökologie

Stuttgart (gur.) – An den 40 landwirtschaftlichen Fachschulen Baden-Württembergs wird ein neuer Lehrplan erprobt, in dem stärker als bisher ökologische Aspekte der Landbewirtschaftung berücksichtigt werden. So sind in das Fach „Umweltschutz und Landespflege", das von 16 auf 34 Stunden ausgedehnt wurde, die Gebiete Boden-, Natur-, Landschafts-, Arten- und Biotopschutz aufgenommen worden. Im Fach „Pflanzenbau" räumt der Lehrplan, der seit Winterhalbjahr 1984/85 gilt, dem alternativen Landbau mehr Zeit als bisher ein.

Castro versucht es jetzt mit Entspannungsgesten

Im Interesse Moskaus / Washington bleibt skeptisch

Von WERNER THOMAS

Vor vier Monaten herrschte in Havana noch Invasionshysterie. Fidel Castro hatte seine Landsleute Schützengräben ausheben lassen, weil er nach einer Wiederwahl Ronald Reagans eine scharfe amerikanische Konfrontationsstrategie erwartete. Jetzt startete der karibische Kommunist eine Entspannungsoffensive, die sich besonders auf Washington konzentriert, aber auch Westeuropa einschließt. Er nennt den US-Präsidenten nicht mehr Kriegstreiber.

Der komplizierte und kontroverse Kubaner verblüfft die Welt wieder einmal mit einem abrupten Stimmungswechsel. In vielen Hauptstädten, Bonn eingeschlossen, wird über die Frage gerätselt, ob sich dahinter nicht die Absicht einer Kurskorrektur verbirgt. Manche Havana-Besucher aus dem Westen verbreiten den Eindruck, Castro suche die Distanz zur Sowjetunion. Helmut Schäfer, der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gehört zu diesem Personenkreis.

Ein führender Diplomat eines südamerikanischen Landes erklärt: „Castros Verhalten hängt mit der Tatsache zusammen, daß Reagan noch vier weitere Jahre regiert. Die Möglichkeit einer größeren Bewegungsfreiheit gegenüber der Sowjetunion sehe ich nicht. So leicht kann sich Castro nicht abkoppeln." In der Tat, Castros Kuba ist der zuverlässigste Partner der Sowjetunion in der Dritten Welt. Das marxistische System ist so tief und fest verankert, daß die Atmosphäre der Insel eher an Osteuropa erinnert als an die Karibik oder Lateinamerika. Selbst Dissidenten duldet die Kommunistische Partei nicht. Propaganda und Presse preisen permanent die große Sowjetunion. Nach verhängnisvollen Experimenten in den sechziger Jahren mit eigenen Ideen kopierte Kuba auch das sozialistische Wirtschaftssystem. Fidel Castro erzählt nun gern westlichen Besuchern, die Entsendung von Truppen Ende der siebziger Jahre nach Afrika sei Kubas Entscheidung gewesen. Ohne den Segen der Sowjetunion aber wäre damals kein kubanischer Soldat über den Südatlantik geflogen.

Täglich 10 Millionen Dollar

Die wirtschaftlichen Bande sind so eng, daß Kuba nur geringe Spielräume für eine Annäherung an den Westen bleiben. Die Sowjetunion subventioniert die Insel täglich mit umgerechnet acht bis zehn Millionen Dollar. Sie nimmt den Zucker zu Vorzugspreisen ab, Kubas wichtigstes Exportprodukt. Die gesamten Schulden während der 26jährigen Herrschaft Castros brauchten bisher nicht zurückgezahlt zu werden. Erst in diesem Jahr beginnen die Rückzahlungsverpflichtungen.

Jeder US-Präsident seit Eisenhower, auch die liberalen Demokraten John F. Kennedy und Jimmy Carter, vertraten die Ansicht, daß die Sowjetunion sich das kostspielige Engagement in der Karibik mit politischen Gegenleistungen vergelten läßt. Kennedy entdeckte die Stützpunkt-Interessen der Sowjets und erlebte die dramatische Raketenkrise. Carters Absichten, das amerikanisch-kubanische Verhältnis zu normalisieren, scheiterten an Castros Afrika-Intervention. Reagan kann Castros Rolle in Mittelamerika nicht vergessen.

Fidel Castro schürt in diesem Raum das revolutionäre Feuer. Im sandinistischen Nicaragua befinden sich nach amerikanischen Schätzungen fast 10 000 Kubaner, unter ihnen 3000 Militärberater. Die salvadorianischen Rebellen und die meisten anderen linken Kampforganisationen Lateinamerikas unterhalten enge Kontakte zu Kuba. Castros Aktivitäten in Afrika und Lateinamerika sind die höchsten Hürden für eine Verständigung mit den USA. In Äthiopien unterhält er nach amerikanischen Angaben noch 5000 Soldaten, in Angola 25 000 bis 30 000. In einem Interview der „Washington Post" erklärte sich Castro nun bereit, alle Truppen aus Angola abzuziehen, wenn sich Südwestafrika in einen unabhängigen Staat Namibia verwandeln würde, in dem keine südafrikanischen Militärs mehr operieren. Die Reagan-Regierung unterstützt eine Namibia-Lösung in diesem Sinne. In Mittelamerika will der Kubaner den Friedensplan der Contadora-Länder respektieren, der den Abzug aller fremden Militärberater einschließt.

Flankenschutz aus Kuba

Castro, mittlerweile 58 Jahre, die grauen Strähnen in dem berühmten Bart erinnern an das reifere Alter des Revolutionärs, führt seine Entspannungsoffensive an vielen Fronten. Er empfing amerikanische Bischöfe und amerikanische Kongreßabgeordnete. Er bekannte plötzlich, ein „christliches Gewissen" zu haben, und lud den Papst und den Präsidenten der nicaraguanischen Bischofskonferenz (Pablo Antonio Vega) zu einem Besuch in Havana ein. Beide sind Kritiker des sandinistischen Regimes. Er heißt gern westeuropäische Gäste willkommen und schickt Emissäre nach Lateinamerika. So besuchten dieser Tage zwei Vertreter des kubanischen Außenministeriums den costarikanischen Präsidenten Luis Alberto Monge, um Castros Wunsch nach einer Vermittlung des Konfliktes mit Washington zu übermitteln.

In Washingtoner Regierungskreisen wird seit einiger Zeit die Vermutung geäußert, daß alle Initiativen Havanas lediglich darauf abzielen, die Reagan-Politik gegenüber Nicaragua zu unterlaufen. Das System der Sandinisten, der besten Freunde Kubas in Lateinamerika, solle gefestigt werden. Das liege ganz im Interesse Moskaus. Die „versöhnliche Haltung", die der demokratische Kongreßabgeordnete William Alexander bei 37stündigen Marathon-Gesprächen mit Castro ausmachte, sei nur Taktik. Auch das Ende letzten Jahres ausgehandelte Emigrationsabkommen, das Kuba verpflichtet, 2800 geisteskranke und kriminelle Personen zurückzunehmen, die von der Castro-Regierung vor fünf Jahren in einen Flüchtlingsstrom gemischt worden waren, wurde unter diesen Gesichtspunkten beurteilt.

Die Reagan-Regierung verhält sich skeptisch und abwartend. Castro habe bisher noch nicht den Beweis erbracht, daß er seinen revolutionären Ambitionen abschwöre und demokratische Lösungen in Lateinamerika fördere, betont Bernard Kalb, der Sprecher des State Department. Larry Speakes, sein Kollege vom Weißen Haus, sagt: „Wir wollen Taten sehen, keine Worte." Ob die kommunistische Zuckerinsel den Status eines sowjetischen Satelliten-Staates ändern will oder nicht, kann in den nächsten Monaten klarer beantwortet werden: Kubas KP steht vor ihrem dritten Parteitag. Aus Havana ist zu hören, daß dieses Ereignis den eingeschlagenen Weg bestätigen und mitnichten Kurskorrekturen beschließen soll.

(SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das Rollenbild der Frau

„Die dauergefährdete Frau"; WELT vom 5. Februar

Eberhard Nitschke argumentiert: Wenn die Menschheit endlich an der Erfahrung, daß Karrierefrauen in der Politik „genauso wie die Männer auftreten", lernen würde, daß es ihre falsche „Rollenerwartung" ist, die die Gleichstellung der Frauen mit den Männern behindert, würde sich bald auch das beschämende Ungleichgewicht von 9,8 Prozent Frauen im Parlament ändern. Damit vertritt der Autor zwar die heute gängige ideologische Vorstellung einer strukturellen Gleichheit von Mann und Frau, aber durch Mehrheitsmeinung wird eine Sache noch nicht richtig.

Ein Jahrhundert wissenschaftlicher Begabungs- und Interessenforschung hat vielmehr in Hunderten von Arbeiten immer neu die unterschiedlichen Begabungshäufigkeiten bei Männern und Frauen verdeutlicht, die selbst durch Koedukation nicht zu beseitigen waren. Das zwanzigste Jahrhunder hat den Nachweis erbracht, daß trotz aller Ausbildungsmöglichkeiten die Zahl der Nobel-Preisträgerinnen in den Naturwissenschaften verschwindend gering blieb. Den Russen ist es trotz jahrzehntelangen Trainings nicht gelungen, eine ansehnliche Elitecrew von Weltklasse unter den Schachspielerinnen zu produzieren. Die zahlenmäßige Ausgewogenheit von Männern und Frauen in den Erwerbstätigkeiten war selbst im Paradies der Gleichschaltung – der Sowjetunion – trotz der Beseitigung jeglicher „Rollenerwartung" nicht zu erreichen. (Wobei sich auch zeigte, daß in vielen Bereichen die Frauen viel begabter sind als die Männer!)

Die Marxisten, die uns den Wunschtraum von der angeborenermaßen gleichen zur Gleichheit stanzbaren Grundsubstanz Mensch infiltrierten, sind durch ihre radikalen Verwirklichungsversuche längst desillusioniert worden. Nur wir halten krampfhaft – kremlhafter als der Kreml – daran fest, daß es zu schaffen sei, die Frauen zum Regieren und die Männer zu zufrieden-geduldigen Hausmännlein fortzuentwickeln (in Wahlfreiheit gewiß doch, aber durch Beseitigung der „Rollenstereotype" gerechterweise mindestens im Verhältnis 50 : 50).

Es ist verhängnisvoll, daß wir in diesem so zentralen Bereich immer noch nicht begriffen haben, daß zu weit gehende Abweichungen von Naturgegebenheiten zerstörerische Auswirkungen haben. Die „faulen Früchte" dieser anmaßenden Ideologie liegen ja längst in bedrängenden Fakten auf dem Tisch.

Christa Meves, Uelzen

*

„Geißlers Programm für die Frauen"; WELT vom 6. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heiner Geißler behauptet, in den letzten zwei Jahren für die Frauen mehr getan zu haben als seine drei Vorgängerinnen.

Dazu: Während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts entstand die Frauenstabsstelle. Sie hat durch Frauenförderungspläne, Kontaktbörsen, Beratung und Information über Jahre Frauen geholfen und ein Gleichstellungsgesetz vorbereitet, das noch immer auf sich warten läßt.

In der Regierungszeit Schmidt wurde der Mutterschaftsurlaub eingeführt, ein zu 90 Prozent von den Betroffenen in Anspruch genommenes, neues Instrument. Geißler hat zugelassen, daß dies zeitlich und finanziell gekürzt wurde.

In der Regierungszeit Brandt/Schmidt ist das Kindergeld um mehr als das Achtfache gewachsen. Ab 1975 wurden die Familien mit Kindern durch das einheitliche Kindergeld endlich gleich behandelt. Es wurde die Ausbildungsförderung eingeführt und der Anteil der Frauen, die über den zweiten Bildungsweg mittlere und hohe Bildungsabschlüsse nachholen konnten, kontinuierlich gesteigert.

Herr Geißler hat lediglich die „Stiftung Mutter und Kind" eingeführt, die eine Kann-Lösung und keinen Rechtsanspruch ergibt und von ihrer finanziellen Ausstattung her nur ein Bruchteil dessen ist, was die CDU/FDP-Regierung vorher beim Mutterschaftsgeld gekürzt hat. Dafür wurden die Ansprüche in der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente für Frauen gestrichen, es fand der BAFöG-Kahlschlag statt, und jüngstes Beispiel für den weiteren Rechtsabbau ist, daß Ausbildungsförderung für Frauen, die Kinder zu betreuen haben, nur noch bis zum 27. Lebensjahr bezahlt wird.

Wenn nun von Herrn Geißler neue Kinderfreibeträge und die Anhebung des Kindergeldes in Aussicht gestellt werden, ist dies kein Grund, sich damit zu brüsten, da die Kinderfreibeträge in ihrer Auswirkung enorm ungerecht sind. Die beabsichtigte neue Kindergeldregelung hebt das nicht auf, sondern „verkleistert" die Ungerechtigkeit nur.

Mit freundlichen Grüßen
Renate Schmidt, MdB (SPD)

Gasrohre

„Gasrohre wie Bomben unter den Straßen"; WELT vom 24. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter gemeinsamer 5-Spalten-Überschrift zwei Artikel „Bilanz der Gas-Unglücke" und „Gasrohre wie Bomben unter den Straßen". Es handelt sich dabei um die ursprünglich verwendeten spröden Grauguß-Rohre.

In „Bilanz" heißt es: „Noch immer sind in einigen Städten die alten Gußrohre nicht ersetzt."

In „Bomben": „In der Bundesrepublik sind ... solche Rohre längst ausgetauscht." Mögen sich die beiden Verfasser duellieren, wer recht hat. Der zweite Teil des Bombenartikels beschreibt ausführlich beruhigend das Vorgehen beim Verlegen der großen Ferngasleitungen.

Aber worauf es ankommt, ist doch das Problem, auf der Wohnstraße und im Vorgarten bei Erdarbeiten ein Gasrohr auch nur zu berühren!

Damit, daß der Bauunternehmer haftpflichtversichert ist, ist es nicht getan. Das Bewußtsein einer Gefahr muß in einer Kette vom Unternehmer über Meister und Vorarbeiter bis zu dem meist ausländischen, wenig Deutsch verstehenden Fahrer des Schaufelbaggers eingehämmert sein.

Mit freundlichem Gruß
Dr. F. Lehmann, Althütte

Wort des Tages

„Gib der Alltäglichkeit ihr Recht, und sie wird mit ihren Anforderungen dir nicht zur Last fallen."

Clemens von Brentano; deutscher Dichter (1778–1842)

Die Vergessenen

Die Versorgungslage in Rumänien wird immer schlimmer, und so geht es unseren Landsleuten daheim von Tag zu Tag schlechter. Vieles wurde schon seitens der karitativen Verbände und der Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland zur Linderung der Not der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben getan, aber die Solidarität der Bürger als auch der Bundesregierung mit den schwer notleidenden Menschen in Rumänien läßt auf sich warten.

Dabei ist die Versorgungslage in Rumänien viel, viel schlechter als in Polen. Wir verstehen nicht, weshalb sich die Bundesbürger um alles in der Welt kümmern, nicht aber um die eigenen Volksangehörigen, die (wie zum Beispiel jene in Rumänien) bitterste Not leiden.

Schuld an dieser Lage sind ganz offensichtlich die Massenmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen), die kaum ein Wort über die miserable wirtschaftliche Lage als auch die katastrophale soziale Lage der Deutschen in Rumänien berichten. Dort müssen sich viele morgens um zwei Uhr vor den Staatsläden anstellen und dann stundenlang warten, um das Allernötigste zu erhalten. Und wenn sie dann an der Reihe sind, dann heißt es oft, daß schon alles verkauft sei. Was das bedeutet, kann nur der ermessen, der es einmal mitgemacht hat.

Viele Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben sind jetzt in die Bundesrepublik umgesiedelt, besonders jene, die Geld hatten, um die rumänischen Behörden für die Umsiedlung zu schmieren, aber es leben noch viele alte und alleinstehende Frauen dort, deren Männer im Kriege für Deutschland kämpfen und sterben mußten. Nach dem Kriege wurden viele zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion und in die Barangasteppe verschleppt, nur weil sie Deutsche waren. Stehen diese Menschen auf dem Abstellgleis der Geschichte? Sind sie in den Augen der wohlgenährten Bundesbürger weniger wert als die hungerleidenden Menschen in Afrika? Wo bleibt die Solidarität mit den eigenen Brüdern und Schwestern in Südosteuropa?

H. Schneider, Schwaikheim

Pharaonen

Sehr geehrte Herren,

in der Meldung des Journal in der WELT vom 6. Februar, „Kultur"-Seite, unter der Überschrift „Amenemhetep-Kultstätte freigegeben" haben sich einige Fehler eingeschlichen, die Sie bei dpa monieren sollten.

Die Könige der 12. ägyptischen Dynastie hießen nicht Amenemhetep, offenbar eine Verwechslung mit den über 400 Jahre später regierenden Pharaonen der 18. Dynastie namens Amenhotep (griech. Amenophis), sondern Amenemhet (griech. Ammenemes). Der letzte König dieses Namens war nicht Amenemhet III., sondern Amenemhet IV. Dieser aber war nicht der letzte des Mittleren Reiches; dies war vielmehr eine Pharaonin, seine Nachfolgerin Nefrusobek.

Sehr viel mehr war eigentlich in der Meldung nicht falsch zu machen! Es handelt sich bei der Richtigstellung auch keineswegs um neue oder gar wissenschaftlich umstrittene Daten: Man kann sie in jedem Lexikon unter „Ägypten, Geschichte ..." finden.

Mit freundlichen Grüßen
P. H. Schulze, Bonn 1

Personalien

VERANSTALTUNGEN

„Die Welt steht heute mitten in einer Krise. Vor allem die bewaffneten Konflikte innerhalb der Grenzen der Staaten – oft mit Einflußnahme von außen – mehren sich." Das sagte der Ehrengast der 441. Bremer Schaffermahlzeit, **Alexandre Hey**, 11. Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf. Die Schaffermahlzeit ist das älteste Brudermahl von Kapitänen und Kaufleuten in der Welt. Dazu hatten sich am Wochenende in der Oberen Halle des Alten Rathauses wieder 275 Kapitäne, Kaufleute und auswärtige Gäste versammelt. Das ausrichtende Haus Seefahrt ist einer der ältesten Sozialfonds auf dem Kontinent; bedürftigen Seefahrern und ihren Familien bietet er Unterstützung. Die Gäste nehmen auf der Schaffermahlzeit bei den Klängen von **Richard Wagners** „Einzug der Gäste in die Wartburg" an der in Form eines Dreizacks aufgebauten Tafel Platz. Die Speisenfolge entspricht stets seemännischer Tradition: Stockfisch und Braunkohl. Beim Rauchen langer Tonpfeifen und Genießen des süßen kräftigen Seemannsbieres sowie der drei Schafferweine werden Kontakte geknüpft und gepflegt. Auswärtige Gäste sind nur einmal geladen, ausgenommen der Bundespräsident und der Hausherr im Rathaus, Bürgermeister **Hans Koschnick**. In diesem Jahr wurde die Schaffermahlzeit ausgerichtet von **Herbert C. Ordemann**, Vorsitzender des Vorstandes der Bremer Tageszeitungen AG (Erster Schaffer), **Herbert Bollmann** in Firma Gottfr. Steinmeyer & Co. (Zweiter Schaffer) und **Jens Meier-Hedde** in Firma Schlüssel-Reederei KG (Dritter Schaffer). Weitere Gäste waren der erste westdeutsche Astronaut **Ulf Merbold**, **Ludwig Bölkow** in Firma Messerschmitt, Bölkow, Blohm GmbH, München, **Baron Ignace de Gruben**, Kommission der EG Brüssel, Staatssekretär **Alfred Bayer** vom Bundesministerium für Verkehr, Bonn, und **Heinz A. Staab**, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, München.

*

Pop-art in Weiß war gefragt beim phantasievollen „Diner Blanc" von **Konrad** und **Gabriele Henkel** in Düsseldorf. Die Ehefrau des rheinischen Großindustriellen ist seit vielen Jahren mit der modernen Kunstszene eng verbunden. Und künstlerisch perfekt sind ihre Feste. Gespeist wurde in einem komplett weiß dekorierten Saal. Weiß der Flügel, weiß die Tische, die Servietten, durchsichtig weiß die vielen hundert Glassteine auf der Mitte des Tisches, die daran erinnerten, daß geschmolzener Sand vor Jahrzehnten zum Bestandteil eines bedeutenden Produkts der Firma gehörte. Auch die meisten Gäste aus Bonn kamen mit weißen Accessoires. Eingeladen waren **Klaus Blech**, Staatssekretär im Präsidialamt, die drei Staatssekretäre Dr. **Klaus Kinkel** (Justizministerium), **Jürgen Ruhfus** (AA) und **Peter Boenisch** (Presseamt) sowie der stellvertretende Regierungssprecher Dr. **Jürgen Sudhoff**. Und auch sie kamen: der Veba-Vorstandsvorsitzende **Rudolf von Bennigsen-Foerder**, der Düsseldorfer Nagelkünstler **Günther Uecker**, der seine Nägel meist auf weißem Hintergrund einschlägt, der Düsseldorfer Architekt Professor **Helmut Hentrich** und Opernregisseur **Nikolaus Lehnhoff**.

UNIVERSITÄT

Die Kieler Studenten der Christian-Albrechts-Universität **Gunda Garbe, Angela Rapp, Thomas Fitschen, Endrik Lettau** und **Achim Theis** gewannen in Berlin die deutsche Ausschreibung des internationalen „Philip-C.-Jessup-Völkerrechtswettbewerb". Der Wettbewerb für junge Juristen wird maßgeblich von der amerikanischen „Gesellschaft für Völkerrecht" getragen und erinnert an den ehemaligen amerikanischen UNO-Botschafter, der 1949 mit den Sowjets das Ende der Berliner Blockade aushandelte.

PREIS

Die 1775 in Essen gegründete Buchhandlung **G. D. Baedecker** – eine der ältesten in Deutschland – will die wissenschaftliche Arbeit der Universität Essen unterstützen, um das Ansehen der Hochschule und der Stadt zu fördern. Dafür stiftete der Besitzer, der frühere Präsident des Bundesverbandes Druck, **Friedrich Sutter**, den Gottschalk-Diederich-Baedecker-Preis. Der Preis soll jährlich für einen Habilitanten oder Dissertanten an der Essener Universität in der Höhe von 10 000 Mark vergeben werden.

VERÄNDERUNG

Der ARD-Hörfunk-Korrespondent in Warschau, **Ludwig Thamm**, wechselt als Hörfunk-Korrespondent für die ARD nach Peking, wo er ab 1. April **Hans-Joachim Bargmann** ablöst. Als Nachfolger Thamms wird **Friedrich-Wilhelm Kramer** zukünftig aus Polen berichten. Kramer war zuletzt erster Redakteur und stellvertretender Zeitfunkleiter beim NDR in Hamburg.



Diner Blanc: Die Gastgeberin Gabriele Henkel, links, und ihre Schwester Hete Hünermann. FOTO: EVI KEIL

Schieben Sie Ihr Haus nicht auf die lange Bank!

Das beste Immobilien-Rezept heißt nach wie vor: Die Gunst der Stunde nützen!

Und wenn jetzt die Preise für die eigenen vier Wände nachgeben, dann ist eine solche Stunde gekommen! Und damit auch die Stunde einer kreativen Bank.

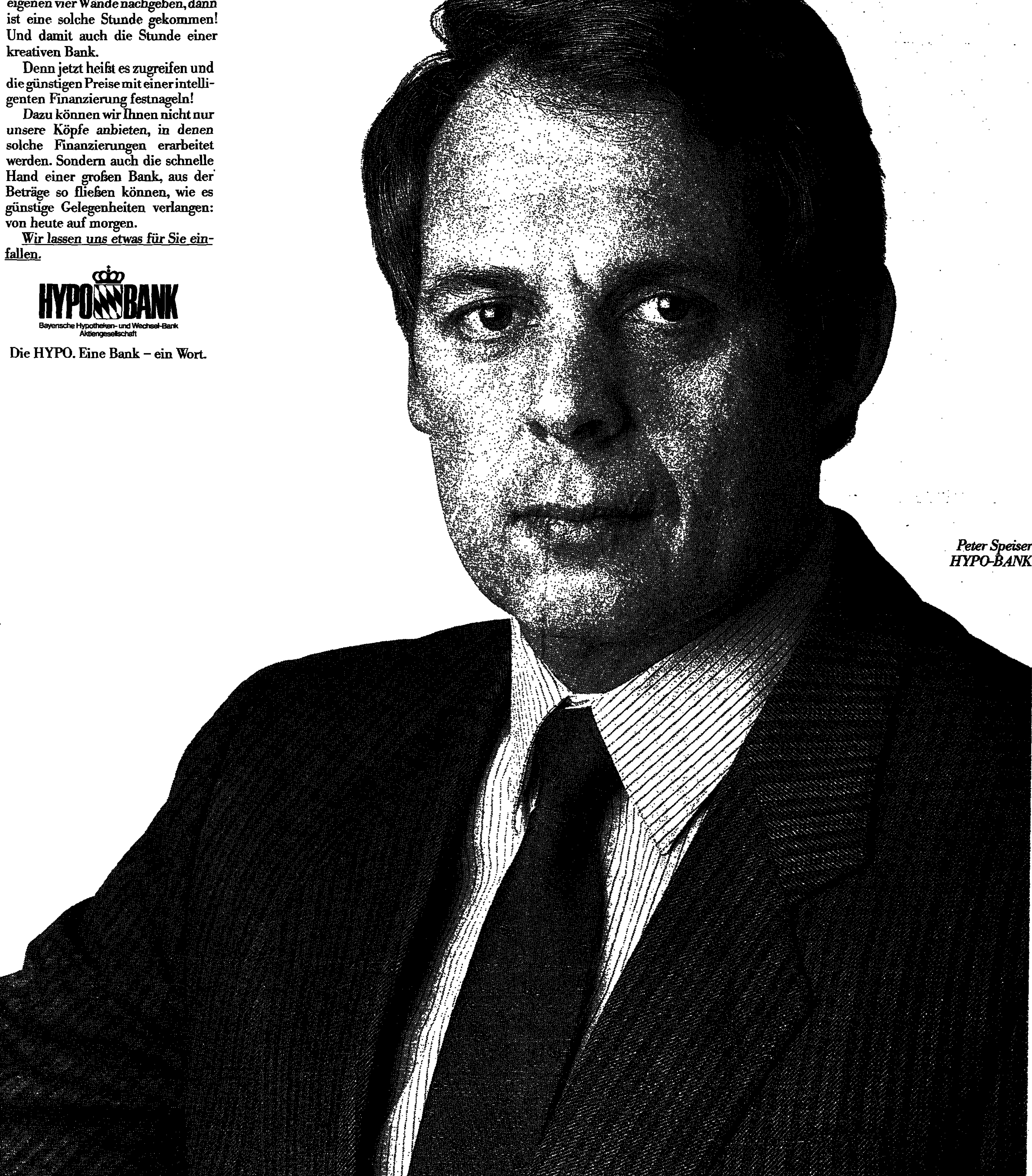
Denn jetzt heißt es zugreifen und die günstigen Preise mit einer intelligenten Finanzierung festnageln!

Dazu können wir Ihnen nicht nur unsere Köpfe anbieten, in denen solche Finanzierungen erarbeitet werden. Sondern auch die schnelle Hand einer großen Bank, aus der Beträge so fließen können, wie es günstige Gelegenheiten verlangen: von heute auf morgen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO-BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.



Peter Speiser
HYPO-BANK

NACHRICHTEN

Auszeit für Kasparow

Moskau (dpa/UPI) – Der 21jährige Garri Kasparow, Herausforderer des Schach-Weltmeisters Anatoli Karpow, hat nach zwei Siegen hintereinander bei der Weltmeisterschaft in Moskau eine Auszeit genommen. Beim Stande von 5:3 für Karpow wird die für gestern vorgesehene 49. Partie erst morgen ausgetragen.

Eishockey: Spielabbruch

Garmisch-Partenkirchen (dpa) – Beim Spitzenspiel der Aufstiegsrunde zur ersten Eishockey-Bundesliga, SC Rießersee gegen den Augsburger EV, mußte der Schiedsrichter die Partie sieben Minuten vor Schluß beim Stande von 3:2 abbrechen. Einige der 3700 Zuschauer hatten wiederholt Gegenstände auf das Eis geworfen.

Drexler wird Sportinvalide

Gelsenkirchen (sid) – Nach dem Hamburger Holger Hieronymus muß auch der Schalker Fußball-Profi Manfred Drexler einen Antrag auf Sportinvalidität stellen. Der Abwehrspieler hatte vor einem Jahr einen Bein- und Knöchelbruch erlitten; ein Knorpelschaden im Knöchel stellte sich als irreparabel heraus.

Langer auf Rang 24

Honolulu (dpa) – Golf-Profi Bernhard Langer aus Anhausen belegte mit 279 Schlägen bei der mit 500 000 Dollar dotierten Offenen Meisterschaft von Honolulu den 24. Platz. Gemeinsam mit dem Schotten Sandy Lyle war er damit bester Nicht-Amerikaner. Sieger wurde mit 272 Schlägen Mark O'Meara.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Delray Beach (1,5 Millionen Dollar), Herren, dritte Runde: Gerulaitis – Mitchell (beide USA) 6:4, 6:4, Wilander (Schweden) – Green (USA) 6:3, 4:6, 6:4. – **Damen, Achtelfinale:** Navratilova (USA) – Lindquist (Schweden) 6:4, 3:6, 6:4, Bunge (Deutschland) – Casale (USA) 6:2, 2:6, 7:5, Evert-Lloyd – Jordan (beide USA) 6:4, 6:4.

FUSSBALL

Länderspiel in Quito: Ecuador – „DDR" 3:2 (1:0).

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 2, 8, 9, 22, 30, 39, Zusatzspiel: 43. – **Rennquintett:** Rennen A: 1, 2, 6. – Rennen B: 26, 28, 27.

FUSSBALL / Ernst Happel bleibt zwei weitere Jahre beim Hamburger SV

Nun will er mit jungen Leuten eine neue Klasse-Mannschaft aufbauen

DW./sid, **Hamburg**

Der wochenlange Poker um den leidenschaftlichen Kartenspieler Ernst Happel ist beendet. Der Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Hamburger SV verlängerte seinen Vertrag beim deutschen Vize-Meister über seine vierjährige Amtszeit hinaus um zwei weitere Jahre bis zum 30. Juni 1987.

„Mich reizt die Aufgabe, in einem guten Arbeitsklima eine neue Klassemannschaft aufzubauen", erklärte der 59 Jahre alte Happel bereits vor der offiziellen Bekanntgabe seiner Vertragsverlängerung bei der Pressekonferenz am Montagnachmittag in der HSV-Geschäftsstelle.

„In Neapel gibt es zuviele vereinsinterne Schwierigkeiten", begründete Happel seine Absage an den Klub des argentinischen Superstars Diego Maradona. Auch andere lukrative Angebote aus Südeuropa schlug der Wiener aus. „Fußball über einen Dolmetscher zu vermitteln, ist zu umständlich. Ich will in meinem Alter auch keine neue Sprache mehr erlernen", begründete Happel seinen Entschluß, weiter für den Hamburger SV tätig zu sein. Mit dem Österreicher schafften die Hamburger auch den wohl größten Erfolg in ihrer Vereinsgeschichte, als sie am 25. Mai 1983 in Athen überraschend durch einen 1:0-Erfolg über den italienischen Meister Juventus Turin den Europapokal gewannen. Noch heute wird deshalb in Italien über die Hamburger nur mit sehr viel Respekt gesprochen.

Happel, dessen Jahresgage auf 400 000 Mark brutto geschätzt wird, hätte bei den italienischen Klubs die doppelte Summe netto verdienen können. „Finanzielle Gründe haben bei der Entscheidung Happels zugunsten des HSV nie eine Rolle gespielt", erklärte HSV-Manager Günter Netzer. Vielmehr reizt den Wiener der Neuaufbau einer schlagkräftigen Mannschaft mit jungen Leuten.

„Ich habe keine Millioneneinkäufe verlangt, aber es wird sich einiges ändern. Der Markt gibt zur Zeit auch nichts her, und der HSV kann sich solche Topleute nicht leisten", meinte Happel, der dem Traditionsverein zu zwei deutschen Meistertiteln und einer Vizemeisterschaft verhalf.



Beim HSV wird sich einiges ändern: Ernst Happel FOTO:DPA

Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, und Manager Günter Netzer, deren erklärtes Ziel es war, Happel zum Bleiben zu bewegen, fiel nach Monaten der Ungewißheit ein Stein vom Herzen. „Für mich ist und bleibt Happel der beste Trainer der Welt. Ein echter Glücksfall für den HSV", meinte Netzer. Und sein designierter Nachfolger auf dem Manager-Stuhl, Nationalspieler Felix Magath, äußerte sich in ähnlicher Weise: „Ich bin froh, daß ich meine Laufbahn als Manager an der Seite von Ernst Happel beginnen kann."

Beim deutschen Vizemeister laufen zum Saisonende sechs der 19 Profiverträge aus: Wolfgang Rolff, Thomas von Heesen, Jürgen Milewski, Bernd Wehmeyer, Jürgen Groh und Uwe Hain. Verpflichtet wurden bereits für die Zukunft der Belgier Gerard Plessers und die Nachwuchstalente Jens Duve und Tobias Homp. „Nachdem wir den Vertrag mit Happel unter Dach und Fach haben, können wir uns um die Spieler und den Neuaufbau kümmern", erklärte Manager Günter Netzer.

Manager Netzer fiel nicht zuletzt deshalb ein Stein vom Herzen, da er seine Suche nach einem neuen Mann nun einstellen kann. Happels Unentschlossenheit hatte Netzer dazu gezwungen, tätig zu werden. So hatten die Hamburger Interesse an dem Dortmunder Erich Ribbeck. Auch Jupp Henyckes (Gladbach) und Aleksandar Ristic (Braunschweig) waren ins Gespräch gebracht worden.

STAND ● PUNKT

Großes Lob

Wir haben erkennen müssen, daß die Konkurrenz stärker geworden ist, vornehmlich durch die Herren des Deutschen Schwimm-Verbandes." Dieses Fazit von „DDR"-Cheftrainer Wolfgang Richter beinhaltet die wichtigsten Erkenntnisse des Arena-Schwimmfestivals in Bonn. Zum Abschluß der dreitägigen Wettkämpfe stand die „DDR" als der große Verlierer da. Sie gewann nur je drei Wettbewerbe bei den Männern und Frauen. Dagegen siegten die deutschen Herren in zehn von 18 Wettbewerben und stellten insgesamt 14 DSV-Rekorde auf. Ein Leistungsaufschwung ist nicht zu leugnen.

Fraglich ist allerdings, ob die Ergebnisse bei der Europameisterschaft im August in Sofia bestätigt werden können. Denn im Gegensatz zur Konkurrenz waren die deutschen Schwimmer auf das Arena-Festival bestens vorbereitet. Der Deutsche Schwimmverband hatte eigens die Deutsche Mannschaftsmeisterschaft auf das vorhergehende Wochenende terminiert, um die optimale Vorbereitung für die Prestige-Veranstaltung im eigenen Land zu gewährleisten. Die Rechnung ist aufgegangen. Doch die „DDR", die sich derzeit noch im Aufbautraining befindet, wird den Abstand bis zur Europameisterschaft mit Sicherheit verkürzen. Zumindest bei den Männern.

Dennoch tut das Lob aus berufenem Munde gut. Nicht zuletzt deshalb, weil einmal nicht alleine nur Michael Groß gemeint ist, sondern die gesamte Nationalmannschaft.

ULLA HOLTHOFF

TENNIS

Bunge nun gegen Navratilova

sid, **Delray Beach**

Die Deutschamerikanerin Bettina Bunge, die für Cuxhaven in der Bundesliga spielt und in Florida lebt, hat das Viertelfinale des mit 1,5 Millionen Dollar dotierten Tennisturniers von Delray Beach erreicht. Sie schlug die an Nummer 14 gesetzte Amerikanerin Pam Casale mit 6:2, 2:6 und 7:5. Die 21jährige trifft nun auf die hohe Favoritin, die Amerikanerin Martina Navratilova.

Die zweite deutsche Teilnehmerin im Achtelfinale dieser am höchsten dotierten Tennis-Veranstaltung der Welt, die 15jährige Heidelbergerin Steffi Graf, trifft auf die Amerikanerin Kathy Rinaldi.

Bei den Herren sind unter den letzten 16 nur noch sieben gesetzte Spieler zu finden. Auch die Amerikaner Aaron Krickstein (Nummer fünf) und Jimmy Arias (Nummer zehn) schieden vorzeitig aus.

Im Damendoppel reichte Bettina Bunges derzeit glänzende Form nicht aus, um mit ihrer Partnerin Eva Pfaff aus Königstein die nächste Runde zu erreichen. Beide unterlagen dem Paar Laura Arraya-Gildemeister/Adriana Villagran aus Peru und Argentinien mit 4:6, 4:6. Dagegen erreichte die Saarbrückerin Claudia Kohde mit Helena Sukova aus der CSSR durch einen 6:1, 7:6-Sieg über die Amerikanerinnen Anna Maria Fernandez und Peanut Louie die zweite Runde. Bereits in der dritten Runde stehen bei den Herren Boris Becker aus Leimen und der Pole Wojtek Fibak nach dem 7:6, 6:4 über David Dowlen und Nduka Odizor (Australien/Nigeria).

FUSSBALL

Beckenbauer holt Meier zurück

dpa, **Düsseldorf**

Zwei Wochen vor dem Schlüsselspiel (24. Februar) in Lissabon gegen Portugal in der Qualifikationsgruppe zwei für die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko stehen Ziel und Zusammensetzung der deutschen Nationalmannschaft so gut wie fest. „Wir wollen dort einen Sieg, wären mit einem 0:0 aber zufrieden. Kommen wir als Gruppen-Zweiter zur Weltmeisterschaft, habe ich nichts dagegen", sagte Franz Beckenbauer.

Der deutsche Teamchef will versuchen, „aus der Defensive das Spiel zu machen". Für Beckenbauer bleiben die Portugiesen selbst ohne die verletzten Chalana und Pacheco favorisiert. Neben der Technik der Mannschaft beeindruckte ihn besonders, „daß die Portugiesen mit ihren neun Mann vom FC Porto praktisch eingespielt sind wie eine Vereinsmannschaft".

Beckenbauer plant mit einer Elf, die sich angesichts der Verletzung des Kölners Allofs, der Sperre von Brehme (Kaiserslautern) und auch der Lehren aus dem 0:1 gegen Ungarn fast von selbst aufstellt: Schumacher – Jakobs – Berthold, Förster, Briegel – Herget, Matthäus, Magath, Thon – Völler, Rummenigge.

Erstmals steht der Bremer Norbert Meier (14 Länderspiele) wieder im Aufgebot. Beckenbauer hatte ihn bei seinem Amtsantritt 1984 als „zu wehleidig" bezeichnet. Das Aufgebot: Schumacher, Stein – Berthold, Förster, Jakobs, Briegel, Frontzeck, Herget, Matthäus, Magath, Thon, Falkenmayer, Kroth, Rahn, Meier, Völler, Rummenigge, Littbarski, Mill.

Ingemar Stenmark denkt an seinen Rücktritt: „Die Jungen sind einfach schneller"

dpa, **Bormio**

Zehn Jahre dauerte seine Herrschaft – jetzt denkt er an den endgültigen Rücktritt: „Ich habe kein Ziel mehr." Ingemar Stenmark, im Winter 1974 als der „große Schweiger aus dem Norden" im Weltcup-Zirkus aufgetaucht, ist im Weltmeisterschafts-Winter 1985 müde geworden. „Die Jungen sind einfach schneller", sagt der Skirennläufer, der zwischen 1975 und 1984 mehr Weltcup-Siege errang als jeder andere zuvor. Genau 79. Davon 42 im Riesenslalom und 37 im Slalom. Ein Jahrhundert-Weltrekord.

WM-Gold hatte der sommersprossige Schwede bei der Weltmeisterschaft in Bormio nochmals ins Visier genommen. Doch der Slalomkönig aus dem Dorf Tärnaby im Norden Schwedens am Polarkreis hat die Dynamik und Perfektion früherer Glanzjahre verloren. Ein vierter Platz und keine Medaille waren die enttäuschende Bilanz.

Der Sohn eines Skilehrers hat in den 70er Jahren den alpinen Rennlauf revolutioniert. Sein fast schwereloser, ökonomischer und ruhiger Fahrstil mit dem Körperschwerpunkt über dem Skidrehpunkt wurde das Vorbild für eine Rennläufergeneration. Wo andere in extremer Rücklage pendelten, zauberte der Schwede Traumläufe auf die Piste, holte schier mühelos Rückstände von mehreren Sekunden auf. Stenmark teilte sich die Popularität mit dem Österreicher Franz Klammer, der auf den Abfahrtpisten dominierte.

Der Schwede war von 1976 bis 1978 dreimal hintereinander Gesamtsieger im Weltcup und außerdem sechsmal nur deshalb Zweiter, weil das Reglement geändert wurde, um ihn am Siegen zu hindern. 1981 bestritt er in Kitzbühel die einzige Abfahrt seines Lebens. Ein 34. Platz und 10,72 Sekunden Rückstand auf den Sieger signalisierten ihm, daß die Abfahrt nicht sein Metier war.

Nach zwei olympischen Goldmedaillen 1980 in Lake Placid erwarb der Schwede die B-Lizenz des Weltverbandes FIS, um seine Erfolge profihaft vermarkten zu können. Der Schwede, in dessen Spur eine jugoslawische Skifirma zur Weltmarke aufstieg, wurde zum Millionär mit Steuer-Wohnsitz in Monaco. Der fast asketisch lebende Schwede machte 1981 erneut Schlagzeilen durch seine Romanze mit der Stewardeß Ann Uvhagen, die zwei Jahre später seine Frau wurde. Stenmark wurde 1984 Vater. Danach sagte er: „Es gibt auch noch andere Dinge im Leben."

„Ich glaube, wer an Geld denkt, wird nie der Beste. Der Erfolg muß im Vordergrund stehen", lautet eine von Ingemar Stenmarks Weisheiten.

Am 18. März wird er 29 Jahre alt. „Die Motivation für Skirennen wird immer schwerer." Seine Verträge lauten so, daß er Skirennen fahren kann, solange er Freude daran hat. Aber er kann auch morgen aufhören, wenn der Frust zu groß ist. „Sein Lebensabend ist gesichert", sagt sein Südtiroler Trainer Hermann Nogler, der mehr als ein Jahrzehnt lang den eigenwilligen Schweden begleitete.

Mehr als Lederhosen-Gaudi: Das Volkstheater

Populär statt intellektuell

Am vorletzten Sonntag ereignete sich im Münchner Gärtnerplatztheater, einem hochangesehenen Haus, etwas Ungewöhnliches. Dort, wo sonst Opern, Ballette, Operetten und Musicals auf dem Spielplan stehen, wurde ein musikalisches Volksstück uraufgeführt.

Für viele Theaterbesucher gehört ein Volksstück zur sogenannten zweiten Kategorie. In der ersten rangiert die „große Kunst", was immer man darunter verstehen mag. Volksstücke sind in den Augen dieser Theatersnobs Belustigungen für jedermann, über die es sich nicht zu sprechen lohnt.

Im Falle der von Wilfried Hiller vertonten bayerischen Mär „Der Goggolori" schienen allerdings andere Maßstäbe zu gelten. Schließlich hatte Michael Ende den Text geschrieben. Und Ende gilt seit dem Welterfolg seiner „Unendlichen Geschichte" als phantasiereicher, unantastbarer Dichter, der hoch über den Niederungen simpler Volkstümlichkeit zu schweben scheint.

Wie arrogant, wie töricht ist doch diese Denkweise. Der schlechte Ruf, der dem Volksstück in bestimmten

Das Hintertürl zum Paradies – ZDF, 19.30 Uhr

Kreisen anhaftet, ist doch oftmals nichts anderes als eine Frage der Etikettierung. Jegliches Naserümpfen ist unangebracht.

Natürlich ist längst nicht alles Gold, was da auf den diversen Bühnenbrettern glänzt. Es gibt jede Menge von Klamaukstücken, mit denen populäre Theater Kasse machen (müssen) und auch heute noch Abend für Abend für Heiterkeit sorgen. Man denke nur an Millowitsch und Trude Herr in Köln oder an das Hamburger Ohnsorg-Theater.

Bei der Eröffnung des Münchner Volkstheaters im November 1983 urteilte ein kulturinformierter Stadtrat: „Die Münchner Kammerspiele sind heute im deutschsprachigen Raum der Höhepunkt an Theater: sensibel, sprachgewaltig, provokativ, problematisch und intellektuell. Die gleichen Eigenschaften wünschte ich mir auch für das neue Volkstheater – nur statt ‚intellektuell' soll ‚populär' stehen, in dem Bewußtsein, daß dies nicht immer ein Widerspruch sein muß. Diejenigen, die sich Lederhosen-Gaudi erwarten, sollen enttäuscht werden."

Dieser Politikerwunsch ging in Erfüllung. Münchens neues, von allen Schichten der Bevölkerung angenommenes Volkstheater beweist mit seinem Spielplan und der künstlerischen Qualität von Regie und Schauspielerleistung, daß es namhaften staatlichen und städtischen Bühnen mindestens gleichrangig, wenn nicht gar überlegen ist. Intendant Jörg-Dieter Haas macht eben kein Ohnsorg-Theater auf bayerisch und keinen leicht veredelten Komödienstadl – er nimmt das Volkstheater so ernst, wie es dies verdient.

Wesentlich hat Ödön von Horváth zum Ansehen des Volkstheaters beigetragen. Seine scharf charakterisierenden Volksstücke mit oft bitterem Grundton (Beispiel: „Geschichten aus dem Wienerwald") haben dichterischen Rang und spiegeln exakt die Zeit wider, in der sie entstanden. Einem Interviewer, der dem Dramatiker gegenüber 1932 beklagte, „daß uns heutigen Menschen der Charakter des Volksstückes gänzlich verlorengegangen sei", antwortete er: „Ich nenne meine Bühnenwerke nicht deshalb Volksstücke, weil es mehr oder minder bayerisch oder österreichisch betonte Dialektstücke sind, sondern, weil mir so etwas ähnliches wie die Fortsetzung des alten Volksstückes vorschwebte."

Die Anfänge des Volkstheaters gehen bis weit ins Mittelalter zurück. Neben geistlichen Stücken, die von den Bürgern auf irgendeinem Platz unter freiem Himmel aufgeführt wurden, gab es die Fastnachtsspiele der Handwerker. Nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges machten Stadtmusikanten Passionsspiele populär.

Mit seinem Volksstück „Der fröhliche Weinberg" sorgte Carl Zuckmayer am Deutschen Theater in Berlin 1925 für ein Bühnenspektakel besonderer Art. Alfred Kerr schrieb über die Uraufführung: „Wenn die große Holzerei ausbricht – wie beim Ganghofer, wie beim Kotzebue-Original der Meistersinger – und wenn dazu g'soffe wird, was im deutschen Herzen einen Widerhall findet: da brüllt das Haus noch mehr als die Mimen. Ich verderbe den Spaß nicht. Warum? Weil er das Theater heute vielleicht vor dem hemmungslosen Literatenmist rettet, vor der anspruchsvollen Unmacht, vor dem sabbernden Chaos."

Zuckmayer hat ein paar großartige, damals brandaktuelle Volksstücke geschrieben, so den immer noch wichtigen „Hauptmann von Köpenick", den „Schinderhannes" und „Katharina Knie". Bertolt Brechts lebenspralles Volksstück aus dem Finnischen, „Herr Puntila und sein Knecht Matti", ist – stellvertretend für die Werke zahlreicher von ihm beeinflußter Dramatiker wie Marieluise Fleißer, Kroetz, Sperr und Kusz – ein trefflicher Beweis für die Behauptung, daß gute Volksstücke dem Theater zur Ehre gereichen.

GÜNTER RUDORF

KRITIK

Anatomie eines Mordes

Der aktuell ins erste Programm genommene Bericht **Der Priestermord** war eine packende Aufarbeitung der Vorgänge, die zum Tode des polnischen Geistlichen Popieluszko führten. Das Bildmaterial war eindringlich, die Erläuterungen sachlich.

Der Bericht des Warschauer WDR-Korrespondenten Werner Sonne zeigte nicht nur den Weg des Priesters, der durch nationale Messen und gemeinsame Auftritte mit Führern der „Solidarität" das Innenministerium erzürnte. Er zeigte auch den Werdegang des degradierten Hauptmanns Piotrowski, die unterschiedliche Herkunft von Opfer und Täter: ein Prozeßbericht, der ein Schlaglicht auf unseren östlichen Nachbarn warf. Wenn ein Regierungssprecher den eigentlich selbstverständlichen Satz: „Die Gesetze, die das Parlament erlassen hat, gelten auch fürs Innenminsterium" ausspricht und damit verdeutlicht, daß dies eben in Polen alles andere als selbstverständlich ist, bedarf es keiner zusätzlichen interpretierenden Anmerkungen.

Zweimal kam die Bundesrepublik vor. Einmal war von der „beispiellosen" Paket-Hilfswelle die Rede, die nach Polen schwappte. Ein andermal klagte der Staatsanwalt an, es gebe „Hintermänner im Westen" – nicht hinter dem Täter, sondern hinter dem Opfer und seinen angeblich staatsfeindlichen Umtrieben. Dieser Vorwurf ist Warnung für alle, die sich Illusionen über eine westdeutsch-polnische Regierungsfreundschaft machen.

DETLEV AHLERS

Details aus dem Polizistenalltag

Nicht schlecht, wenn unsere Krimi-Autoren deren eigenen, unverwechselbaren Stil entwickeln. Doch welch ein Stil das ist, hat der neue **Tatort** „Acht, neun – aus" vom Hessischen Rundfunk treffend demonstriert. Da quält sich der Zuschauer 30, 40 Minuten lang durch einen Dschungel scheinbar zusammenhangloser Szenen, ehe er ahnt, wo's lang geht, und ehe die Details aus dem Polizistenalltag langsam zu einem Bild zusammenwachsen.

Bis dahin allerdings hat der gähnende Zuschauer jedwedes Interesse an irgendwelcher Tat-Aufklärung verloren. Recht so, mag Autor Jürgen Roland denken, dem es aufs Verbrechen und seine geheimnisvollen Hintergründe wie überhaupt auf alles, was sich der Zuschauer an straffer, spannender Unterhaltung erhofft hat, nicht anzukommen scheint.

Der eigentliche Tatort ist die Polizistenseele. Ein junger unerfahrener Beamter, der Dienstauftrag und persönliche Rache verhängnisvoll vermixt, neben und über ihm ein älterer, abgebrühter „Bulle" mit rauher Schale und tiefsitzendem Pflichtfanatismus – man sage nicht, das sei doch alles längst schon dagewesen. Ein psychologischer Versuch mehr ‚im psychologiereichen deutschen Fernsehen – kommt's darauf noch an? Erst recht nicht kommt es offenbar auf den Zuschauer an und auf seine Wünsche zum Ausklang des Wochenendes.

MARIUS PERMANN

Der Teufel hat alle beim Kragen

Die Schwestern Agnes, Hedwig und Martha leben zusammen in einem Haus in Tirol. Martha ist nach einem Schlaganfall leicht gelähmt und irgendwie schon „im Fegefeuer". Die beiden anderen teilen sich die Hausarbeit. Die eine sitzt vor dem Spinnrad, die andere trägt das Wasser noch in Eimern heran, sie waschen ihre Wäsche auf dem Waschbrett und ohne Waschmittel. Sie machen noch das Kreuzzeichen auf dem Brotlaib, bevor sie ihn anschneiden.

Die ewigen Schwestern (ZDF) sind nicht altmodisch, sie sind vielmehr störrisch und unangepaßt. Sie erinnern an Zeiten, die man längst vergangen glaubte. Es ist ihr unerschütterlicher Glaube, ihr eiserner Wille und ihr fester Zusammenhalt, der sie alle Angriffe überstehen läßt, die „die anderen im Ort" gegen sie führen. Denn auch in Tirol sind die Zeiten nicht mehr so, wie sie die drei alten Frauen sich bewahren wollen.

Früher haben sie noch die Wäsche auf dem Dachboden aufgehängt, sagt die eine, heute sei das wegen des „Drecks", den Fabriken und Autos ausstoßen, nicht mehr möglich. Auch der Inn sei schon voller Waschmittelrückstände. „Ich bin froh, daß ich so alt bin, wenn man bald kein Wasser mehr hat", sagt die andere. Der Boden ist von Chemie verseucht, aber die Menschen „hat sowieso alle der Teufel beim Kragen". Die drei Schwestern bedauern nicht nur, sie kämpfen auch für ihre Lebensweise. Sie haben sich etwas bewahrt in der Welt des Konsums um sie herum, das eine von ihnen auf den Nenner bringt: „Ohne Geld wird man zäher, ausdauernder und – zufriedener."

Ihr ärmliches Leben nachzuempfinden ist schwer für den, der ihre tiefe Frömmigkeit nicht versteht. Denn „Sterben und Auferstehen weist uns den letzten Zweck des Lebens." Hajo Bergmann ist mit den „Ewigen Schwestern" ein glaubwürdiger Film gelungen, der zu recht preisgekrönt wurde.

RUDOLF ZEWELL

ARD | ZDF

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Jenseits der Morgenröte
11.05 Okinawa
11.50 Umschau
12.10 Zwischen Armee und Guerilla
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Gudula Lorez wollte eigentlich eine perfekte Chefsekretärin werden, doch als sie Anfang der 70er Jahre Kontakte zur Frauenbewegung aufbaute, verwarf sie diesen Berufswunsch und gründete mit großem Engagement einen Verlag für Frauenliteratur. Helmuth Weiland porträtiert die risikofreudige Berlinerin.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Werner und Zini
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sonne entgegen
5. Teil: Liebe, Brot und Clownerie
21.00 Report
Wir verlieren den Boden unter den Füßen – Mutter Erde weint / Totalverweigerer – Wie geht der Staat mit einer Minderheit um? / Zweierlei Maß für Gemeinnützigkeit – Parteifinanzen und Bürgerinitiativen
Moderation: Franz Alt
21.45 Magnum
Rückblende
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Dresden: Theaterplatz 1
Bilder und Gedanken zur Wiedereröffnung der Semper-Oper
Musiker und Dirigenten von internationalem Rang sprechen in diesem Film über ihre Erlebnisse während ihrer Tätigkeit an der Dresdner Oper der Vorkriegszeit. Unter anderem kommen Yehudi Menuhin, Kurt Böhme, Eugen Jochum und Michael Gielen zu Wort.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Trickbonbons
16.20 Schüler-Expreß
Zu dick, zu dünn und lauter Pickel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
19.00 heute
19.30 Das Hintertürl zum Paradies
Dörfliche Komödie von Reinhard Donga nach dem Roman von Jürgen König
Mit Elmar Wepper, Michaela May, Max Griesser u. a.
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Roboter, Chips und Automaten auf dem Vormarsch – Die IG Metall will mithalten, dazu ein Interview mit Karl-Heinz Janzen / Tip: Teure Überraschung beim Auszug – Renovierung von Mietwohnungen
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Europäisches Filmfestival im ZDF
Der Stand der Dinge
Deutscher Spielfilm (1981)
Mit Isabelle Weingarten u. a.
Regie: Wim Wenders
In einem einsam gelegenen Hotel in Portugal dreht ein Filmteam an einem Science-fiction-Film. Als während der Dreharbeiten Geld und Filmmaterial ausgehen, fliegt der Produzent nach Los Angeles, um einige Tage später mit neuen Mitteln zurückzukommen. Doch der Produzent meldet sich nicht mehr, und das Projekt droht zu scheitern ...
0.00 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Sivas Leute – Leben und Sterben einer Tamilen-Familie in Sri Lanka
20.45 Rückblende
Vor 70 Jahren gestorben: Wilhelm Bleyle
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Johanna Ey
Bilder aus einem Leben
22.15 Deutscher Alltag
23.05 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Der Spion (1)
Vierteiliger schwedischer Fernsehfilm von Rolf Börjlind
21.55 Ich und Du
Lieben Männer anders als Frauen ...?
22.55 Offerte
23.10 Nachrichten

HESSEN

19.05 Formel Eins
20.00 Die gnadenlosen Vier
Amerikanischer Spielfilm (1961)
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.30 An den Grenzen der Malerei
Film über Arnulf Rainer
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Willkommen Mr. Chance
Amerikanischer Spielfilm (1979)
23.20 Science Report
23.35 Nachrichten

BAYERN

19.20 Der Weg nach Singapur
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Bing Crosby, Bob Hope u. a.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Veränderungen im Nato-Bündnis?
22.25 Z. E. N.
22.30 Im Gespräch
SPD zwischen Organisationsreform und Programmdebatte
23.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Dauertanz
15.00 Indian River
Der Regenmacher
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Ein unerfreulicher Verwandtenbesuch
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Eine rätselhafte Dame
18.00 Hoppla Lucy
Die Hausangestellte
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Dort oben, wo die Alpen glüh'n
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Ingmar Zeisberg, Erik Frey, Lotte Ledl u. a.
Regie: Otto Meyer
Man kann Anna schon verstehen, daß es ihr nicht paßt, wenn ihr Verlobter Loisl mit der schönen Dame aus der Stadt herumscharwenzelt. Und das droben auf den Bergen, wo man keinen Überblick hat. Und so verlangt Anna von ihrem Loisl als Treuebeweis ein Edelweiß von ganz hoch oben ...
20.30 Kulturmagazin
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Casanova '70
Ital.-Franz. Spielfilm (1965)
Mit Marcello Mastroianni, Virna Lisi, Michèle Mercier u. a.
Regie: Mario Monicelli
Sein Psychoanalytiker hat unseren modernen Casanova belehrt, daß sein Liebesleben nur unter Gefahr funktioniert. Aber Vorsicht und Zurückhaltung bitte, empfiehlt der Analytiker, sonst lande Casanova vor Gericht. Natürlich hört Casanova auf diesem Ohr nicht – und schon steht er vor dem Richter ...
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
„Für Gott, Kaiser und Vaterland"
Schützen in Tirol
Film von Josef Kuderna
Am Beispiel der Kompanie des Zillertaler Dorfes Stumm zeigt der Bericht den Alltag und das Brauchtum der Tiroler Schützen. Die Tradition dieser Freiwilligen-Truppe, die in Andreas Hofer ihren ruhmreichsten Anführer hatte, reicht bis in das Jahr 1511 zurück.
20.30 Familie Merian
Von Jörg Mauthe
6. „Und was hätten Sie getan?"
Die Familie sucht einen Ausweg aus der tristen Wohnsituation im 3. Stock, die vor allem für die an den Rollstuhl gefesselte Claudia unerträglich ist. Da unterbreitet der alte Herr Zögernitz Herrn Merian ein phantastisches Angebot.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
anschl. 3SAT-Nachrichten

Weltraum-Verteidigung: Europäer werden beteiligt

Weinberger sichert Einblick „in alle Geheimnisse" zu

RÜDIGER MONIAC, Gießen

Das amerikanische Programm zur Erforschung der technischen Möglichkeiten für eine Weltraum-Verteidigung (SDI) kommt in ein politisch neues Stadium. Denn die USA haben ihre Bereitschaft erklärt, die europäischen Verbündeten an den Forschungsarbeiten zu beteiligen. Mit diesem Angebot von US-Verteidigungsminister Weinberger ist die Aufforderung von Bundeskanzler Kohl an die Adresse der USA, insbesondere auch die Bundesrepublik offiziell zur Teilnahme aufzufordern und in die Forschungsarbeiten einzubeziehen, schnell beantwortet worden.

Weinberger besuchte zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Wörner die amerikanischen Kasernen in Gießen, wo jetzt das erste US-Bataillon mit der neuen Luftverteidigungsrakete „Patriot" in Betrieb genommen worden ist. Bei dieser Gelegenheit erklärte der US-Minister vor Journalisten, die „formalen Dokumente für eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm werden übergeben werden". Minister Wörner ergänzte, er habe mit Weinberger vereinbart, daß vor einem solchen Schritt der USA die Bundesregierung in einer weiteren Runde von „Briefings" offiziell von Washington über den technischen Ablauf und die einzelnen Forschungsgebiete bei SDI unterrichtet wird und sich daraus die Ansätze für eine deutsche Beteiligung ergeben sollen.

Ob dies für den Fall der deutschen Mitarbeit im SDI-Programm eine uneingeschränkte Unterrichtung über Details und Geheimnisse für die deutsche Seite bringt, wurde in der Pressekonferenz mit beiden Ministern nicht eindeutig klar. Weinberger sagte, die USA würden die Verbündeten „einladen, sich an der Forschung zu beteiligen. Wir wünschen uns, daß dabei ein verbundenes Programm (joint program) zustande kommt." Es gehe dabei nicht um Technologie-Transfer, sondern um Kooperation in der Forschung. Wörner fügte hinzu, bei einer wirklichen Beteiligung könnten die Deutschen Einblick „in Details und Geheimnisse" erwarten, denn wenn man zusammenarbeite, gebe es keine Geheimnisse. Wörner erinnerte deshalb auch an die Aussagen des Bundeskanzlers auf der Münchener Wehrkundetagung. Kohl hatte dort erklärt, Bonn sei zur Kooperation mit den USA beim SDI-Programm bereit, sofern ein konkretes Angebot gemacht werde, und dies zu Bedingungen, die eine tatsächliche Beteiligung der Deutschen garantieren.

Weinberger wurde auch nach dem Unfall mit der Pershing-2-Rakete im US-Stützpunkt bei Heilbronn gefragt. Dazu erklärte er, die noch laufenden Untersuchungen nach der Ursache seien darauf gerichtet, die Sicherheit nicht nur der militärischen Bedienungsmannschaften zu verbessern, sondern auch die der in der Umgebung wohnenden Menschen. Auch nach Aussagen von Wörner ist die Bereitschaft der USA „sehr hoch", für die Sicherheit in und um die Pershing-Standorte herum alles zu tun. Dies komme dem Interesse der Bundesregierung entgegen.

Wörner hatte Weinberger in Gießen mit der Absicht empfangen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Indienststellung des ersten US-Bataillons mit dem Waffensystem „Patriot" zu lenken. Der deutsche Minister sagte vor Journalisten, mit der Inbetriebnahme des Waffensystems beginne in Europa eine „neue Ära" der internationalen Zusammenarbeit mit den USA. Dieses Waffensystem wird auch von der deutschen Luftwaffe und den niederländischen Streitkräften eingeführt werden. Es dient der Abwehr feindlicher Flugzeuge in einem weiten Bereich, ist damit rein defensiv und ausschließlich mit konventionellen Sprengköpfen bestückt. Auch darauf machte Wörner ausdrücklich aufmerksam. Die Indienststellung von „Patriot" hat zur Folge, daß die Atomsprengkörper, die das Vorgängermuster „Nike/Hercules" neben den konventionellen bewehrten, aus Europa abgezogen werden. Sie sind ein Teil der 1400 nuklearen Gefechtsköpfe taktisch-operativer Art, die die NATO nach dem Beschluß von Montebello einseitig abzieht und damit den Gesamtbestand auf 4600 senkt.

Das Patriot-Bataillon des US-Heeres in Gießen gehört zum 32. Army Air Defense Command in Europa. Zu ihm werden am Schluß der Indienststellungsphase sieben Bataillone mit je sechs Batterien gehören. In einer Batterie sind bis zu acht Werfer zusammengefaßt, der in einem Kanister vier Raketen zum Feuern bereithält. Die USA werden zudem der Bundeswehr Patriot-Einheiten zur Verfügung stellen, umgekehrt die Bundeswehr dem US-Heer „Roland"-Verbände zum Schutz von US-Basen.

Genscher nach Rumänien: Ausreiseprobleme

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher fliegt heute zu einem erst kurzfristig bekannt gewordenen Besuch nach Rumänien. Unmittelbar davor nimmt er an einer EG-Außenministerkonferenz in Rom teil. An die Bukarest-Visite schließen sich zweitägige Gespräche mit der österreichischen Regierung in Wien an.

Mit seinem rumänischen Amtskollegen Stefan Andrei und Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu will Genscher im Blick auf die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen über die Ost-West-Beziehungen und europäische Beiträge zur Verbesserung des allgemeinen politischen Klimas sprechen.

Bonner Diplomaten legten gestern Wert auf die Feststellung, daß der Besuch nichts Spektakuläres enthalte, sondern im Zusammenhang mit den zurückliegenden Visiten des Bundesaußenministers in Prag und Belgrad und den bevorstehenden Reisen nach Sofia im März und nach Budapest im Juni gesehen werden müsse. Ob der im November verschobene Besuch Genschers in Warschau demnächst stattfinden wird, ist im Augenblick noch offen.

Die Gespräche in Rumänien haben aber auch wichtige bilaterale Aspekte. Sie beziehen sich auf eine nach dem Eindruck von politischen Beobachtern im letzten November eingetretene diplomatische Verstimmung nach der Ausweisung von fünf rumänischen Diplomaten wegen Spionagetätigkeit in der Bundesrepublik, in deren Folge zeitweilig die Ausreise von Deutschen aus Rumänien vollkommen gestoppt worden war. Die Erteilung von Ausreisegenehmigungen hatte sich allerdings Anfang Dezember schon wieder normalisiert. 1984 sind insgesamt 16 554 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik eingereist. 1983 waren es 15 501, 1982 insgesamt 12 972.

Ungeachtet der wieder angestiegenen Zahlen gibt es aber offenbar noch Ausreiseprobleme, die Genscher in Bukarest erörtern will. Anscheinend verlangen rumänische Mittelsmänner immer noch Bestechungen. Das Bonner Auswärtige Amt wollte sich dazu jedoch nicht äußern. Ein wesentliches Anliegen Genschers besteht in befriedigenden Lebensbedingungen für die in Rumänien bleibenden Deutschen.

KPF-Kongreß: Ein Zeichen der Schwäche für die Linken in Frankreich

Harte Kritik der Sozialisten / Von „Volksfront" kann keine Rede mehr sein

A. GRAF KAGENECK, Paris

Für die Sozialistische Partei Frankreichs ist der Parteikongreß ihrer ehemaligen kommunistischen Partner in vieler Hinsicht enthüllend gewesen. Marcel Debarge, der die sozialistische Gästedelegation auf dem Parteitag anführte, fühlte sich in die schwärzesten Tage des Schismas der Linken zurückversetzt. „Nicht die Rechtsopposition, wir waren der Gegner", meinte er in einer rückschauenden Wertung resigniert. „Manchmal fühlte ich mich an den einschläfernden Rhythmus der Schienen in einem Eisenbahnzug erinnert, so eintönig und hölzern klangen die immer wieder stumpfsinnig wiederholten Anklagen gegen uns."

Für Parteichef Lionel Jospin war der KPF-Kongreß ein Eingeständnis der Schwäche, Schwäche der Analyse, Schwäche der Strategie und Schwäche der Führung. Anstatt sich eigenen Irrtümern und den veränderten Realitäten zu stellen, habe man die Fehler beim früheren Partner gesucht und ihm alle Schuld an der Krise der Linken aufgebürdet. Die Kommunistische Partei sei heute keine avantgardistische Partei mehr, sie laufe hinter der Entwicklung her, ihre Führung stecke in einer tiefen Gewissenskrise gegenüber ihrer Basis.

Diese Eingeständnisse sind bezeichnend für die Lage der französischen Linken. Sie ist jetzt so gespalten, daß es im Nachhinein nahezu grotesk anmutet, wie die beiden Parteien nahezu vier Jahre lang gemeinsam Frankreich regieren konnten. Debarge sprach von der „Erbsünde", die das 1972 von Mitterrand und Marchais geschlossene Regierungsbündnis in den Augen der kommunistischen Parteiführung immer gewesen sei. Nur die Basis der Partei und weite Schichten der Wählerschaft hätten ihre ganze Hoffnung in dieses Programm gesetzt, dessen Dynamik sich dann in der Wahl Mitterrands 1981 zum Staatspräsidenten voll entfaltet habe. Allerdings sei diese Dynamik zum Nachteil der kommunistischen Doktrin ausgeschlagen, wonach die Kommunistische Partei die alleinige Avantgarde der Arbeiterklasse sei und in einem Volksfrontbündnis mit den Sozialisten immer den Ton anzugeben habe. Die kommunistische Parteiführung habe daher getreu ihrer überlieferten Reflexe das Bündnis mit den Sozialisten schließlich aufgekündigt und „sich damit wieder in Übereinstimmung mit der Mutterpartei in Moskau" begeben. Bezeichnend dafür sei, sagte Debarge, daß auf dem Parteitag kein Wort zu Polen und Afghanistan, nicht einmal aus dem Munde der Kritiker der Parteilinie gefallen sei.

Die Sozialisten glauben auch nicht an eine irgendwie geartete Rolle der drei prominenten „Erneuerer" Pierre Juquin, Marcel Rigout und Felix Damette, die ihre Haut auf dem Parteitag retten konnten und zur allgemeinen Überraschung noch einmal ins Zentralkomitee gewählt wurden. Es werde ihnen vermutlich ebenso ergehen wie allen anderen „Dissidenten" der Parteigeschichte. Über kurz oder lang würden sie isoliert an die Peripherie gedrängt und schließlich zum Austritt genötigt.

In der Tat nimmt sich die Beibehaltung dieser drei führenden Köpfe der Parteikritiker wie ein Scheinmanöver der Führung aus mit dem Ziel, eine Art Parteidemokratie vorzutäuschen und eine Minimalkonzession an die – unerwartet starke – Kritik der Basis zu machen. Vergleicht man die Beibehaltung der Drei mit den zwölf ZK-Mitgliedern, die wegen ihrer massiven Vorwürfe gegen die Parteiführung vor und während des Kongresses ihres Sitzes verlustig gingen, so kann davon ausgegangen werden, daß die interne Opposition gegen den Parteichef Marchais enthauptet worden ist. Marchais hatte dies im Schlußwort des Kongresses am Sonntagabend mit den zynischen Worten kommentiert: „Sie sehen, es gibt keine Halsabschneider in unserer Partei. Jeder kann seine Meinung sagen. Aber wenn eine Politik einmal festgelegt ist, ist sie für alle verbindlich." Damit waren allen, die nun noch Abweichungsgelüste in der Partei haben sollten, klare Grenzen gesetzt. Auch ein so geschickter Taktiker wie Pierre Juquin wird in Zukunft keine konstruktiven Vorschläge für einen Ausbruch der Partei aus der Krise machen können.

US-Marine warnt vor Moskaus Flotte

rtr, Manila

Die wichtigsten Seeverbindungen im Pazifischen Ozean werden zunehmend durch die steigende Zahl von atomar angetriebenen U-Booten, Flugzeugen und Schiffen der sowjetischen Kriegsmarine bedroht. Dies erklärte der Sprecher der 7. US-Flotte, Julius Graw, an Bord des Kommandoschiffs „Blue Ridge".

Die Sowjetunion verfüge über mehr Schiffe im Pazifik als die Vereinigten Staaten. Die US-Schiffe seien jedoch größer; zudem verfügten sie über eine stärkere Feuerkraft. Die Hauptbedrohung für die 7. US-Flotte gehe von den 126 sowjetischen U-Booten aus, die alle Seewege kontrollierten.

Israel rüstet Chinas Panzer aus

AFP, Tel Aviv

Die israelische Rüstungsindustrie hat nach Angaben der jüdischen Presseagentur JTA von Peking den Auftrag erhalten, 9000 chinesische Kampfpanzer zu überholen und neu auszurüsten. Das vor kurzem vereinbarte Geschäft belaufe sich auf mehrere 100 Millionen Dollar. Peking habe darauf alle Verhandlungen über den Ankauf einer großen Zahl von Panzern abgebrochen, die mit deutscher Lizenz in Argentinien gebaut werden. Israel war der Auftrag zuteil geworden, weil die Rüstungsindustrie des Landes große Erfahrung mit der Überholung und Verbesserung der Kampfkraft sowjetischer Panzer habe, die bei Kriegen mit den arabischen Staaten erbeutet wurden.

Sowjet-Spione in New York

DW. New York

In New York sind zahllose sowjetische Funktionäre für den KGB oder die militärischen Nachrichtendienste der Sowjetunion tätig. Das versichert der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Arkadij Schewtschenko, in seinen Memoiren „Breaking with Moscow". Schewtschenko hatte 1978 mit Moskau gebrochen. Es sei „keine Übertreibung", daß annähernd die Hälfte der 700 sowjetischen Funktionäre in New York den Geheimdiensten Nachrichtenmaterial liefere. Der KGB sei eine der „gnadenlosesten Organisationen auf Erden". Zwar sei er „ihm einmal entkommen", er unterschätze jedoch nie „seine Macht oder seine Grausamkeit".

Verbündete beraten über INF-Angebot

kie., Bonn

Die atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa (INF) seien für Washington im Blick auf die kommenden Genfer Abrüstungsgespräche mit Moskau „von besonderer Priorität". Das bestätigte der amerikanische Chefberater für die Genfer Verhandlungen, Paul Nitze, gestern während eines einstündigen Gesprächs mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe. Nitze machte auf der Rückkehr von der Münchner Wehrkundetagung in Bonn halt, um den Bundesaußenminister und Vertreter des Parlaments (eingeschlossen die SPD) über den Stand der Vorbereitungen für die am 12. März in Genf beginnenden Abrüstungsgespräche zu unterrichten.

Die Amerikaner werden in Genf bei den atomaren Mittel- und Langstreckenwaffen (also bei INF und START) an die Positionen anknüpfen, die sie im Jahre 1983 zuletzt eingebracht hatten, ehe sich Moskau einseitig vom Verhandlungstisch zurückzog. Heute wird in Brüssel noch einmal die mit Abrüstungsfragen befaßte Sonderberatungsgruppe (SCG) der NATO zusammentreffen, um zu prüfen, ob bei INF über das im Herbst 1983 vorgelegte letzte Angebot hinausgegangen werden sollte.

Bei SDI, dem Programm der USA für eine strategische Verteidigung, sieht die Lage verhandlungstechnisch ganz anders aus. Hier geht es aus amerikanischer Sicht nicht um die Eliminierung oder Reduzierung vorhandener Arsenale, sondern um die geordnete, in engen Konsultationen mit Moskau abgestimmte Einführung einer neuen technolgischen Befähigung: der zur strategischen Defensive. Die USA gehen daher bei SDI nicht mit einem konkreten Verhandlungvorschlag nach Genf, der sich mit dem Modus des Gebens und Nehmens bei INF und START vergleichen ließe. Vielmehr ist es ihr Verhandlungsziel, sich mit den Sowjets über das Desiderat einer zunächst aus defensiven und offensiven Mitteln gemischten Abschreckung zu einigen und danach – wenn die technische Machbarkeit und strategische Stabilität gesichert ist – die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Als erstes aber werden sich die Sowjets in Genf amerikanische Beschwerden über das bei Krasnojarsk in Sibirien installierte Großradar anhören müssen, das in den Augen Washingtons den ABM-Vertrag von 1972 krass verletzt.

Widerstand gegen Ecu

cd. – Warum stemmt sich die Bundesregierung in engem Schulterschluß mit der Bundesbank so energisch gegen eine verstärkte private Nutzung der Ecu, der künstlichen „Korbwährung" des Europäischen Währungssystems (EWS), für die sich einige unserer Partner und vor allem EG-Kommissionspräsident Delors so vehement einsetzen? Diese Frage mag um so berechtigter erscheinen, als diese in Schwachwährungsländern beliebte Kunstwährung, die Deutsche zwar besitzen, in der sie sich aber nicht verschulden dürfen, für unsere Wirtschaft eine nur ganz minimale, an Null grenzende Bedeutung hat.

Etwas vordergründig wird da immer mit Gefahren für die deutsche Stabilitätspolitik argumentiert; doch die zeichnen sich vorerst überhaupt nicht ab. Sie bestünden erst, wenn eine gemeinsame europäische Notenbank, die sich nicht den gleichen Stabilitätsgrundsätzen verpflichtet fühlt wie die Bundesbank, Ecu ausgeben würde. Darauf – und das bedeutet zugleich Verlust nationaler geldpolitischer Autonomie – arbeiten Europapolitiker freilich hin. Aber nicht nur daraus resultiert die offizielle deutsche Zurückhaltung gegenüber der Ecu.

Der Widerstand wird auch als strategisches Druckmittel eingesetzt, andere Länder, besonders Frankreich, Belgien und Italien zu zwingen, endlich die administrativen Barrieren für einen freien Kapitalverkehr niederzureißen, die den europäischen Integrationsprozeß bremsen. Erst wenn die anderen Partner dazu bereit sind, werden auch die deutschen Währungspolitiker in Sachen Ecu beweglicher agieren.

Ein Anfang

Mk. – Daß sich die Vertreter der EG, der USA, Japans und Kanadas in der japanischen Kaiserstadt Kyoto darauf verständigt haben, eine neue Liberalisierungsrunde im nächsten Jahr im Rahmen des Gatt einzuläuten, ist begrüßenswert. Dieses darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, daß damit dem immer noch um sich greifenden Protektionismus bereits Einhalt geboten wäre. Zum einen vergeht noch sehr viel Zeit, bis die Gespräche beginnen können, mehr jedenfalls, als die Verfechter eines freien Welthandels gehofft hatten. Zum anderen soll das Gatt Neuland betreten, obwohl beim vor zwei Jahren beschlossenen Arbeitsprogramm bisher kaum Fortschritte gemacht wurden. Der Handel mit hochtechnologischen Produkten, mit Agrargütern und Dienstleistungen wirft Probleme auf, die bisher nicht angepackt wurden. Überdies müssen auch noch die Entwicklungsländer für eine neue Liberalisierungsrunde gewonnen werden. Jedenfalls können jetzt die Arbeiten zielgerichtet vorangetrieben werden. Ein Anfang ist gemacht.

Auf schmalem Pfad

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ungeachtet der in gut einem Jahr anstehenden Parlamentswahlen will die französische Regierung bei ihrem restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs bleiben. Das hat Staatspräsident Mitterrand in seiner ersten großen Wahlrede ausdrücklich versichert. Er lehnte damit die Forderung seines früheren kommunistischen Koalitionspartners nach Aufgabe der „Austerity-Politik" ab.

Manche mögen darin politische Selbstmordabsichten erblicken. Denn seit dem KPF-Kongreß von letzter Woche steht fest, daß die Sozialisten nicht nur gegen die gesamte Rechte, sondern auch gegen die Kommunisten antreten müssen. Ihre Mehrheit wäre deshalb wohl nur dann zu halten, wenn die Regierung bis zu den Wahlen wirtschaftliche Erfolge vorweisen kann.

Am weitesten vorangekommen ist sie bisher in der Inflationsbekämpfung. Mit einer Teuerungsrate von 6,7 Prozent wurde 1984 das beste Ergebnis seit zwölf Jahren erzielt. Tendenziell ist der Preisanstieg nur noch halb so stark wie kurz vor dem Amtsantritt Mitterrands. Allerdings waren damals alle Industriegüterpreise frei. Gegenwärtig sind sie noch zu einem Drittel behördlich reglementiert. Auch übertrifft Frankreich immer noch den Inflationsdurchschnitt der OECD-Zone. Aber die Differenz hat sich deutlich vermindert.

Der wichtigste Grund dafür ist, daß die französischen Unternehmen wegen der seit gut einem Jahr stagnierenden Binnennachfrage bei Lohnerhöhungen große Zurückhaltung übten und die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer erlahmt ist. So kam die Lohn-Preis-Indexierung kaum noch zur Anwendung, so daß die Reallöhne 1984 erstmals seit 1958 zurückgingen.

Diese Entwicklung dürfte sich weiter fortsetzen. Die meisten Tarifabkommen für 1985 sehen Lohnerhöhungen von nur noch 4,5 Prozent vor, was dem neuen „Inflationsziel" der Regierung entspricht. Wie schon im letzten Jahr ist es aber wohl kaum ganz zu erreichen. Denn weitere Stabilisierungsfortschritte werden jetzt immer schwieriger. Allerdings werden die Nettoeinkommen im Durchschnitt real nicht weiter sinken, da ihre Sozialabgaben und die Einkommensteuern ermäßigt worden sind. Insoweit könnten sich die zur Zeit eher schlechten Wahlchancen der sozialistischen Regierungspartei verbessern.

Dagegen ist die Prognose Mitterrands, im Laufe dieses Jahres werde sich ein Tendenzumschwung am Arbeitsmarkt zeigen, sehr gewagt. Für die Masse der Wähler steht aber die Arbeitslosigkeit noch vor der Kaufkraft an erster Stelle der Kriterien, an denen sie die Regierung mißt.

Für die Sozialisten ist dies deshalb gefährlich, weil die Verminderung der Arbeitslosigkeit ihr wichtigstes Wahlversprechen war. Tatsächlich aber hat die Zahl der Arbeitslosen in Mitterands bisheriger Regierungszeit von 1,5 auf 2,5 Millionen zugenommen und damit zehn Prozent der aktiven Bevölkerung erreicht.

Diese weit über dem OECD-Durchschnitt (7,5 Prozent) liegende Quote wäre aber noch höher, wenn die Regierung nicht durch die „soziale Behandlung" der Arbeitslosigkeit (Umschulungsurlaub usw.) die Statistik entlastet hätte. Dadurch werden meist nur vorübergehend Arbeitslose aus dem Verkehr gezogen. Andererseits wird die Industrie aufgrund dringend notwendiger Modernisierungsinvestitionen weiter Personal freisetzen.

Offensichtlich erwartet die Regierung, daß durch verstärkte Exporte neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber bei der derzeitigen Überbewertung des Franc sind auch hier die Grenzen eng gezogen. Andererseits muß Paris die Binnennachfrage begrenzt halten, um die Importe aus Gründen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht zu stark auszudehnen.

So bleibt Mitterrand wenig Spielraum, um die Franzosen günstig zu stimmen. Seine Chance besteht im wesentlichen darin, daß auch die Oppositionsparteien – von den Kommunisten abgesehen – kein anderes wirtschaftspolitisches Programm zu bieten haben – es sei denn die (teilweise) Aufhebung der sozialistischen Verstaatlichungen, für die sich aber die meisten Franzosen kaum interessieren.

Trotz der Spaltung der Linken ist nicht vorauszusehen, wer die nächsten Wahlen gewinnt. Diese Unsicherheit könnte eine Gefahr für die derzeit realistische französische Wirtschaftspolitik darstellen.

DEUTSCHE SEEHÄFEN / Die Ausweitung des Welthandels wirkte sich positiv aus

Vier Jahre dauernde Flaute beim Güterumschlag wurde überwunden

JAN BRECH, Hamburg

In den 13 wichtigsten deutschen Seehäfen ist im Jahr 1984 der Umschlag wieder gestiegen. Vor dem Hintergrund der weltweit verbesserten Konjunktur und einer starken Ausweitung des Welthandels haben die Häfen die seit vier Jahren anhaltende Flaute überwunden. Nach Angaben der Hamburger Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums sind im vergangenen Jahr in den deutschen Häfen insgesamt 130,1 Mill. Tonnen umgeschlagen worden; das entspricht einem Zuwachs 4,3 Prozent.

Der Zuwachs bei aus- und eingehender Ware war dabei in etwa gleich stark. Der Empfang erhöhte sich um 4 Prozent auf 85,7 Mill. Tonnen, der Versand um 5 Prozent auf 44,4 Mill. Tonnen. Unterschiedlich haben sich dagegen die Umschlagsarten in den beiden Verkehrsrichtungen entwikkelt. Im Stück- und Sackgutumschlag, der für die Beschäftigung der Häfen wegen seiner Arbeitsintensivität von ausschlaggebender Bedeutung ist, betrug der Zuwachs insgesamt 10,8 Prozent. Dabei wurde beim Empfang ein Plus von 5,9 und beim Versand von 14,5 Prozent erreicht. Von den insgesamt in den Häfen umgeschlagenen 46,4 Mill. Tonnen Sack- und Stückgut entfielen die größten Mengen auf Massenpartien von Stahl und Erzen (8,1 Mill. t), Zellstoffe (1,5 Mill. t), Fahrzeuge (1,5 Mill. t), Holz (1,2 Mill. t) sowie Obst und Südfrüchte (1,01 Mill. t).

Geringer war nach Angaben der Abteilung Seeverkehr das Wachstum im Massengutumschlag. Er weitete sich insgesamt nur um 0,9 Prozent auf 83,7 Mill. Tonnen aus, wobei beim Empfang noch ein Zuwachs von 3,4 Prozent erreicht wurde, während der Versand um 7,3 Prozent zurückging. Einbußen erlitten die Häfen vor allem im Umschlag mit Getreide, Rohöl und Mineralölprodukten. Von Kohle und Koks wurden demgegenüber 13,1 Prozent mehr und von Erzen gar 27,9 Prozent mehr geladen und gelöscht.

An der insgesamt positiven Entwicklung haben nicht alle Seehäfen gleichstark partizipiert. Während Hamburg, die bremischen Häfen, Emden, Lübeck, Brake, Büthfleth, Kiel, Flensburg, Cuxhaven und Rendsburg mehr Güter umschlugen, ging das Ladungsaufkommen in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und Nordenham zurück. Hier schlägt sich vor allem der geringe Umschlag von Rohöl, Mineralprodukten und Getreide nieder.

Mit Abstand größter deutscher Hafen blieb Hamburg, dessen Umschlag um 5,1 Prozent auf 51,4 Mill. t wuchs; das entspricht etwa einem Anteil am gesamten deutschen Seegüterumschlag von 40 Prozent. Der Stück- und Sackgutumschlag erhöhte sich dabei um 7,1 Prozent, der von Massengut um vier Prozent. Diese Steigerung verdankt der Hamburger Hafen fast ausschließlich dem um 81 Prozent gewachsenen Erzumschlag.

Zweitgrößter Umschlagsplatz blieben die bremischen Häfen mit 26,6 Mill. t (plus 6,4 Prozent). Dem um 11,8 Prozent auf 16,5 Mill. t gestiegenen Transportaufkommen beim Sack- und Stückgut, steht ein Rückgang von 1,4 Prozent auf zehn Mill. t bei Massengut gegenüber. Rückgänge gab es hier in erster Linie bei Rohöl- und Mineralölprodukten.

Unter dieser Entwicklung hatte auch der drittgrößte deutsche Hafen Wilhelmshaven zu leiden. Während der unbedeutende Stück- und Sackgutumschlag um 18,6 Prozent wuchs, ging der Massengutumschlag um 2,8 Prozent auf 21,2 Mill. t zurück.

Unter den mittleren und kleinen Häfen erreichten Emden einen Zuwachs von 14,7 Prozent, Büthfleth von 26,4, Brake von 11,9, Kiel von 11,6, Rendsburg von 2,6, Lübeck von 14,2 und Cuxhaven gar von 28,6 Prozent. Weniger Transportaufkommen hatten neben Wilhelmshaven die Häfen von Brunsbüttel (minus 2,2 Prozent) und Nordemham.

Einen neuen Höchststand hat 1984 der Güterumschlag im Fährverkehr erreicht. Der Fährverkehr mit dem Schwerpunkt Lübeck/Travemünde ist um 14,2 Prozent auf 7,2 Mill. t gestiegen, das Güteraufkommen im Eisenbahnfährverkehr über Puttgarden um 8,4 Prozent auf 3,3 Mill. t.

AUF EIN WORT

„Der Wohnungsmarkt hat sich offensichtlich normalisiert. Weder die verbesserte Grundförderung, das Baukindergeld, die Abschaffung der Nutzwertbesteuerung noch die Verkürzung der Sperrfrist können etwas daran ändern, daß selbst bei optmistischer Betrachtungsweise in den nächsten Jahren nur noch ein Neubedarf von höchstens 300 000 Wohneinheiten pro Jahr, davon etwa die Hälfte Eigenheime, vorhanden ist."

Karlheinz Soesters, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg FOTO: DIE WELT

Bau: Stabile Kreditnachfrage

VWD, Bonn

„Noch keine sichtbaren Spuren" hat die schwache Baukonjunktur 1984 bei den Wohnungsbaukrediten hinterlassen. Diese hätten sich, wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in mitteilte, in etwa auf altem Niveau bewegt. Nach einer geänderten Statistik zahlten die Sparkassen 1984 Hypothekenkredite in Höhe von 29,3 Mrd. DM aus. An Wohnungsbaudarlehen wurden 29 Mrd. DM zugesagt.

AUSSENHANDEL

Das Informationssystem für Firmen wird verbessert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Firmen sollen rascher über wichtige Ereignisse im Ausland informiert werden. Und zwar bieten die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI) in Köln und die VWD-Vereinigte Wirtschaftsdienste in Eschborn vom Sommer an einen neuen Profildienst an.

Die Firmen können die sie spezifisch interessierenden Informationen laufend von VWD selektiert über Telex oder andere Postdienste erhalten, Informationen, die sie in einem Bedarfsprofil nach Artikel und Land anfordern können (Bringinformation). Der Vorteil für den Kunden: Er muß nicht selber das gesamte Datenmaterial durcharbeiten. Dieses kommt gerade mittelständischen Unternehmen zugute, die über keine entsprechenden Fachabteilungen verfügen.

Die BfAI stellt VWD auf elektronischen Datenträgern gespeicherte Außenhandelsinformationen zur Verfügung. VWD bereiten diese Informationen auf und geben sie in einen Rechner ein, der sie nach den Kriterien, die der Kunde vorgegeben hat, auswählt. Außerdem werden die im Rechner gespeicherten Informationen Interessenten on line, auch über BTX, zugänglich gemacht.

In einer ersten Phase sollen so aus dem Spektrum der BfAI-Daten Projekt-Frühinformationen, Auslandsanfragen, Auslandsausschreibungen und Anschriftenverzeichnisse angeboten werden. Nach einer Erprobungsphase sollen die elektronischen Dienste ausgebaut werden. Der Profildienst soll Mitte des Jahres anlaufen, der Datenbankdienst zum Jahresende, spätestens im März 1986. Der Preis für die Dienstleistung steht noch nicht fest.

POLEN

Die Verschuldungslage bleibt unverändert prekär

PETER WEERTZ, Berlin

Den weiteren Ausbau des deutsch-polnischen Handels befürworteten der Präsident der Berliner IHK, Horst Kramp, und der Präsident der Warschauer Außenhandelskammer, Ryszard Karski. Die wirtschaftliche Lage Polens nannte Karski nach wie vor schwierig. Es sei jedoch in den vergangenen Jahren gelungen, das Produktionswachstum in Industrie und Landwirtschaft wieder zu steigern.

Wie aus den Angaben der polnischen Außenhandelskammer hervorgeht, haben 1984 die Industrieproduktion um 5,3 Prozent und die landwirtschaftliche Erzeugung um 5,6 Prozent zugenommen. Eine günstige Getreideernte habe außerdem die Versorgungslage deutlich entspannt, sagte Karski.

Im Vergleich zu 1979 produziert die polnische Industrie aber immer noch ein Viertel weniger. Das bisherige Produktionswachstum ist nach dem Bericht der Kammer auf die höhere Produktivität zurückzuführen. Im Außenhandel mit westlichen Ländern, der trotz der hohen Verschuldung auf 5,8 Mrd. Dollar zunahm, wurde ein Überschuß von 1,5 Mrd. Dollar erwirtschaftet.

Aufgrund der Umschuldungsaktion und der Überschüsse im Außenhandel mit westlichen Ländern erwartet Karski, daß die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft Polens im Internationalen Währungsfonds (IWF) bald gegeben sein werden.

Trotz wirtschaftlicher Fortschritte ist die Verschuldung Polens gegenüber westlichen Ländern unverändert prekär. Denn der Schuldenberg wird in diesem Jahr, weil die westlichen Banken einen Teil der polnischen Zinszahlung wieder als Kredite vergeben, von rund 28,6 auf etwa 30 Mrd. Dollar wachsen.

FREIE BERUFE

Verband beklagt wachsende Zahl von „Kümmerpraxen"

HANNA GIESKES, Bonn

Eine „Signalwirkung auf andere Bereiche" erwartet der Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, Professor Volrad Deneke, von der Zustimmung des Bundesrates zur Zulassung freiberuflicher Sachverständiger bei der Kraftfahrzeug-Überwachung. Da diese Sachverständigen dieselben Rechte erhalten werden wie die der Technischen Überwachungsvereine, sei hier ein weiterer Erfolg im Kampf gegen das TÜV-Monopol zu verzeichnen, sagte Deneke gestern in Bonn.

Derzeit gibt es 300 freiberufliche Kfz-Sachverständige, doch Deneke ist sicher, daß sich deren Zahl mit zunehmenden Beschäftigungsaussichten erhöhen wird. Darüber hinaus glaubt er, daß dies den Ländern und Gemeinden einen Anstoß geben wird, weitere bisher öffentlich angebotene Dienstleistungen zu privatisieren.

Mit einer gewissen Beklemmung registriert Deneke den wachsenden Zustrom zu den Freien Berufen; derzeit gibt es rund 340 000 Freiberufler mit etwa 1,2 Millionen Mitarbeitern. Einerseits sei dieser Zustrom im Interesse der Gesamtwirtschaft zu begrüßen, denn in den Bereichen Handwerk und Handel nehme die Zahl der Selbständigen immer mehr ab. Auf der anderen Seite berge dies die Gefahr „qualitativer Beeinträchtigungen bei der Berufsausübung". Es sei nicht gut, „wenn jeder Streit vor Gericht ausgetragen wird, weil zu viele Anwälte da sind".

Als Ursache dieser Gefahr machte der Professor den „wachsenden Druck der arbeitsuchenden Akademiker" aus. Im vergangenen Jahr hätten über 120 000 Hochschulabsolventen eine Stellung gesucht, „aber die Aufnahmequote von Wirtschaft und Verwaltung ist seit Jahren konstant". So gebe es immer mehr Anwälte, Architekten, Steuerberater und Ärzte, „und die Zahl der Kleinst- und Kümmerpraxen wächst".

Als „Betrug an den Freiberuflern" bezeichnete Deneke die von den Koalitionsfraktionen beschlossene Erhöhung des Beitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung bei gleichzeitiger Beitragssenkung für die Arbeitslosenversicherung. Diese Verschiebung gehe zu Lasten der Selbständigen, um deren Beitritt zur gesetzlichen Rentenversicherung man vor Jahren heftig geworben hatte.

Benachteiligt gegenüber Arbeitnehmern fühlen sich die Selbständigen auch bei der steuerlichen Behandlung ihrer Vorsorgeaufwendungen für Alter und Krankheit. Diese Diskriminierung wachse mit jeder Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung, klagte Deneke. Während der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung steuerfrei sei – 1984 habe er die Summe von 10 000 Mark überschritten – seien die Selbständigen seit Jahren auf den steuerfreien Vorwegabzug von 3000 Mark angewiesen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

850 Insolvenzen in der Metallindustrie

Köln (dpa/VWD) – Rund 850 Unternehmen der Metallindustrie mußten 1984 den Gang zum Konkursrichter antreten. Die Insolvenzstatistik weise damit rund 150 weniger Konkurse und Vergleiche auf als im Vorjahr, teilte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Köln mit. Allerdings sei damit nur der Gipfel des Pleitenberges überschritten, denn lediglich 1982 und 1983 habe es mit 952 und 999 Pleiten noch mehr Firmenzusammenbrüche gegeben. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre gab es in der Metallindustrie dagegen im Schnitt nur rund 300, in den 60er Jahren nicht einmal 150 Insolvenzfälle pro Jahr.

Dollar steigt weiter

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar hat gestern an den europäischen Märkten weiter zugelegt. An der Frankfurter Devisenbörse wurde der Mittelkurs der US-Währung mit 3,2573 (Freitag 3,2426) Mark und damit um nahezu eineinhalb Pfennig höher als vor dem Wochenende festgestellt. Nach Angaben von Devisenhändlern gab die Bundesbank bei der Kursfeststellung insgesamt 11,65 Mill. Dollar in den Markt.

Günstige Exportaussichten

Hamburg (dpa/VWD) – Die Exportaussichten der Bundesrepublik für dieses Jahr sind insgesamt günstig, wenn auch das Expansionstempo nicht mehr ganz so stark wie 1984 sein wird. Wie es in der Jahresprognose 1985 des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung-Hamburg weiter heißt, werde sich der verlangsamte Anstieg des Welthandels nicht voll auf die deutsche Ausfuhr auswirken, weil er einige für deutsche Anbieter wichtige Märkte kaum betreffe.

Reallöhne gesunken

Paris (J. Sch.) – Die französischen Stundenlöhne sind 1984 nominal um 6,2 Prozent gestiegen. Die effektiven Lohneinkommen unter Berücksichtigung der reduzierten Arbeitszeit erhöhten sich um 5,9 Prozent. Demgegenüber erreichte der Preisanstieg 6,7 Prozent. Zum ersten Mal seit 1958 ist es damit in Frankreich zu einem Rückgang der Reallöhne gekommen – ausgenommen der gesetzlich garantierte Mindestlohn (Smic), der um 6,9 Prozent stieg nach 12,3 Prozent 1983.

Golfrat droht

Abu Dhabi (AFP) – Die Mitgliedsländer des „Golfrates" (Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrein, Qatar und Oman) erwägen Gegenmaßnahmen, falls die EG bei ihrem Beschluß bleibt, die von den Golfländern in die EG-Länder exportierten petrochemischen Produkte zu verzollen. Dies erklärte der Kronprinz von Abu Dhabi, Scheich Khalifa Ben Zayed, in einem Interview mit der kuwaitischen Presseagentur. Die EG hat für petrochemische Produkte aus dieser Region eine Kontingentierung des zollfreien Imports eingeführt.

Vergleich der Kaufkraft

Wiesbaden (dpa/VWD) – Auch in diesem Jahr hat die D-Mark in Jugoslawien die größte Kaufkraft. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhält man dort für eine D-Mark Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs im Gegenwert von 1,38 DM. Ebenfalls deutlich höher liegt die Kaufkraft in der Türkei (1,33) und in Portugal (1,19). Auch in Belgien (1,06), Italien (1,05), den Niederlanden (1,04) und Frankreich (1,03) erhält man mehr. Etwa denselben Wert wie in der Bundesrepublik hat die D-Mark in Großbritannien (0,99). Etwas weniger wert ist die D-Mark dagegen in Spanien (0,97), in Schweden (0,97), in Österreich (0,96) und in Griechenland (0,94). Deutlich geringer ist die Kaufkraft in Finnland (0,82), in Dänemark (0,80), in der Schweiz (0,75), in Norwegen (0,68) und in den USA (0,63).

Bundesrepublik verklagt

Luxemburg (VWD) – Die EG-Kommission hat die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Irland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil diese drei Staaten die gemeinschaftliche Richtlinie über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen noch nicht in nationales Recht umgesetzt haben. Die Frist ist bereits am 31. Juli 1980 abgelaufen.

UDSSR

Getreidekäufe auf Rekordhöhe

dpa/VWD, Moskau

Die auch im letzten Jahr von einer deutlich unter den Planzielen liegenden Getreideernte betroffene UdSSR tätigt nach Angaben westlicher Experten in Moskau seit Monaten Rekord-Getreidekäufe im Ausland. Nach ihren Prognosen könnte der Umfang dieser Käufe in der Periode vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni dieses Jahres auf 47 bis 50 Mill. Tonnen Getreide zunehmen, hieß es gestern in Moskau.

Nach den Berechnungen dieser Experten betrugen die sowjetischen Getreidekäufe *in der Zeit vom* 1. Juli 1984 bis Ende Januar 1985 bereits rund 35 Mill. Tonnen. Davon seien seit *Oktober 1984* etwa *15 Mill.* Tonnen in den USA gekauft worden. Aus Argentinien habe die UdSSR seit dem vergangenen Sommer rund acht Mill. Tonnen, aus Kanada sechs Mill. *und aus EG-Ländern ebenfalls sechs* Mill. Tonnen Getreide bezogen. Zu den sowjetischen Getreidelieferanten *gehörten jetzt auch Indien und China.* So habe Peking, das 1984 eine Rekord-Getreideernte von rund 400 *Mill. Tonnen erzielte,* der *UdSSR* seit dem letzten Sommer ungefähr 500 000 Tonnen Mais verkauft. Das Ergebnis der *UdSSR-Getreideernte* für 1984 ist von Moskau nicht veröffentlicht worden. Westliche Landwirtschaftsexperten in Moskau gehen davon aus, daß sie schlecht ausgefallen ist und wahrscheinlich nicht mehr als 170 bis 175 Mill. Tonnen brachte. Der Planansatz für die sowjetische Getreideproduktion liegt für das Mittel der Jahre 1981 bis 1985 (11. Fünfjahresplan) zwischen 238 und 243 Mill. Tonnen.

VILLEROY & BOCH / *Familienunternehmen ändert die Organisationsstruktur – Der „Patron" wird Vorstandschef*

Fliesengeschäft soll aus der Verlustzone heraus

JOACHIM WEBER, Mettlach

„Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ist derzeit kein Thema für uns", winkt Luitwin Gisbert von Boch, Vorstandsvorsitzender der Unternehmensgruppe Villeroy & Boch, Mettlach, energisch ab. Noch sei für die Kommanditgesellschaft mit ihren 36 Prozent *Eigenkapitalquote* kein Finanzierungsbedarf absehbar, der die eigenen Kräfte übersteige.

Die Änderung der Organisationsstruktur des Familienunternehmens, die jetzt in Anlehnung an das Aktienrecht vorgenommen wurde, darf man dennoch als „ersten vorbereitenden Schritt" auf dem Weg zur Börse interpretieren. An die Stelle der „Ein-Mann-Regierung" des persönlich *haftenden Gesellschafters* L. G. von Boch, dem die übrigen Führungskräfte als Bereichsleiter unterstellt waren, ist jetzt ein sechsköpfiger Vorstand mit Gesamtverantwortung getreten.

Ihm gehören drei Familienfremde und drei Familienmitglieder an. „Renoviert" wurde auch der Familienrat, ein vierköpfiges Kontrollgremium, das die jetzt rund 140 Familiengesellschafter bisher aus ihrer Mitte wählten. Er erhielt nicht nur den neuen Namen „Verwaltungsrat", sondern wurde auch noch um zwei Köpfe erweitert, die nicht zur Familie gehören. Für den ersten Verwaltungsrat des 237 Jahre alten Unternehmens wurden prominente Persönlichkeiten gewonnen: der VW-Aufsichtsratsvorsitzende *Karl Gustaf* Ratjen und BASF-Finanzchef Ronaldo Schmitz. Boch: „In einem Unternehmen dieser Größe wird es wichtig, auch auf Management-Know-how von draußen zurückzugreifen."

In ihren 15 Werken in Deutschland, Frankreich und Luxemburg beschäftigt die Gruppe rund 13 000 Mitarbeiter. Ihr Umsatz stieg 1984 um gut 3 Prozent auf 1,22 (1,18) Mrd. DM. Größter Bereich *war nach wie vor die* Fliesenproduktion mit einem Umsatzanteil von 52 Prozent, gefolgt von der Sanitärkeramik mit 26 Prozent und vom Geschirr- und Kristallgeschäft mit 22 Prozent. 51 Prozent der Umsätze entfallen aufs Ausland, davon 30 Prozent allein auf den Traditionsmarkt Frankreich.

Sorgen bereitet immer noch das Fliesengeschäft, das unter der internationalen Billig-Konkurrenz leidet. Neue Produktionstechniken – mit nur noch einem statt bisher zwei Brennvorgängen – versprechen aber hier ein Ende der roten Zahlen. Rund 100 Mill. DM werden dafür in den Jahren 1984 bis 1986 ausgegeben. Weniger erfreulicher Nebeneffekt: Die Belegschaft wird auch in diesem Jahr noch einmal um 700 bis 800 Personen verringert werden.

Das Gesamtergebnis, zu dem auch nach der Strukturmodernisierung ausgiebig geschwiegen wird, sei aber *dank* der „zufriedenstellenden" Erträge im Sanitär- und Geschirrgeschäft wieder positiv ausgefallen: „Unser Unternehmen *hat* noch *nie* rote Zahlen geschrieben".

Insbesondere der Geschirr-Bereich bereitet offensichtlich Freude. In den letzten 20 Jahren von 20 Mill. DM auf *289 Mill. DM Umsatz* gewachsen, repräsentiert er heute rund ein Sechstel der Produktion seiner Branche. Sein Wachstum von knapp *7 Prozent* im vergangenen Jahr stammte fast ausschließlich aus dem Export, der 49 Prozent zum Umsatz beisteuerte.

Bemerkenswert: Das US-Geschäft fiel bereits größer aus als das in Frankreich. Die Amerikaner, die bisher wenig mit Keramik im Sinn hatten, *entdecken die europäische* Tischkultur, und auch das Fliesengeschäft beginnt, vom neuen Stilgefühl zu profitieren. *Die Mettlacher sind* mit 7 Filialen in amerikanischen Großstädten vertreten.

GROSSBRITANNIEN / Motorenwerk in Swindon

Honda folgt Nissans Beispiel

WILHELM FURLER, London

Der japanische Automobilhersteller Honda will dem Beispiel von Nissan folgen und in Großbritannien die Autoproduktion aufnehmen. Zunächst soll ein Motorenwerk in Swindon in der Grafschaft Wiltshire 125 km westlich von London errichtet werden, das zu einem späteren Zeitpunkt zu einem vollen Automobilwerk erweitert wird. Das hat die Londoner Tageszeitung „Financial Times" erfahren.

Die britische Honda-Niederlassung wollte auf Anfrage der WELT keine Erklärungen zu diesem Thema abgeben. Fest steht allerdings, daß der Chef des Konzerns, Tadashi Kume, im kommenden Monat nach Großbritannien kommen und das von Honda bereits erworbene, 130 Hektar große Gelände bei Swindon „einweihen" wird. Der „Financial Times" zufolge hat der Automobilkonzern das Ministerium für Handel und Industrie in London über seine Pläne informiert.

Honda arbeitet bereits sehr eng mit dem staatlichen Automobilhersteller Austin Rover (British Leyland) zusammen. Dazu gehören die beiden Gemeinschaftsmodelle „XX" und „HX", deren Montage von Austin Rover noch in diesem Jahr aufgenommen wird. Honda dürfte ebenso wie Nissan an einem Standort interessiert sein, von welchem aus der westeuropäische *Automobilmarkt ohne* Einschränkungen beliefert werden kann. Praktisch alle EG-Länder einschließlich Großbritannien halten derzeit Import-Beschränkungen gegenüber japanischen Autos in Kraft. Hondas Europa-Verkäufe werden auf rund 100 000 Pkw pro Jahr beschränkt.

Nissan wird als erster Japaner im nächsten Jahr seine britische Produktion im nordostenglischen Tyne and Wear aufnehmen und zunächst 24 000 Pkw pro Jahr herstellen. Bis 1990 soll die Jahresproduktion auf 100 000 Wagen ausgeweitet werden.

USA / Norfolk Southern will Conrail übernehmen

Neuer Eisenbahn-Gigant

H. A. SIEBERT, Washington

Wenn der Kongreß zustimmt, entsteht in den USA schon bald ein neuer Eisenbahn-Gigant. Das Verkehrsministerium in Washington hat jetzt den Verkauf der zu 85 Prozent staatlichen Consolidated Rail Corp. (Conrail) an die Norfolk Southern Corp. vorgeschlagen. Der Preis beträgt 1,2 Mrd. Dollar, nachdem der amerikanische Bund bis 1983 mehr als sieben Mrd. Dollar in das Unternehmen gepumpt hat. Seitdem schreibt Conrail schwarze Zahlen; bei einem Umsatz von 3,3 Mrd. Dollar erreichte der Nettogewinn im vergangenen Jahr 500 Mill. Dollar.

Conrail, die nur Fracht befördert, war 1976 vom Kongreß gegründet worden, um nach dem Bankrott der Penn Central und anderer kleiner Gesellschaften den Verkehr im Nordosten der USA aufrechtzuerhalten. 1981 folgte der Northeast Rail Service Act, der die Stillegung unrentabler Strecken sowie die Reprivatisierung nach erfoglreicher Rettung vorschrieb. Die 39 000 Mitarbeiter, die jahrelang auf Lohnerhöhungen verzichteten, sind an Conrail mit 12,5 Prozent beteiligt. Sie gaben ebenso wie eine weitere Firma eine Kaufofferte ab.

Zusammen mit Conrail würde die Norfolk Southern über das größte Streckennetz – 50 400 Kilometer – in den USA verfügen. Die Zahl der Beschäftigten stiege auf 77 000, die der Lokomotiven von 2670 auf 5970 und der Waggons von 150 500 auf 250 500. Umsatz und Nettogewinn würden sich auf 6,8 Mrd. bzw. eine Mrd. Dollar etwa verdoppeln. Conrail zählt heute zu den gesündesten Eisenbahngesellschaften in Amerika. Der Kassenbestand wird mit 800 Mill. Dollar angegeben. Nicht in Anspruch nehmen kann Norfolk Southern alte abschreibbare Verluste in Höhe von 2,1 Mrd. und 275 Mill. Dollar Steuergutschriften, die sich bei Conrail angesammelt haben.

JAPAN / *Industrie lehnt eine Verlängerung des Selbstbeschränkungsabkommens für Exporte in die USA ab*

Die Spitzenposition im Automobilbau behauptet

FRED de LA TROBE, Tokio

Japan war 1984 wieder der größte Automobilproduzent der Welt. Die elf Unternehmen der Branche stellten 11,5 Millionen Wagen, 3,2 Prozent mehr als im Vorjahr her. Besonders kräftig stieg die Ausbringung von Lastwagen – um 10,6 Prozent auf 4,3 Millionen – und von Omnibussen – um 29 Prozent auf 72 209. Die Herstellung von Personenwagen nahm dagegen leicht um 1,1 Prozent auf 7,1 Millionen Fahrzeuge ab. Die Produktion von halbfertigen Wagen für den Export erhöhte sich um 17 Prozent auf 922 945.

Die Exporte japanischer Wagen stiegen 1984 um 7,8 Prozent auf 6,11 *Mill. Autos, während der Inlandsab*satz um ein Prozent auf 5,4 Mill. zunahm. In der Rangliste der größten *Unternehmen stand Toyota mit ei*nem Anteil von 29,9 Prozent an allen neu registrierten Autos an erster Stelle. Es folgten Nissan mit einem Anteil von 19,8 Prozent, Mitsubishi mit 9,8 Prozent, Daihatsu mit 7,7 Prozent, Honda mit 7,2 Prozent und Mazda mit 6,8 Prozent. Im japanischen Automobilbau – einschließlich der zahlreichen kleinen Zulieferbetriebe – waren ungefähr 700 000 Personen beschäftigt. Das sind etwa 11 Prozent der japanischen Arbeitsbevölkerung.

Von den Gesamtexporten entfielen 3,98 Mill. oder 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr auf Personenwagen, 2,1 Mill. Fahrzeuge oder 13,7 Prozent mehr auf Lastwagen und 56 240 oder 38,2 Prozent mehr auf Omnibusse. Der größte Markt war Nordamerika, das 1984 2,8 Mill. japanische Autos aufnahm, 14,4 *Prozent mehr als im Jahr vorher.* Während die Lieferungen nach Lateinamerika, Südostasien und Austra*lien ebenfalls kräftig stiegen, nahmen* die Ausfuhren nach Europa um 0,5 Prozent und die in den Mittleren Osten um 31 Prozent ab. Der Wert der japanischen Autoexporte erreichte im vergangenen Jahr 110,5 Mill. DM, 16,3 Prozent mehr als 1983. Davon entfielen 95,8 Mill. auf fertige Autos, 4,56 Mill. auf halbfertige Wagen und 10,14 Mill. DM auf Teile.

Unter japanischen Selbstbeschränkungsabkommen waren die Autolieferungen Japans in die Vereinigten Staaten in den letzten vier Jahren auf jährlich 1,88 Mill. Fahrzeuge begrenzt gewesen. Diese Vereinbarungen laufen noch bis Ende März, ob sie anschließend für ein weiteres Jahr verlängert werden, steht noch nicht fest. In Anbetracht des großen Handelsbilanzdefizits der *USA mit Japan haben amerikanische* Regierungssprecher ihr Interesse an einer Verlängerung geäußert, die *japanische Autoindustrie lehnt aber* dieses Verlangen strikt ab. Die Japaner weisen darauf hin, daß die amerikanische Autobranche wieder bedeutend wettbewerbsfähiger geworden ist und daß das Durchschnittsalter der amerikanischen Produktionsanlagen mit 4,15 Jahren im vergangenen Jahr jünger als das der japanischen Anlagen (4,22 Jahre) war.

Die japanischen Autoimporte sind 1984 zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder gestiegen. Sie nahmen um 19 Prozent auf 41 982 Fahrzeuge zu. Außerdem wurden 17 500 Autos des Modells „Santana" verkauft, die in einem Nissan-Werk unter einem Abkommen mit Volkswagen hergestellt worden waren. Bei nahezu vier Fünftel aller eingeführten Autos handelte es sich um deutsche Modelle.

*Die Pläne aller japanischen Auto*firmen für dieses Jahr sehen Produktionssteigerungen vor. Bessere *Ausnutzung der Kapazitäten,* Neuanlagen und der Ausbau der Absatznetze sind vorgesehen. (SAD)

KOLBENSCHMIDT / Für notwendige Innovationen gerüstet

Geschäftsjahr gut angelaufen

INGE ADHAM, Neckarsulm

Bei einer Prognose für das neue Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) gibt sich Otto W. Asbeck, Vorstandsvorsitzender der Kolbenschmidt AG (KS), Neckarsulm, vorsichtig: Spätestens im April, so fürchtet er, dürfte der Attentismus der von der Katalysatordiskussion verunsicherten deutschen *Autokäufer auch auf das Geschäft* des Zulieferers KS durchschlagen. Aber die negativen Auswirkungen einer solchen Entwicklung werden sich für KS begrenzen lassen. Denn einmal gehen mehr als zwei Drittel der Kolbenschmidt-Erzeugnisse direkt oder indirekt ins Ausland, zum anderen hat das Unternehmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits ein Umsatzplus von 11 Prozent *(gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit)* hereingefahren, wobei sich auch der Ertrag entsprechend positiv *entwickelt hat.*

Mit der durch die Kapitalerhöhung im Vorjahr (plus 30 auf 80 Mill. DM) *auf 38,4 (18,6)* Prozent der Bilanzsumme 463 (413) Mill. DM verbreiterten Eigenkapitalquote sieht sich das Unternehmen gut gerüstet für die für notwendig gehaltenen weiteren Innovationen, sowohl beim Material (zunehmend gehen die Arbeiten in Richtung Verbundwerkstoff) als auch beim Fertigungsablauf. Für Forschung und Entwicklung werden jährlich etwa 5 Prozent vom Umsatz aufgewendet; die Sachinvestitionen bei dem gut mit Liquidität versorgten Unternehmen sind für dieses Jahr mit 66 (52) Mill. DM veranschlagt.

Obwohl vom ersten bis zum letzten Tag im Hauptwerk Neckarsulm vom Streik betroffen, hielten sich die Umsatzausfälle im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) für KS in Grenzen, denn die Abnehmerbranchen waren vor und nach dem Streik gut ausgelastet. Per Saldo endete das Jahr für die AG mit einem Umsatzplus von knapp 9 Prozent auf 682,4 (626,4) Mill. DM. Dabei stieg der Inlandsumsatz freilich nur um 3,7 Prozent, während der direkte Export mit einem Plus von 18,4 Prozent den Exportanteil auf 38,6 (35,5) Prozent steigen ließ; 55 Prozent des Umsatzes entfallen auf die Erstausrüstung im europäischen Straßenfahrzeugbau, 11 Prozent auf anderen Motorenbau (Schiffe *etc.*), 16 Prozent bringt das Servicegeschäft mit Kfz-Teilen und 18 Prozent stammen aus sonstigen Branchen, vor allem dem Maschinen- und Apparatebau.

Die erreichte Umsatzsteigerung und die Früchte der bereits in den Vorjahren eingeleiteten Rationalisierungen sorgten bei KS für einen mit 12,6 Mill. DM (mit theoretischer Steuerrechnung vergleichbar gemacht 9 Mill. DM *im Vorjahr) um* 40 Prozent besseren Jahresüberschuß, der neben der Dividendenzahlung (6 DM je 50-*DM-Aktie)* die *Dotierung* der Rücklagen mit 5 (2) Mill. DM erlaubt. Das Ergebnis nach der DVFA-Formel stieg *auf 21 (18,2) Mill. DM;* je Aktie sieht es freilich nach der Kapitalerhöhung mit 13,25 DM deutlich bescheidener aus als im Vorjahr (18,20 DM). Inklusive ihrer Auslandstöchter kommt die Gruppe, an der die Metallgesellschaft mit 62,5 Prozent beteiligt ist, mit 8000 Beschäftigten auf rund 1 Mrd. DM Umsatz. In den deutschen Werken arbeiten derzeit 5700 Mitarbeiter, 3,3 Prozent mehr als vor Jahresfrist; ihre Zahl soll auch in diesem Jahr weiter steigen. Dabei sorge weniger der Tarifbeschluß vom letzten Jahr, mit der Einführung der 38,5 Stunden-Woche zum 1. April, für neue Arbeitsplätze als das erreichte Wachstum.

Nicht recht erklären kann sich der Vorstand deshalb die Kursentwicklung der KS-Aktien: seit der Einführung im vergangenen April dümpelt das Papier kurz unter dem Ausgabekurs von 160 DM.

CONTI-RÜCK / Der Markt ist in schlechter Verfassung

Prämienwachstum erwartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die deutsche Continental Rückversicherungs-AG, Hannover, erkennt keine Anzeichen für eine Besserung der schwierigen Marktsituation der Rückversicherungsbranche. Vorstandschef Johann-Peter Stier verweist auf die nach wie vor hohen versicherungstechnischen Verluste, die allerdings durch das allgemeine Geschäft größtenteils überkompensiert werden.

Einen günstigeren Trend erkennt Stier immerhin in dem Problembereich Transportversicherung; dort gebe es bereits Gesellschaften, die einen technischen Überschuß ausweisen.

Für die seit 1981 zur US-amerikanischen Continental Insurance Group gehörende Gesellschaft verlief das versicherungstechnische Geschäft im Jahre 1983/84 (30. 6.) erneut unbefriedigend, wenngleich der Verlust um fast die Hälfte auf 8,8 (15,6) Mill. DM verringert wurde. Fehlbeträge mußten vor allem in den Sparten Feuer (4,5 nach 6,6 Mill. DM), Kraftfahrt (1,5 nach 2,2 Mill. DM), Transport (2 nach 2,2 Mill. DM) und Kredit hingenommen werden.

Bei einem Gewinn von 11,5 (15,9) Mill. DM aus dem allgemeinen Geschäft ergibt sich ein Jahresüberschuß von 2,72 (0,3) Mill. DM, der voll den Rücklagen zugeführt wird. Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr auf 32,2 (18,2) Mill. DM.

Mit einer Beitragseinnahme von 178 (166) Mill. DM wurden die ursprünglichen Ziele zwar nicht ganz erreicht, weil die Übertragung von Verträgen der Mutter im Berichtsjahr nicht im erwarteten Umfang erfolgte. Dafür aber zeichne sich im laufenden Jahr eine überdurchschnittliche Steigerung der Beitragseinnahmen ab. Stier rechnet für 1984/85 *mit einem* Beitragsvolumen von gut 230 Mill. DM. Davon dürften 55 (30) Mill. DM *auf übernommene Verträge entfallen.* Der Selbstbehalt soll auf 165 (133) Mill. DM steigen.

Den Rückgang der Schadensquote im Berichtsjahr auf 71,7 (74,2) Prozent führt Stier auf die zurückhaltende und selektive Zeichnungspolitik zurück. Für Spätschäden hat die Gesellschaft *eine Sonderzuweisung von* 3,3 Mill. DM vorgenommen. Die technischen Rückstellungen stiegen insgesamt auf *156 (143) Mill. DM.* Die Kapitalanlagen nahmen auf 203 (176) Mill. DM zu.

ELNA / Stammkapital auf 1,5 Millionen Mark erhöht

Mit dem Ertrag zufrieden

JAN BRECH, Hamburg

Die Elna GmbH, Elektro-Navigation und Industrie GmbH, Rellingen bei Hamburg, die zu der Unternehmensgruppe Ernst Ludwig Schick KG gehört, hat 1984 wieder an die Umsatzentwicklung früherer Jahre angeknüpft. Wie die Geschäftsführung erklärt, sei der 1983 umgesetzte Maßnahmen-Katalog zur Sicherung von Wachstum und Ertragskraft im Berichtsjahr voll wirksam geworden.

Für 1984 gibt die Elna GmbH eine Umsatzausweitung um zehn Prozent auf 20,8 Mill. DM an. Bei einem gesunkenen Service-Umsatz von 5,3 auf 4,8 Mill. DM ist der Umsatzanteil für Warenlieferungen um 17,5 Prozent auf 16 Mill. DM gestiegen. In der Schick-Gruppe, die die Firmen Ferropilot GmbH und Klas H. Griebel GmbH mit umfaßt, betrug das Geschäftsvolumen 28,3 Mill. DM. Für dieses Jahr erwartet der geschäftsführende Gesellschafter Peter Schick einen konsolidierten Gruppenumsatz von rund 30 Mill. DM. Zufrieden zeigt sich Schick mit der Ertragsentwicklung. Bei der Elna GmbH, deren Stammkapital in diesem Jahr auf 1,5 Mill. DM erhöht worden ist, habe die Umsatzrendite wieder 2,5 Prozent erreicht.

Maßgeblichen Anteil an der positiven Entwicklung habe die von Elna betriebene „Paket-Politik" für die Ausrüstung der Brücke bei Schiffen gehabt, heißt es. Radar-, Seefunk-, Satelliten-Navigation und andere für ausrüstungspflichtige Schiffe erforderlichen Navigations- und Kommunikationsanlagen würden in enger Zusammenarbeit mit Reedereien und Werften schiffsspezifisch in einem Ausrüstungspaket zusammengefaßt.

In das neue Geschäftsjahr ist Elna mit einem Auftragsbestand von 5,5 Mill. DM gegangen. Über das ganze Jahr werde der Umsatz vermutlich zwischen 7,5 und zehn Prozent wachsen, betont Schick. Dabei sei die Entwicklung des Marktes durch einen Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet. Die Verlagerung des Schiffbaus nach Fernost verstärke stetig den Wettbewerbsdruck. Außerdem werde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen durch den Dissens beeinflußt, der zwischen der Zulieferer-Industrie und dem Deutschen Hydrographischen Institut über die Praxis bei der Zulassungsprüfung von Anlagen und Geräten auf ihre „nautische Eignung" bestehe.

DORNIER / Vorstandsmitglieder Manfred Fischer und Wilhelm Schäfer „aus wichtigem Grund fristlos gekündigt"

Eine neue Runde im jahrelangen Familienstreit

DANKWARD SEITZ, München

„Nicht das Geldkapital bestimmt den Wert und Inhalt eines Unternehmens, sondern der Geist, der in ihm herrscht." Legt man diesen Ausspruch des 1969 verstorbenen deutschen Flugpioniers Claude Dornier als Maßstab an die von ihm gegründete Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, an, dann steht es um das einzige deutsche Familienunternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie nicht gerade gut. Seit Monaten ist dieser Technologiekonzern (Umsatz 1983 rund 1,26 Mrd. DM, 9000 Beschäftigte) ein Spielball emotionaler und nur schwer kalkulierbarer familiärer Zwistigkeiten. Jüngste Opfer dieser Machtkämpfe: Vorstandsvorsitzender Manfred Fischer und Vorstandsmitglied Wilhelm Schäfer.

Am vergangenen Samstag hat der Dornier-Aufsichtsrat diese beiden Manager aus der Geschäftsführung abberufen und ihre Verträge dem Vernehmen nach „aus wichtigem Grund fristlos gekündigt". Bei Dornier hieß es dazu gestern auf Anfrage lediglich: „Der Aufsichtsrat hat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, daß Fischer und Schäfer aus ihren Ämtern ausscheiden. Zum neuen Sprecher des Vorstands wurde Vertriebschef Rainer Hainich und zum neuen Vorstandsmitglied Konrad Liessmann berufen." Über die näheren Hintergründe und weitere Einzelheiten wollte man sich bei Dornier nicht äußern.

Die Ablösung Fischers, bis März 1983 Vorstandsvorsitzender des Medienkonzerns Bertelsmann, muß insofern überraschen, da er erst zum 1. September 1984 sein Amt bei Dornier angetreten hat. Er war Nachfolger von Karl-Wilhelm Schäfer, der als führender Kopf des Unternehmens galt, dann aber gehen mußte, weil er sich mit den schwierigen Dornier-Familienclan überworfen hatte.

Doch schon bei seinem Amtsantritt fragten sich Beobachter, wie lange der selbstbewußte Fischer mit der Sippe würde auskommen können, zumal seine Berufung nicht von allen Gesellschaftern befürwortet worden war.

Familienquerelen spielten in den letzten 15 Jahren bei Dornier stets eine große Rolle, denn im Gesellschafterkreis stehen sich zwei unbewegliche Fronten gegenüber: auf der einen Seite die beiden Brüder Peter und Claudius Dornier, aus erster Ehe des Firmengründers, und zudem Silvius mit zusammen 33,6 Prozent der Anteile. Zum anderen Lager (38,4 Prozent) gehören Christoph, Justus und Ellen, die Witwe von Donatus Dornier. Die restlichen Anteile lagen bei der zweiten Frau von Claude Dornier, Anna, die 1984 starb, deren Anteile aber noch nicht auf die Nacherben übertragen sind.

Die Entlassung Fischers schreiben Insider nun Justus, Christoph und Ellen zu, obwohl diese drei – wie damals zu hören war – ihn gegen den Widerstand der anderen zum Dornier-Chef gemacht hatten. Ihre Rechnung, mit ihm den Einfluß im Unternehmen ausbauen zu können, scheint nicht aufgegangen zu sein. Ob dieser Zwist auch auf den Aufsichtsrat durchschlagen wird, ist durchaus denkbar. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Alois Laus will dem Vernehmen nach sogar dagegen klagen.

Aber auch schon früher hat Claudius Dornier keinen Hehl daraus gemacht, daß er mit der Zusammensetzung dieses Gremiums unter Vorsitz von Hans Otto Thierbach (Deutsche Bank) nicht einverstanden ist. Er und ein anderes AR-Mitglied sollen, wie es heißt, in der Gesellschafterversammlung am 14. Februar unter anderem zugunsten von Silvius abgelöst werden.

Offen bleibt derzeit, ob dieser jünste Vorgang auch in Zusammenhang mit der Geschäftsentwicklung bei Dornier gesehen werden muß. Ende Dezember hatte der Vorstand das Jahr 1984 für die gesamte Gruppe als „zufriedenstellend, vielleicht sogar gut" bezeichnet. Schwächere Inlandsgeschäfte seien mit Exporten kompensiert worden. Doch seit langem ist bekannt, daß Dornier ab 1986 in der Flugzeugproduktion mit geringerer Auslastung rechnen muß, denn dann wird die Produktion des Alpha-Jets auslaufen.

Die Hoffnungen auf einen Ausgleich richten sich vor allem auf die Eigenentwicklungen DO 128-6 und DO 228 sowie auf verstärkte Zulieferungen für das Airbusprogramm. 1983 steuerte der Alpha-Jet noch 100 (263) Mill. DM zum Umsatz bei, während es beim Airbus 44 (15) Mill. DM und bei der DO 228 bereits 65 (7) Mill. DM waren.

INTERFUNK

Farbfernseher Umsatzträger

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine teilweise besorgniserregende Ertragslage konstatiert die Interfunk Einkaufsgenossenschaft europäischer Unterhaltungselektronik- und Haustechnik-Fachbetriebe eG, Ditzingen, für den in diesen Bereichen tätigen Fachhandel. Nachdem schon das Jahr 1983 mit einem negativen betriebswirtschaftlichen Ergebnis von 1,2 Prozent abgeschlossen habe, gehe man für das Jahr 1984 sogar von einem Minus von 2 Prozent aus. Nur Betriebe mit ausreichend Substanz seien in der Lage, dem Problem auch 1985 standzuhalten.

Die Ursache für die mißliche Lage sieht Hermann Seringer, geschäftsführender Interfunk-Vorstand, insbesondere in der Unterhaltungselektronik in den „drastischen Überkapazitäten mit dem daraus resultierenden Kampf um Marktanteile". Der Handel habe durch einen Preis- und Verdrängungswettbewerb zu dieser Situation seinen Teil beigetragen.

Während die Branche insgesamt ein Umsatzminus von 5 Prozent hinnehmen mußte, kam die Interfunk auf einen Umsatzzuwachs von 2 Prozent auf rund 1,5 Milliarden DM. Von dieser Zuwachsrate geht Seringer auch für das gesamte Geschäftsjahr 1984/85 (31.3.) aus. Die Einkaufsloyalität wird mit 86 Prozent angegeben. Hauptumsatzträger des Handels mit „brauner Ware" waren im vergangenen Jahr Farbfernsehgeräte mit einem Plus von 3 Prozent auf 2,5 Mill. Stück. Videorecorder übertrafen mit etwa 1,55 Mill. Stück das Vorjahresresultat nur knapp. Zufrieden ist die Interfunk mit dem 10prozentigen Umsatzplus in der Haustechnik. Für 1985 sieht die Interfunk eine wesentliche Aufgabe darin, sich mit dem im Facheinzelhandel zu beobachtenden Strukturwandel auseinanderzusetzen.

DEVK / Versicherungs-Ergebnis nicht verhagelt

Tochter läßt Mutter hinter sich

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zwanzig Minuten Hagelschauer und rund 16 Mill. DM Schaden lautete die Bilanz des Münchner Unwetters vom 12. Juli 1984, doch dem sechstgrößten Pkw-Versicherer der Bundesrepublik, der DEVK Allgemeine Versicherungs-AG, und dem DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein aG (betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bundesbahn) hat es das Ergebnis nicht verhagelt.

Nach einer ersten Übersicht über das Geschäftsjahr 1984 haben die beiden Schadenversicherer, von denen die AG im Gegensatz zur Muttergesellschaft jedermann zugänglich ist, technische Gewinne erwirtschaftet und stellen Mittel für die Beitragsrückerstattung an die Kfz-Kunden bereit. Der Sach- und HUK-Verein verbuchte eine Prämieneinnahme von 274 Mill. DM (plus zwei Prozent), die DEVK-Tochter Allgemeine verzeichnete ein Plus von elf Prozent auf 331 Mill. DM. Der Verein schließt mit einem Rekordüberschuß von 30 Mill. DM ab, von denen 20 Mill. DM die Tochter Allgemeine beisteuerte.

Die DEVK-Leben knüpfte beim Neugeschäft an den Rekordabschluß des Vorjahres an und buchte deutlich mehr als eine Mrd. DM Versicherungssumme. Die Beitragseinnahmen lagen knapp unter 300 Mill. DM (plus 5,7 Prozent), von denen die Versicherten 200 Mill. DM auf dem Weg der Gewinnbeteiligung zurückerhalten. Mit 68 Prozent der eingezahlten Beiträge liegt die DEVK an der Spitze der deutschen Lebensversicherer.

Die jüngste Tochter, die DEVK-Rechtsschutzversicherung AG, hatte einen Beitragszuwachs von 17 Prozent auf 15,4 Mill. DM. Das technische Ergebnis ist ausgeglichen, der Jahresgewinn liegt bei einer Mill. DM. Die Gesamtgruppe erzielte ein Beitragsaufkommen von 920 Mill. DM, das entspricht einem Wachstum von 6,5 Prozent. Die Kapitalanlagen addieren sich auf 3,8 (3,5) Mrd. DM.

Mobil-Beteiligung an Haniel Handel

JB. Hamburg

Die angekündigte Kooperation zwischen der Hamburger Mobil Oil AG und der Handelsgruppe Haniel Handel GmbH, Hamburg, ist nunmehr in ein akutes Stadium getreten. Dem Berliner Kartellamt liegt ein Antrag beider Unternehmen vor, daß sich die Mobil Oil zu 50 Prozent an der Haniel Handel GmbH beteiligen wird. Haniel Handel vertreibt rund 2 Mill. Tonnen Mineralölprodukte, ist in etwa 80 Standorten in der Bundesrepublik und der Schweiz vertreten und setzt 2,2 bis 2,5 Mrd. DM um. Das Unternehmen gehört zum Familien-Konzern Franz Haniel & Cie, das auf etwa 12 Mrd. DM Umsatz kommt. Ende vergangenen Jahres hatte Mobil zunächst einen Liefervertrag über 1 Mill. Tonnen Mineralölprodukte jährlich mit Haniel abgeschlossen. Die jetzt auch kapitalisierte Vertiefung der Bindung dürfte in Zusammenhang damit stehen, daß Mobil seit geraumer Zeit an einem Ausbau des gesamten Vertriebsnetzes arbeitet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Besseres Ergebnis erwartet

Selb (dpa/VWD) – Die Rosenthal AG, Selb, rechnet für 1984 mit einem verbesserten Gesamtergebnis gegenüber dem Vorjahr. Der Weltumsatz von Rosenthal ist um 6,5 Prozent auf 667 Mill. DM gestiegen. Wie das Unternehmen in einem vorläufigen Überblick mitteilt, seien die Bereiche Keramik mit plus 15 Prozent und Einrichtung mit plus acht Prozent besonders deutlich gewachsen. Auch für 1985 erwartet Rosenthal weitere Zuwächse. Der Ordereingang im Januar habe erheblich über dem des Vergleichsmonats 1984 gelegen. Die Rosenthal Technik AG ist zum 1. Januar 1985 mehrheitlich an die Hoechst AG, Frankfurt, übergegangen.

Lampe-Bank zufrieden

Düsseldorf (dpa/VWD) – Das zum Oetker-Bereich gehörende Bankhaus Hermann Lampe KG, Düsseldorf, hat 1984 ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt, das - so die Bank - einen „angesprechenden Gewinnausweis" und eine umfassende Risikovorsorge erlaube. Unter Einbeziehung der Luxemburger Tochter belief sich das konsolidierte Geschäftsvolumen der Bank auf 3,89 Mrd. und die Bilanzsumme auf 3,37 Mrd. DM.

Kirin am deutschen Markt

Essen (Bm.) – Die Kirin Brewery Co. Ltd., Tokio, wird im März ihre international bekannte Marke „Kirin-Bier" auf den deutschen Markt bringen. Das Bier ist nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut und wird in Kartons zu 24 Flaschen je 0,33 Liter Inhalt angeboten werden. Importeur ist die Mitsubishi International GmbH, Düsseldorf. Kirin ist mit einem Ausstoß von über 30 Mill. Hektoliter im Jahr eine der größten Brauereien der Welt.

Verstärktes Kreditgeschäft

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Baden-Württembergische Bank AG , Stuttgart, hat 1984 ihre Aktivitäten insbesondere im Kredit- und Auslandsgeschäft verstärkt. Das Geschäftsvolumen der BW-Bank wuchs um 8,9 Prozent auf rund 11 Mrd. DM, die Bilanzsumme um 8,7 Prozent auf 9,6 Mrd. DM. Der Jahresüberschuß ermöglicht nach Vorstandsangaben wieder die Ausschüttung einer Dividende „zumindest in Vorjahreshöhe". Für 1983 wurden 10 DM je 50-DM-Aktie gezahlt.

Börsen-Informationen

Berlin (ot.) – Die Bank für Handel und Industrie AG (BHI), Berliner Tochterinstitut der Dresdner Bank, hat jetzt in ihrer Zentrale in der Berliner City ein Börsen-Informations-Center eröffnet. Damit soll dem zunehmenden Interesse für Wertpapier-Engagements im Ausland entgegengekommen werden. In einer Spätberatungs-Zone kann die Kundschaft jetzt bis 20 Uhr ins Auslandsgeschäft einsteigen.

NAMEN

Wilhelm Wende, Gesellschafter und Beiratsvorsitzender der Wende & Malter GmbH, Witten-Annen, vollendete am 10. März das 80. lebensjahr.

Prof. Dr. **Wilhelm Reerink,** bis 1970 Geschäftsführer der Forschungseinrichtungen des Deutschen Steinkohlebergbaus, feiert heute seinen 80. Geburtstag.

Gewinnmitnahmen bei den Aktien

Aber zum Schluß wieder anziehende Kurse

DW. – Auch an diesem Montag mangelte es wieder an Kaufaufträgen aus dem Dollarraum. Infolgedessen führten die üblichen Gewinnmitnahmen von Börsenkulisse und zunehmend auch der privaten Bankenkundschaft in fast allen Standardaktien zunächst zu nachgebenden Notierungen. Erst als in der zweiten Börsenstunde einige Kauforder aus der Schweiz eintrafen, stabilisierte sich die Tendenz. In Einzelfällen gab es sogar Kursgewinne, die aber vorwiegend auf das Konto inländischer Investoren gegangen sein dürften.

Einen spürbaren Rückschlag mußten AEG-Aktien hinnehmen, eine Reaktion auf Meldungen, wonach das Unternehmen im Mittleren Osten einen höheren Betrag verloren haben soll. Von den übrigen Elektrowerten konnten sich SEL noch weiter verbessern. Meinungskäufe zu kräftig steigenden Kursen gab es auch bei Enka Glanzstoff. Ein Teil der Maschinenbauaktien konnte sich ebenfalls leicht verbessern. Bei den Titeln der Großchemie hielten sich die Abschläge in engsten Grenzen. Dafür sorgte nicht zuletzt eine Studie einer Analyse-Gesellschaft, die hier zu sehr positiven Schlüssen gekommen ist. Unsicher war die Haltung der Autoaktien. Während sich Porsche als widerstandsfähig zeigten, mußten BMW, Daimler und Mercedes deutliche Einbußen hinnehmen.

Düsseldorf: Deutsche Atlanten stockten um 5 DM auf. Hein. Lehmann verbesserten sich um 4 DM und Keramag um 3 DM. Nachgegeben haben Audi NSU und Pegulan St. um 5 DM und Schiess um 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 35 DM und Colonia verminderten um 10 DM auf 355 DM.

Frankfurt: AEG Telefunken gaben um 4,60 DM, Adt um 3 DM und Holzmann um 4 DM nach. Linde stockten um 5 DM, Akzo um 10 DM und BraunVz. auch um 10 DM auf. Parkbräu verloren 10 DM, Porsche 95 DM und MAN Roland 5 DM.

Hamburg: HEW wurden mit 93 DM und NWK-Vz. mit 167 DM gehandelt. Phoenix Gummi erholten sich um 1 DM und REichelt um 2 DM. Bremer Vulkan lagen bei 66 DM. Auf der Verliererseite standen Beiersdorf, die zu 450 DM (minus 5 DM) untergebracht werden konnten.

München: Aigner erhöhten um 1 DM, Agrob Vz. um 3 DM und Brau AG Nürnberg um 4 DM. DEckel AG verloren 2,50 DM und Dywidag 7 DM. Spinnerei Kolbermoor gaben um 4 DM und Süd Chemie um 5 DM nach. Zahnräder Renk verbesserten sich um 2 DM und NAK Stoffe um 2,40 DM.

Berlin: DeTeWe wurden um 7 DM und Orenstein um 3 DM heraufgesetzt. Bekula lagen um 0,30 DM geringfügig freundlicher. Tempelhofer Feld schwächteen sich um 10 DM ab. Berthold gaben um 3 DM, Herlitz St. um 2 DM und Berliner Bank um 1 DM nach. Herlitz Vz. bröckelten um 0,50 DM ab.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 169,6 (170,0)
WELT-Umsatzindex: 3130 (3820)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

	11. 2.	8. 2.
Bastogi	183	186
Breda	5690	5679
Centrale	2760	2730
Farmitalia C. Erba	10775	10785
Fiat	2520	2540
Fiat Vz.	2253	2275
Finsider A	–	56,25
Generali	40900	40900
Gruppo Lepetit	–	–
IFI Vz.	7580	7525
Italcementi	80000	80600
Italgas	–	1564
Magneti Marelli	–	1699
Mediobanca	84500	84700
Mondadori	3020	3030
Montedison	1503	1515
Olivetti Vz.	5800	5670
dgl. St.	6450	6485
Pirelli SpA	2300	2325
Rinascente	619,75	624,5
RAS	68000	68800
S. A. I.	13500	13690
SIP	2200	2180
Snia Viscosa	2740	2740
STET	2500	2455
Index	–	271,72

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	230	230
Gösser-Brauerei	382	385
Länderbank Vz.	226	226
Österr. Brau AG	390	382
Perlmooser	338	339
Reininghaus	479	480
Schwechater Br.	185	180
Semperit	113	114
Steyr-Daimler-P.	155	155
Universale HochTief	225	224
Veitscher Magnesit	305	307
Index	62,36	62,30

Kopenhagen

Den Danske Bank	290	288
Jyske Bank	540	535
Kopenh. Handelsbk.	292	290
Novo Industri	375	358
Privatbanken	239	237
Ostasiat. Komp.	168	160
Dan. Sukkerfabr.	335	530
For. Bryggerier St.	800	800
Kgl. Porc. Fabr.	240	735

Brüssel

Arbed	1770	1750
Brux. Lambert	2020	2025
Cockerill Ougree	263	262
Ebes	2780	2780
Gevaert	3700	3700
Kreditbank	7740	7740
Petrofina	7060	7140
Soc. Gen. d. Belg.	1805	1815
Sofina	7380	7200
Solvay	4010	4040
UCB	4840	4790
Index	–	–

Hongkong

China Light + P.	14,70	14,80
Hongkong Land	4,37	4,37
Hongk. – Sh. Bk.	8,80	8,65
Hongk. Teleph.	60,50	59,50
Hutch. Whampoa	20,20	19,90
Jard. Matheson	8,30	8,50
Swire Pac. – A –	24,40	24,30
Wheelock – A –	4,65	4,52

Singapur

Cycle – Car.	3,10	3,12
Cold Storage	7,58	7,61
Dev. Bk. of Sing.	5,90	5,95
Fraser – Neave	5,20	5,30
Kl. Kepong	2,33	2,37
Mal. Banking	5,95	6,00
Nat. Iron	–	3,78
OCBC	9,20	9,25
Sime Darby	1,90	1,94
Singapur Land	2,93	2,94
Un. Overs. Bank	4,46	4,50

Sydney

ACI	1,91	1,90
Ampol. Explor.	2,15	2,17
Westpacific Banking	3,50	3,51
Bridge Oil	2,17	2,20
Brok. Hill. Prop.	5,14	5,18
Coles	4,05	4,05
CRA	5,74	5,70
CSR (Theiss)	2,68	3,02
Metals Expl.	0,48	0,50
MIM-Holdings	2,50	2,54
Myer Emporium	1,91	1,94
North Broken Hill	2,13	2,15
Oakbridge	0,63	0,64
Peko Wallsend	4,05	4,15
Poseidon	2,60	2,70
Thomas Nat. Tr.	2,03	2,06
Waltons Bond	0,40	0,40
Western Mining	3,10	3,27
Woodside Petr.	0,85	0,87
Index	765,30	772,80

Optionshandel

Frankfurt: 11. 02. 85

1383 Optionen = 73 500 (122 700) Aktien, davon 323 Verkaufsoptionen = 16 650 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-10/9, 4-120/4, 7-100/20,5, 7-110/12, 7-120/6, 7-130/2,5, 10-110/15, 10-120/8,5, 10-130/4, BASF 4-170/18, 4-180/8,35, 4-190/3,5, 7-180/15, 7-190/8,7, 7-200/5, 10-190/10,6, 10-200/6,4, 10-210/5, 10-220/3, Bayer 4-180/18,7, 4-190/9, 4-200/3, 7-190/14,8, 7-200/9, 7-210/5,4, 10-200/12,6, 10-210/7,5, 10-230/2,7, BBC 10-200/9,5, Bay. Hypo 4-330/4,6, BMW 4-370/7, 7-400/6, 10-380/14,5, Bay. Vereinsbk. 4-330/19,9, Commerzbk. 4-170/8, 4-180/2, 7-180/5,9, 7-190/2,4, 10-170/14,6, 10-180/8, Conti 4-120/7, 4-130/1,5, 7-130/4,4, Daimler 4-650/8,6, Dt. Babcock St. 4-160/11, 4-170/5,9, 10-170/10,5, 10-180/6,5, Deutsche Bk. 4-400/15,9, 4-410/9,6, 4-420/6, 7-400/24,4, 7-420/11,5, Degussa 7-380/4, Dresdner Bk. 4-190/16, 4-200/3, 7-170/27, 7-180/25, 7-190/13,5, 7-200/7,5, 7-210/3,5, 10-200/10, GHH St. 10-170/6,2, Hoechst 4-170/23,8, 4-190/5,5, 4-200/1,6, 7-180/18, 7-200/5, 7-210/2,5, 10-200/9,85, Hoesch 4-100/9, 4-110/3,9, 4-120/1,5, 7-100/18,6, 7-110/8,5, 7-120/4,8, 10-120/5,5, Karstadt 7-240/5, 10-230/9,4, KHD 4-280/5, Klöckner 4-60/22,5, 4-65/18, 4-70/13,9, 4-75/9,4, 4-80/5, 4-85/2,55, 7-65/19, 7-70/16,3, 7-75/13, 7-80/8,9, 7-85/6, 10-75/13,6, Lufthansa Vz. 4-160/22, 4-170/13, 4-180/6, Mannesmann 4-160/3, 7-160/7,5, 7-170/3,4, 10-160/12, 10-170/5,5 Preussag 4-250/9,5, 7-270/3, Kali + Salz 4-270/8,6, Siemens 4-490/44, 4-500/47,8, 4-520/34, 4-530/29,8, 4-540/25, 4-550/17, 4-580/10, 7-490/80, 7-500/57, 7-530/43, 7-580/12, 10-550/30, Thyssen 4-80/19,7, 4-85/13,1, 4-90/10, 4-100/3,5, 7-80/22, 7-85/13,6, 7-90/11,5, 7-95/9, 10-85/18, 10-95/12, 10-100/9, Varta 7-180/11,4, Veba 7-180/3,7, 10-180/8,8, VW 4-190/11,2, 4-200/8, 4-210/3, 7-200/12, 7-210/9, 7-220/4,8, 7-230/3, 7-240/1,7, 10-190/20,7, 10-200/18, 10-210/13, 10-240/4, Verkaufsoptionen: AEG 4-110/2,4–2,5, 7-110/3,1 10-95/1, 10-100/1,6, 10-110/4,8, BASF 4-180/1,15, 7-180/20,7, 10-180/3, Bayer 4-190/1,1, 7-190/3, 10-180/1,6, 10-190/5, BBC 10-190/7, BHF 4-270/1,5, BMW 4-340/1, 4-360/2,4, 4-380/5,1, 7-330/3, 7-360/1,8 Commerzbk. 4-170/4, 7-160/2, 7-170/5, 10-170/6,1, Conti 4-120/2, 7-120/3,6, 10-110/1,6, Daimler 7-590/2,5, 7-600/4,5, Deutsche Bk. 4-390/2,6, 4-400/7,7, 7-390/6, 10-380/6,2, Dresdner Bk. 4-190/3, 7-180/1,5, 7-190/5,5, 10-180/2, 10-190/7,4, Hoechst 4-190/2,4, 7-190/3, 10-190/7, Hoesch 7-100/1,2, 10-100/2,5, Karstadt 4-210/4,5, Kaufhof 10-220/15,6, Kloeckner 4-80/1,8, Lufthansa St. 4-180/1,9, 7-180/3,4, Linde 4-400/7,6, 7-400/11, Mannesmann 4-150/2, 7-150/3,9, Schering 4-470/4,4, 10-440/5,05, 10-450/12, Kali + Salz 10-230/3,6, Siemens 4-500/1,1, 4-510/2,2, 4-530/7,8, 4-540/7,8, 4-540/13,5, 7-510/3,4, 7-520/6, 7-530/12, 10-480/4, 10-490/5,1, 10-500/9, 10-510/15, Thyssen 4-90/1, 7-95/3,4, Veba 10-170/3,55, VW 7-180/1,5, 7-190/5, 7-200/8,8, 10-200/12.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8½– 8¾	6 –6¼	5¼–5½
3 Monate	9 – 9¼	6⅛–6⅜	5½–5¾
6 Monate	9¼– 9½	6¼–6⅜	5⅝–5⅞
12 Monate	10 –10¼	6⅝–6⅞	5⅞–5⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1555,00	1955,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	520,00	706,80
1 £ Sovereign alt	224,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	277,02
20 belgische Franken	173,00	225,72
10 Rubel Tscherwonez	233,00	292,98
2 südafrikanische Rand	219,00	271,32
Krüger Rand, neu	993,00	1171,92
Maple Leaf	993,00	1171,92
Platin Noble Man	907,00	1073,88
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	243,00	305,52
20 schweiz Franken „Vreneli"	178,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	228,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	914,00	1105,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	183,00	231,42
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	427,00	520,95
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,2533	3,2803	3,2312	3,20	3,29
London1)	3,591	3,605	3,533	3,53	3,68
Dublin1)	3,106	3,120	3,052	3,02	3,17
Montreal3)	2,4356	2,4435	2,4105	2,38	2,48
Amsterd.	88,265	88,485	88,22	87,25	89,25
Zürich	116,910	117,110	117,050	115,75	118,50
Brüssel	4,981	5,001	4,938	4,85	5,08
Paris	32,695	32,855	32,400	31,75	33,50
Kopenh.	27,955	28,075	27,720	26,75	28,90
Oslo	34,765	34,885	34,325	33,50	35,25
Stockh.**)	35,230	35,390	34,585	34,25	36,00
Mailand2) **)	1,623	1,633	1,592	1,56	1,66
Wien	14,217	14,257	14,214	14,14	14,56
Madrid**)	1,808	1,818	1,797	1,72	1,83
Lissabon**)	1,790	1,810	1,674	1,43	2,25
Tokio	1,2490	1,2510	–	1,20	1,26
Helsinki	47,920	48,120	47,205	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,4340	2,4880	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4742	2,4932	–	2,43	2,53
Johannesbg.*)	1,7305	1,7485	–	1,58	1,88

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Nachdem die FED am Freitagabend überraschend für den Markt Liquidität abgab, entwickelten sich am 11. 2. die amerikanischen Bondmärkte freundlicher und auch die Euro-Dollar-Zinssätze gaben um ⅛ Prozentpunkte nach. Unbeeindruckt davon setzte der US-Dollar seinen Anstieg weiter fort und pendelte bei kleinen Umsätzen zwischen 3,25 und 3,26. Die Bundesbank war lediglich zur amtlichen Notiz kursausgleichend mit einer Abgabe von 11,66 Mill. Dollar im Markt. Das Englische Pfund geriet bereits am Freitagnachmittag wieder in den Abwärtssog und notierte heute um 6,9 Promille niedriger mit 3,598 gegen D-Mark. Auch der Schweizer Franken war gegenüber dem *Dollar weniger wiederstandsfähig als die D-Mark* und notierte heute nur noch mit 117,01. Die EWS-Währungen konnten sich dagegen gut behaupten, lediglich die Dänische Krone wurde minimal schwächer gehandelt. US-Dollar in: Amsterdam 3,6900; Brüssel 65,3475; Paris 9,9465; Mailand 2003,80; Wien 22,87; Zürich 2,7838; Ir. Pfund/DM 3,113; Pfund/Dollar 1,1046; Pfund/DM 3,598.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 11. Februar: In D-Mark 2,22697 (Parität 2,24184); in Dollar 0,683749 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 11. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Wenig Bewegung fand in den Dollar-/D-Mark-Depots statt. Die Pfundabschläge gegen Dollar wurden am 11. Februar deutlich erweitert gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,70/0,60	2,20/2,10	4,50/4,30
Pfund/Dollar	0,49/0,46	1,21/1,16	1,82/1,75
Pfund/DM	2,00/1,60	6,90/5,50	11,30/9,90
FF/DM	19/03	45/29	82/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 2.: Tagesgeld 6,00–6,05 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,80, Rendite 7,04.

Renten weiter abwärts

Beunruhigt über den immer noch steigenden Dollar und in Furcht vor weiteren Bundesbank-Maßnahmen hielt die Abgabeneigung auf dem Rentenmarkt an. Die Großanleger waren auch auf der jetzt erreichten Renditebasis nicht aus ihrer Zurückhaltung herauszubringen. Deshalb kam es in den öffentlichen Anleihen zu Abschlägen, die gelegentlich über einen halben Punkt hinausgingen. Im Pfandbriefbereich werden fünfjährige Titel unter Banken zu Renditen von 7,45 - 7,50 Prozent gehandelt. Mit Sorge sieht man jetzt der neuen angekündigten Bundesanleihe entgegen.

Bundesanleihen

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Bundespost

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Länder – Städte

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Bankschuldverschreib.

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Bundesbahn

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

	11. 2.	8. 2.
M 7 dgl. Pf 20	98,5bG	99G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	99,75	99,75
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
6½ dgl. Pf 37	99,75G	99,75G
8 dgl. Pf 51	100G	100G
Ho5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	99,25G	99,25G
7½ dgl. Pf 87	98,5G	98,5G
6 dgl. KS 29	84,75G	84,75G
7 dgl. KS 30	100,55G	100,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5bG	119,5bG
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	85G	85G
[illegible]		

	11. 2.	8. 2.
D 5 RW Bodencr. Pf C	121,5G	121,5G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 67	89,5G	91G
5½ dgl. KO J+E	120G	120G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 Rhhyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	74,5G	74,5G
7 dgl. Pf 125	100,25G	100,25G
7 dgl. Pf 128	94,5G	94,6G
8 dgl. Pf 177	102,15G	102,15G
6 dgl. KS 77	83G	83G
8½ dgl. KS 110	100G	100G
[illegible]		

Sonderinstitute

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Industrieanleihen

	11. 2.	8. 2.
F 6 Badenwerk 78	97,75bG	97,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,75	100,75
7¼ Cont. Gum. 71	100,9G	101,5
5¾ HEW 62	99,5G	99,5G
7¼ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	220G	220G
7½ Hoesch 71	100,3G	100,3
7½ Karstadt 71	100,6T	100,6
7½ Kaufhof 71	100,3G	100,3G
7¾ dgl. 71	101	101
7½ dgl. 78	101,35G	101,35G
7½ Klöckner W. 71	100,3	100,3
[illegible]		

Optionsscheine

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Optionsanleihen

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Währungsanleihen

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Wandelanleihen

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

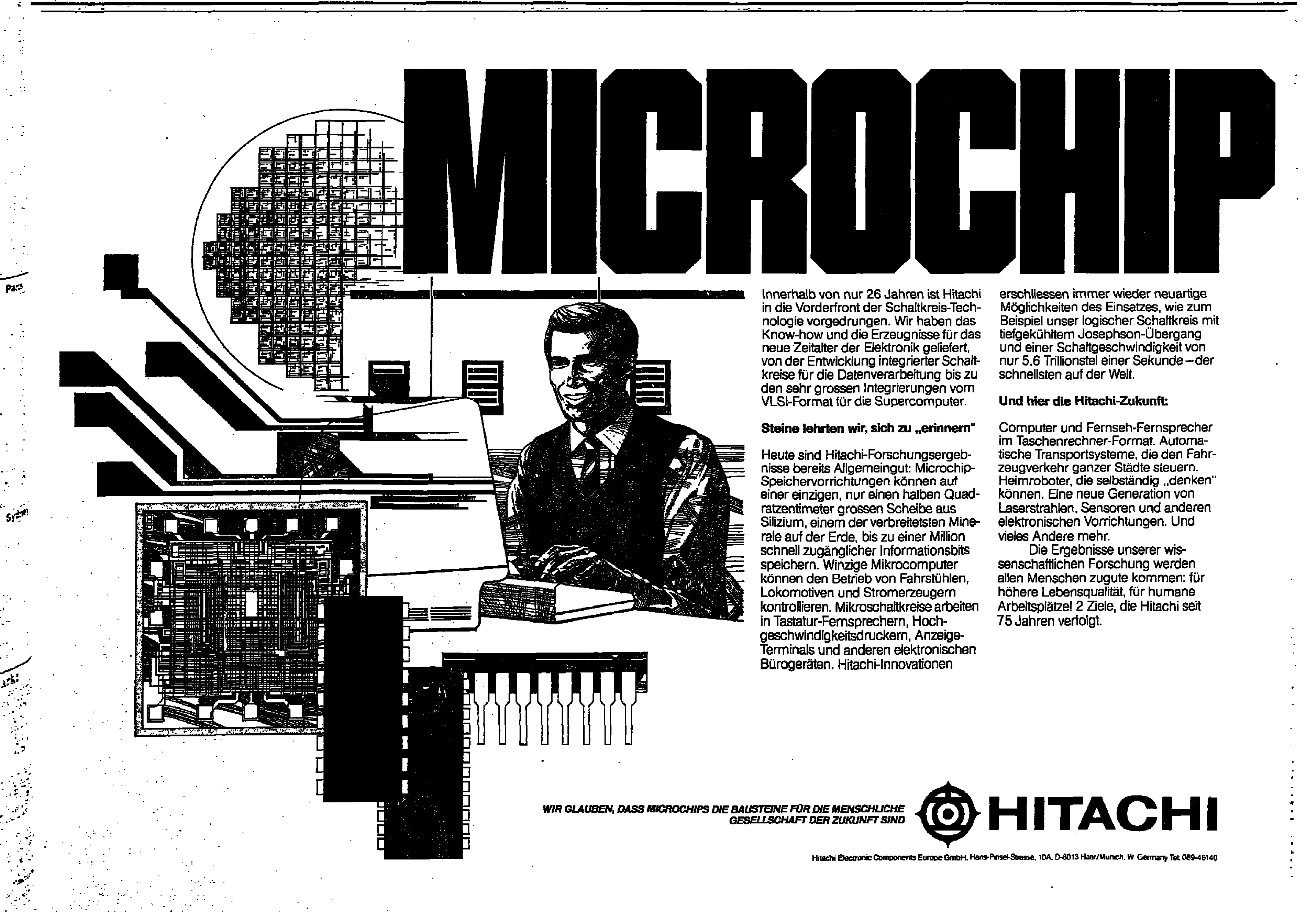
	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Wandelanleihen

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		

Ausländische Aktien in DM

	11. 2.	8. 2.
[illegible]		



Warenpreise – Termine

Bruchteilig fester schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich notierte Silber. Geringe Abschläge in den beiden vorderen Sichten und leichte Gewinne in den darauffolgenden Kontrakten verbuchte Kupfer. Deutlich schwächer wurde Kaffee bewertet. Uneinheitlich tendierte Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	8. 2.	7. 2.
März	357,25	354,00
Mai	348,00	346,25
Juli	338,50	337,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	8. 2.	7. 2.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	252,49	253,14
Amber Durum	241,69	242,59

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	130,40	130,50
Mai	139,50	134,00
Juli	138,50	139,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	135,50	135,90
Mai	133,60	133,80
Juli	132,00	132,10

Hafer Chicago (c/bush)	8. 2.	7. 2.
März	178,50	178,25
Mai	174,25	174,25
Juli	168,50	168,75

Mais Chicago (c/bush)		
März	271,75	272,50
Mai	279,25	279,25
Juli	281,25	281,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 2.	7. 2.
März	137,80	137,70
Mai	137,70	137,50
Juli	135,60	135,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Terminkontr. März	145,75	148,20
Mai	144,30	145,51
Juli	142,75	144,20

Kakao New York ($/t)	8. 2.	7. 2.
Terminkontr. März	2274	2270
Mai	2305	2308
Juli	2303	2290
Umsatz	3500	4665

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,91	4,11
Mai	4,22	4,46
Juli	4,62	4,85
Sept.	4,90	5,13
Okt.	5,10	5,29
Umsatz	22 565	9675

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8. 2.	7. 2.
	3,74	3,77

Kaffee London (£/t) Robusta-	8. 2.	7. 2.
Kontrakt März	2350–2354	2370–2375
Mai	2363–2365	2382–2383
Juli	2382–2385	2402–2403
Umsatz	3804	2206

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2235–2237	2213–2215
Mai	2256–2257	2230–2232
Juli	2227–2230	2211–2213
Umsatz	3596	5278

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	112,60–121,00	116,40
Mai	120,60–120,80	125,00
Aug.	129,60–129,80	133,40–134,00
Umsatz	1922	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 2.	7. 2.
schw. Sarawak spez.	480,00	480,00
weißer Sarawak	700,00	700,00
weißer Muntok	710,00	710,00

Orangensaft New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
März	173,00	171,20
Mai	175,00	172,90
Juni	176,30	174,10
Sept.	174,20	172,40
Nov.	175,50	171,50
Umsatz	750	1200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Südstaaten fob Werk	38,50	38,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	30,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	28,25	28,45
Mai	27,30	27,50
Juli	26,55	26,55
Aug.	25,90	26,05
Sept.	25,60	25,50
Okt.	24,60	24,75
Dez.	23,95	23,90

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	30,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	24,00	–
Chose white hog 4% fr. F.	19,25	–

Talg New York (c/lb)		
top white	19,75	19,75
fancy	19,50	19,50
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	51,10	51,10
April	47,60	47,40
Juni	53,00	52,65

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	70,20	69,67
März	69,95	69,40
Mai	70,90	70,55

Häute Chicago (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	41,00	41,00
Kühe einh. schwere River Northern	39,00	38,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	596,50	598,50
Mai	609,50	611,50
Juli	619,00	621,00
Aug.	620,50	622,00
Sept.	612,00	613,00
Nov.	614,50	615,50
Jan.	627,00	628,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	137,50	138,00
Mai	143,30	143,80
Juli	149,20	149,90
Aug.	151,50	152,50
Sept.	154,00	155,00
Okt.	156,50	157,50
Dez.	161,80	162,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	8. 2.	7. 2.
März	358,50	356,90
Mai	364,60	364,80
Juli	369,40	370,50

Kokosöl New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Westküste fob Werk	37,50	37,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	11. 2.	8. 2.
jegl. Herk. cif	900,00	900,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	595,00	595,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	590,00	590,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	242,00	232,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	790,00	790,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	300,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Kontrakt Nr. 2:		
März	65,65	64,90
Mai	66,65	66,05
Juli	67,50	66,95
Okt.	67,40	67,20
Dez.	67,55	67,35
März	68,65	68,45

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	41,75	41,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	8. 2.	7. 2.
März	509–514	512–513
Mai	523–525	522–524
Aug.	542–544	542–549
Umsatz	33	68

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	8. 2.	7. 2.
März	53,60	53,60
Mai	53,60	53,60
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	8. 2.	7. 2.
März	584,00–585,50	584,00–585,00
Mai	–	–
Okt.	–	–
Umsatz	25	11

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	8. 2.	7. 2.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	8. 2.	7. 2.
Febr.	12 130	12 166
März	12 204	12 230

Kautschuk London (p/kg)	8. 2.	7. 2.
Nr. 1 RSS loco	65,00–71,25	–
März	62,50–66,50	62,50–66,50
Apr.	63,50–67,50	63,50–67,50
Mai	–	64,50–68,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	8. 2.	7. 2.
Febr.	188,00–189,00	186,00–187,50
März	194,50–195,50	192,75–193,75
Nr. 2 RSS Febr.	182,50–183,50	181,50–182,50
Nr. 3 RSS Febr.	179,00–180,00	178,00–179,00
Nr. 4 RSS Febr.	172,00–173,00	171,00–172,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	8. 2.	7. 2.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11. 2.	8. 2.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	365,55–365,73	360,10–360,28
drittfolg. Monat	377,81–377,98	371,89–372,08
Blei: Basis London		
laufend. Monat	122,93–123,11	122,33–122,51
drittfolg. Monat	124,73–124,91	123,78–123,96
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1638,47–164,39	1628,05–1629,87
drittfolg. Monat	1651,09–1652,89	1642,58–1644,39
Zink: Basis London		
laufend. Monat	276,50–276,68	274,43–274,61
drittfolg. Monat	277,58–277,95	274,25–274,43
Produz.-Preis	293,52	292,19
Reinzinn 99,9%	4111–4151	4122–4163

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 2.	8. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	464,14–467,20	462,28–465,37
Blei in Kabeln	130,75–131,75	130,00–131,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	11. 2.	8. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	428–434	427–433
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	466–469	465–467
MS 63	468–474	462–470

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	8. 2.	7. 2.
(Ring./kg)	29,15	25,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 2.	8. 2.
Leg. 225	400–410	400–410
Leg. 226	402–412	402–412
Leg. 231	435–442	435–442
Leg. 233	445–452	445–452

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 2.	8. 2.
Platin (DM je g)	31,05	31,25
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	31 900	31 900
Rücknahmepr.	31 150	31 150
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 050	31 990
Rücknahmepr.	31 260	31 200
verarbeitet	33 620	33 560
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 420	31 360
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	653,40	656,40
Rücknahmepr.	634,40	637,20
verarbeitet	882,10	885,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	11. 2.	8. 2.
10.30	300,00	300,60
15.00	300,15	299,80
Zürich mittags	299,80–300,30	300,20–300,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 250	95 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	550,00	549,50
3 Monate	567,30	566,00
6 Monate	584,70	581,70
12 Monate	616,50	613,40

Platin (£-Feinunze) London	8. 2.	7. 2.
fr. Markt	244,80	245,85
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	114,55	115,75

New Yorker Preise	8. 2.	7. 2.
Gold H & H Ankauf	299,80	301,6[illegible]
Silber H & H Ankauf	606,00	614,0[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	275,00–284,00	275,00–284,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	127,75–128,75	129,50–130,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c Feinunze)		
Febr.	613,20	613,20
März	615,00	615,00
Mai	619,50	620,30
Juli	623,00	624,50
Sept.	632,00	633,00
Dez.	643,60	643,70
Jan.	650,00	659,90
Umsatz	23 000	17 300

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Febr.	60,95	61,05
März	61,20	61,30
April	61,70	61,55
Mai	62,00	62,05
Juli	62,60	62,60
Sept.	63,10	63,10
Dez.	64,00	64,05
Umsatz	11 000	8 000

Londoner Metallbörse

	11. 2.	8. 2.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1014,0–1014,5	995,00–996,00
3 Monate	1048,0–1048,5	1025,0–1025,5
Blei (£/t) Kasse	341,00–341,50	339,00–340,00
3 Monate	346,00–346,50	344,00–344,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1266,5–1267,5	1253,0–1253,5
3 Monate	1288,5–1289,0	1273,5–1274,0
abends Kasse	–	1247,0–1248,0
3 Monate	–	1269,5–1270,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1263,0–1267,0	1242,0–1245,0
3 Monate	1285,0–1287,0	1264,0–1265,0
Zink (£/t) Kasse	767,00–767,50	754,50–755,50
3 Monate	770,00–771,00	757,00–757,50
Zinn (£/t) Kasse	9955–9960	9935–9945
3 Monate	9955–9960	9920–992[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70–75

Völlig unerwartet verstarb am Samstag, dem 9. Februar 1985, unser Geschäftsführer, Herr

Martinus Nagtegaal

im Alter von 59 Jahren.

Fast 40 Jahre im Dienste unserer weltweiten Organisation in mehreren Ländern, war er zuletzt drei Jahre für unsere Aktivitäten in Deutschland verantwortlich.

In dieser Zeit hat er unser Unternehmen mit Tatkraft und Umsicht zu weiteren Erfolgen geführt.

Dafür danken wir ihm.

Sein Ableben bedeutet für unser Unternehmen einen großen Verlust. Er wird uns immer in Erinnerung bleiben.

Naarden International Deutschland GmbH
Geschäftsleitung und Belegschaft

Naarden International NV, Naarden/Holland
Vorstand und Aufsichtsrat

Trauerfeier am Donnerstag, dem 14. Februar 1985, um 12.00 Uhr in Utrecht/Holland im Krematorium Daelwijck, Aula 1.

✝

Unsere geliebte fröhliche Tochter und Schwester

Sabine Boehm

* 9. Juli 1959

ist am 5. Februar 1985 in den Bergen bei Kühtai/Tirol tödlich verunglückt.

Elisabeth und Hans-Joachim Boehm
Susanne, Raimund, Matthias

1000 Berlin 39, den 7. Februar 1985, Stimmingstraße 5

Das Requiem ist am Freitag, dem 15. Februar 1985, um 8.45 Uhr in der Kirche St. Michael, Berlin-Wannsee, Königstraße 43.
Die Beisetzung findet im Anschluß auf dem nahe gelegenen Friedhof Friedenstraße 14 statt.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachs, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; *Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut* Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 27 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, *Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71*

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der *Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf*, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der *Baden-Württembergischen Wertpapierbörse* zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Traum vom Schnäppchen

P. D. – Als „Entwurf zur Archäologie einer Leidenschaft" versteht sich der Band „Bücherfreunde – Büchernarren" von Johannes Willms (Otto Harrassowitz, Wiesbaden, 228 S., 22,80 Mark). Der Autor hat mit großem Fleiß eine Menge Geschichten und Geschichtchen über die fanatischen Büchersammler gesammelt. Er erzählt von der aufreibenden Jagd nach den Raritäten, zuerst, um sie zu lesen, später, um mit ihnen zu prunken.

Da aber nicht nur Bücher ihre Schicksale haben, bietet sich dem Autor (und dem Leser) in der Beschreibung vom Entstehen und Vergehen berühmter Bibliotheken ein reicher Stoff dar. Man lernt die Bücherleidenschaft Petrarcas und Boccacios kennen, begegnet dem Poggio Florentinus und Jean Grolier, der vor allem wegen der kostbaren Einbände den Bibliophilen zu einem Idol wurde. Man erlebt das zweihundertjährige Wachstum der Bibliotheca Thuana und ihr – wie vieler anderer Bibliotheken – Ende in der Französischen Revolution. Danach sind es dann die Fanatiker, die bei den Bouquinisten am Seine-Quai auf unschätzbare Trouvaillen hoffen.

Johannes Willms kommt vor allem in diesem Kapitel auf die sich stets erneuernden Legenden und Klagen der Büchernarren zurück. Das sind die Legenden vom Fund eines ganz raren, teuren Werkes, das irgend jemand bei dem unwissenden Händler für wenige Sous, Cents oder Pfennige erwarb – nur daß man diese Geschichte nie selbst erlebt hat, sondern lediglich aus zweiter, dritter Hand kennt. Und es sind die Klagen, daß heutzutage der Markt verwahrlost, überteuert und so durchforstet sei, daß Gutes kaum zu entdecken und noch weniger zu bezahlen wäre. Das referiert der Autor nicht ohne eine gewisse Süffisanz.

Wenn er jedoch dann zum Schluß kommt, „habent sua fata libelli" überschrieb er das letzte Kapitel, dann liest man: „Denn nicht allein die horrenden und immer weiter steigenden Preise, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und den USA für alte Bücher gezahlt werden müssen, lassen die Aussichten auf eine ideale Erfüllung der Buchleidenschaft heute immer illusionärer erscheinen, sondern vor allem auch die mit den steigenden Preisen in einem ursächlichen Zusammenhang stehende Tatsache eines qualitativ wie quantitativ immer geringer werdenden Angebots an alten Büchern."

Opernpremieren in Deutschland: Händels „Messias" in Berlin, Nonos „Intolleranza" in Hamburg

Ein Schwert gegen die Maulwürfe

Bühne, Chor und Orchester scheinen in ein riesiges Schmetterlingsnetz geschlagen. Ein Portalschleier überspannt die Musik. Frei vor aller Augen am Rand des Orchestergrabens liegt nur ein schmaler Laufsteg, auf dem gemessenen Schritts, von kräftigen Flügelträgern begleitet, gelegentlich ein singender Engel wandelt. Er trägt ein mächtiges Schwert. Doch seltsamerweise: Gegen Achim Freyer erhebt er es nicht.

Der Maler und Regisseur Achim Freyer hat anläßlich des 300. Geburtstags von Händel in der Deutschen Oper Berlin den „Messias" in Szene gesetzt, mit Abstand das bühnenabweisendste aller Händelschen Werke. Aber gerade das mochte Freyer, den visionsmächtigen Experimentator, wohl locken.

Bislang hat man freilich dem „Messias" nicht nachsagen können, daß er schwer zu begreifen sei, mißverständlich oder gar unverständlich. Auch nicht, daß er in Rätselzungen daherrede. Er sang seit je seine Heilsgewißheit in aller Klarheit heraus, glaubensstolz, glaubensfroh, glaubenssicher. Das alles ist Achim Freyer wohl nicht. Wenn am Schluß voller Gottvertrauen das große Amen erklingt, fällt bei Freyer der Bühnenschleier urplötzlich nieder und gibt den Blick frei auf eine mausgraue Maulwurfsgesellschaft mit Bunkergepäck. Gegen Freyers Pessimismus, dem keine einzige Note bei Händel die Antwort gibt, ist offenbar kein Kraut und kein Engel gewachsen.

Die Augen gehen bei Freyer auf seltsame Pilgerfahrt. Über zweieinhalb Stunden der „Messias"-Musik spinnt Freyer seine bunten Visionen, teils mit Gewaltsamkeit, mitunter aber auch mit stiller Gewalt. Aber selbst beides vereint führt eher von Händel weg. Was aber auch hätte zum „Messias" schon hinführen können? Er trägt sein musikalisches Reich in sich selbst. Jede szenische Annäherung gleicht einem Einbruch, mit dem der Einbrecher freilich selbst mächtig einbrechen kann.

Das tut Freyer nicht. Auch die ihm eigene Bildmacht ruht in sich selbst, ist in sich stichhaltig und originär, aus wieviel Quellen sie auch immer sich speist. Freyer ist deutlich mit großem Ernst bei der heiligen Sache. Er geht sie an ohne jeden Anflug von Frömmelei. Er betet nicht nach. Er erfindet. Er setzt seine Bildphantasie wirklustig der Händels entgegen. Er ergeht sich freilich gern in hochtechnisierten Rebus-Rätseln. Ständig baut er wie mit aufgekrempelten Ärmeln hochkompliziert an Händels einfacher Botschaft herum. Hier stehen seine Bilder oft sinnverwirrend und übereifrig im Wege, statt ihr optisch dienstbar zu sein. Das ist es: Freyer, Händels Mündel, will wieder mal Vormund sein.

Dabei gelingen vor allem im zweiten Teil beklemmende Bilder von oft atemberaubender Größe. Das riesige, schwarz verhüllte, auf dem Boden liegende Kreuz, aus dem nur das sich in Schmerzen windende Haupt des Erlösers wächst, die weit ausgreifenden, beinahe die Szene überspannenden Kreuzarme, aus denen die armen, gepeinigten Hände des Heilands ragen, sprechen stumm ihre hochexpressive Sprache. Grünewald ist nahe mit dem ragenden Fingerzeig des Propheten; mit der ausgerenkten Klagegeste der Gottesmutter.

Daneben aber gefällt sich Freyer auch in viel szenischer Verlustierung, die an „Alice im Wunderland" und das imperiale England eher erinnert als an das Händels. Am Ende segelt denn auch die Picknick-Familie der viktorianischen Freizeitgesellschaft in Tüllkleid und Blumenhut unter engelhafter Galionsfigur von weißen Wellen umschäumt in die Heilsgewißheit hinein.

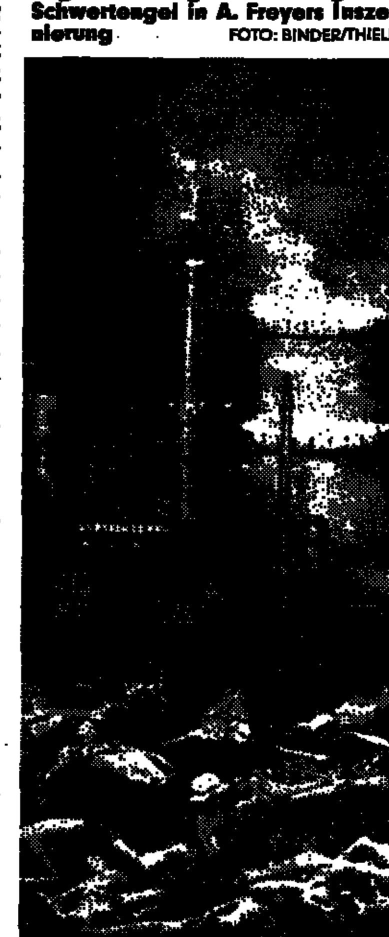
Gegen so viel Durcheinanderschwappen der Zeiten errichtet Christopher Hogwood am Pult eine musikalische Mauer, die nur Händels originale Bausteine nutzte. Hogwood verteidigt den Meister musikalisch geradezu mit Zähnen und Klauen. Das Orchester artikuliert Händel mit Sorgfalt und Sachverstand. Nichts wird zur Gewaltigkeit aufgebläht. Dem Größenwahn wird Paroli geboten, unter dem Händel im 19. Jahrhundert ausdauernd litt. Der szenische Größenwahn dagegen, den sich erst unser Jahrhundert erdachte, schießt dagegen noch immer ins Kraut.

Der von Marcus Creed einstudierte Chor sang prachtvoll, wenn auch weitgehend unverständlich. Von den Solistinnen profilierte sich Cheryl Studer am stärksten mit einem klar zeichnenden, sicher geführten Sopran. Ruthild Engert quälte sich mit mangelnder Altistinnentiefe. Angela Dennings Singen schwankte, verständlicherweise, etwas unsicher den schmalen Laufsteg entlang. Peter Seiffert sang glänzend den Tenorpart, Harald Stamm war der erste Bassist unter den Engeln. Am Ende Jubel für Händel. Für Freyer der Teufelsschrei.

KLAUS GEITEL



Händels „Messias" im Schmetterlingsnetz: Angela Denning als Schwertengel in A. Freyers Inszenierung FOTO: BINDER/THIELE



Passionsdrama: Szene aus der Hamburger Aufführung von Luigi Nonos Oper „Intolleranza" FOTO: FRITZ PEYER

Der Totentanz im roten Giftqualm

In Hamburgs Staatsoper, die nach dem Abgang von Kurt Horres nun wieder auf Zeit von Rolf Liebermann regiert wird, halten zur Zeit die Wasserexperten das Zepter in der Hand. Wie schon für Pina Bauschs „Arien" hat man nun auch für Nonos szenische Aktion „Intolleranza" die Bühne in ein Planschbecken umfunktioniert, das sich je nach librettistischer Vorgabe in Swimming-pool, Tanzboden, Spül- oder Totenfeld zu verwandeln hat, aus dem zum Finale jedoch noch einmal hoffnungsvoll neues Leben sprießen darf. So programmatisch, als sei hier allen Bürgerprotesten zum Trotz doch noch Beuys zum Zuge gekommen, der ja bekanntlich Hamburgs Hafenschlammgefilde mit einer kostspieligen Pflanzaktion in holde Natur verwandeln wollte. Nun grünt's so grün im Bühnenschlick.

Fünfundzwanzig Jahre alt ist Luigi Nonos Passionsdrama „Intolleranza" inzwischen. Mit der von harschen Polittumulten akkompagnierten Uraufführung 1961 in Venedig bringt Hamburg das von einem belgischen Grubenunglück, Algerienkrieg und Po-Überschwemmung inspirierte Klagelied nun zum fünften Male auf die Bühne, was natürlich Fragen nach der Aktualität, der überzeitlichen Gültigkeit aufwirft. Vermag uns Nonos klangschöner und klangschriller Appell an die Menschlichkeit auch anno 1985 noch erschüttern, da wir von Bildern des Grauens in Kino, Fernsehen und Illustrierten längst abstumpfend überflutet sind? Halten Materialien und Faktur der „Intolleranza"-Partitur der Prüfung nach einem Vierteljahrhundert stand?

Wie kritisch man auch immer die zwischen Partitur und Libretto aufbrechenden Widersprüche sehen mag, Nonos subtile und leidenschaftliche Orchester-, Chor- und Sängersprache hat ohne Zweifel ihre schmerzlich beißende Stoßkraft nicht verloren. Es ist Musik von scharfem Suggestionsvermögen, bestechender Originalität. Daß Nono, der erklärte Kommunist, sich von vornherein jeden billigen Rückgriff auf Praktiken des „sozialistischen Realismus" versagt hat, den ihm die Politparolen des Librettos suggeriert haben müssen, hat die Lebenschancen seiner Musik gewiß erhöht. Von den Polen eines mit grell-giftigen Bläser- und Schlagzeugattacken einherfahrenden dramatischen Bruitismus hat sich Nonos Partitur ihre bewegende Klarheit und zupackende Lebendigkeit bewahrt.

Es ist das große, entscheidende Verdienst der neuen Hamburger „Intolleranza", daß sich Hans Zender vornehmlich dieser – wie er es sehen will – mediterranen Klarheit, der quasi apolitischen Einfachheit und geistigen Leuchtkraft der Nonoschen Sprache verpflichtet gefühlt hat, die er im Programmheft auch ausdrücklich als Rechtfertigung für die Wiederbelebung dieses frühen Nono heranzieht. Zender jedenfalls ist an der Spitze der Philharmoniker, des Staatsopernchores, der wie die Schlagzeuger mit ihm in Direkt-TV-Kontakt über Lautsprecher zu hören war, und der insgesamt eindrucksvollen Solisten William Cochran, Slavka Taskova und Gabriele Schnaut ein höchst kompetenter wie auch engagierter Anwalt.

Nicht vom gleichen Glück beflügelt war dagegen die szenische Realisation des Trauer- und Proteststükkes, dessen Libretto bereits allerhand Fallstricke birgt. Ist doch die Fabel vom malträtierten Gastarbeiter, der sich auf den Weg in seine Heimat macht, unterwegs in eine Demo gerät, verhaftet und in ein KZ gebracht wird, fliehen kann und schließlich in sein von wüster Überschwemmung heimgesuchtes Land zurückkehrt, mit ihren vielen Politparolen und fleischlosen Botschaften ohne rechten dramaturgischen Elan.

In Hamburg suchte Bremens neuer Schauspielchef Günter Krämer, gottlob ohne einseitig politische Partei zu ergreifen, das Stationengeschehen als Parabel zu sehen. Nach einem schlüssigen, in lebende Bilder aufgesplitterten ersten Teil fand er jedoch dann nur noch geschmäcklerische Pointen. Erwachsene, die sich in besagtem Wasserbecken auf Luftmatratzen rekeln, Kinder, die in Bikini und Badeslip über die Bühne stolzieren und sich nach dem Reaktorunfall in bodengymnastischen Übungen vergiftet von der Bühne wälzen, Paare mit Friedenstaube auf der Hand, gasmaskenbewaffnete Männer, die auf allen vieren als Höllenhunde fungieren: In solch vordergründiger, modischer Verpackung können Nonos Grauensvisionen von Folter, Mord und Atomtod nicht wirklich schrecken, auch wenn noch soviel roter Giftqualm die von Andreas Reinhardt entworfene Reaktoranlage umschwebt.

Von einigen einsamen Buh-Rufern abgesehen, nahm das Premierenpublikum den leicht konsumierbaren Schrecken mit Beifallsfreude hin.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Druck auf jüngere Autoren in der „DDR"

dpa, Berlin

Eine Reihe jüngerer „DDR"-Autoren ist nach Angaben informierter Kreise in Ost-Berlin in jüngster Zeit vor möglichen künftigen Konsequenzen bei Veröffentlichungen im Westen gewarnt worden. Sie seien vom Büro für Urheberrechte, das dem Kulturministerium untersteht, nicht nur darauf hingewiesen worden, daß solche Veröffentlichungen grundsätzlich genehmigt werden müßten. Vielmehr sei versucht worden, die angesprochenen Autoren zum generellen Verzicht auf Publikation im Westen zu bewegen.

Brecht-Ehrungen in Augsburg und Berlin

dpa, Augsburg/Berlin

Umrahmt von Leierkastenmusik und in Anwesenheit seines Bruders Walter und seiner Tochter Hanne Hiob wurde in Augsburg das renovierte Geburtshaus des Schriftstellers Bertolt Brecht als Gedenkstätte eröffnet. Neben der Eingangstür des Handwerkerhauses in der Altstadt, wo Brecht vor 87 Jahren zur Welt kam, enthüllte Oberbürgermeister Hans Breuer eine Gedenktafel. – Mit einer Ehrung Bertolt Brechts an seinem Grab haben die diesjährigen Brecht-Tage in Ost-Berlin begonnen. Sie sind dem Thema „Brecht und die Ästhetik" gewidmet.

Spoleto zieht groß seinen Karneval auf

SAD, Spoleto

Spoleto wollte sich nicht mehr damit zufriedengeben, elf Monate lang dahinzuschlummern, um erst im zwölften durch „Festival zweier Welten" zu explodieren. „Ganz groß" organisierte die Stadt in diesem Jahr ein Karnevalsfest, das am Wochenende begann, zwölf Tage andauern wird und sich mit dem venezianischen Karneval, der im vergangenen Jahr mit 500 000 Teilnehmern fast aus den Nähten platzte, messen können will.

Reuter-Manuskript für die Literaturwissenschaft

dpa, Bonn

Das vor 110 Jahren nach New York verschenkte Buchmanuskript „Kein Hüsung" des mecklenburgischen Schriftstellers Fritz Reuter (1810–1874) steht jetzt erstmals der Literaturforschung zur Verfügung. Der amerikanische Besitzer, ein Fritz-Reuter-Altenheim im US-Bundesstaat New Jersey, überließ dem privaten Reuter-Literaturarchiv (Bonn) eine Kopie der 1875 von der Witwe des Dichters dem „Plattdeutschen Volksfest-Vereen" von New York gestifteten Originalhandschrift.

Europa-Orchester unter Abbado in den USA

AP, Washington

Mit einem Konzert im Kennedy-Center hat das Europäische Kammerorchester in Washington sein Debüt gegeben. Das Orchester, das aus ehemaligen Mitgliedern des Jugendorchesters der Europäischen Gemeinschaft besteht, wurde von Claudio Abbado geleitet. Er berichtete bei dieser Gelegenheit, daß das Europäische Orchester vor vier Jahren für Mitglieder des EG-Jugendorchesters gegründet worden sei, die wegen Überschreitung der Altersgrenze von 23 Jahren dem Jugendorchester nicht mehr angehören könnten.

Mendelssohn-Preise für zwei Japanerinnen

kar. Berlin

Zwei junge Japanerinnen, die in Freiburg i. Br. studieren, sowie das „Mannheimer Streichquartett" der Staatlichen Hochschule für Musik in Stuttgart gewannen in Berlin den Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Preis. Die 26jährige Geigerin Midori Goto-Schicht und die 28jährige Pianistin Hitomi Narukama studieren seit 1983 in Freiburg und treten seither als Duo auf. Das ausgezeichnete Streichquartett besteht aus Alfred Oppelcz und Susanne Hohorst (Violine), Ulrich Knörzer (Bratsche) und Armin Fromm (Cello).

Max Slevogt und Coopers Lederstrumpf

epl. Mainz

Max Slevogts Illustrationen zu James Fenimore Coopers „Lederstrumpf"-Erzählungen sind 1909 als erster Band der Pan-Presse bei Paul Cassirer in Berlin erschienen. Die ungemein lebendigen 312 Lithographien haben bis heute nichts von ihrer ursprünglichen Faszination verloren. Das beweist die Ausstellung des Mittelrheinischen Landesmuseums Mainz mit Originaldrukken aus der Max-Slevogt-Galerie von Schloß „Villa Ludwigshöhe", Edenkoben. Die Ausstellung wird von einem vorzüglich gedruckten Katalog begleitet. Mit ihm beginnt die Slevogt-Galerie eine Ausstellungs- und Publikationsreihe zum druckgrafischen Werk des Künstlers (bis 31. 3. 85; Katalog 30 Mark).

Doppelgriffe des großen Tragöden: Zum Tode des Schauspielers Werner Hinz

Herrliche, närrische, sinnige Tollerei

Sein reiches Bühnenleben umfaßte fast unser ganzes Jahrhundert. Er war geboren, 1903, in Lankwitz bei Berlin. Den Tonfall seiner Heimatstadt hat er nie ganz aus seiner sonoren Stimme tilgen können, wollte er auch gar nicht.

Er besuchte, blutjung noch, Max Reinhardts Theaterschule. 1922 stand er auf der Bühne des ruhmreichen Deutschen Theaters. Er fiel sofort auf. Er spielte den Melchior in Wedekinds „Frühlingserwachen". Grete Mosheim war seine Wendla. Zwei Jahre blieb er in Reinhardts strahlendem Ensemble.

Auf Umwegen durch die Provinz, wo er auch als Buffo und Opernheld sich bewähren mußte, kam er an das damals äußerst lebendig-fortschrittliche Theater von Darmstadt. Dort spielte er unter vielen Rollen auch den Mackie Messer. Er muß herrlich gewesen sein in dieser Rolle. 1932 fand er zum ersten Male in die Stadt, die bis zum Ende seine künstlerische Heimat geblieben ist, nach Hamburg ans Deutsche Schauspielhaus.

Hier hat er – mit Unterbrechungen – alle seine großen Rollen abgeliefert. Er war Kleists „Prinz von Homburg". Er hat unter Jürgen Fehlings großer Hand mehrere große Rollen geformt. Er gehörte bis zum Ende zum festen Bestand des besten Hamburger Theaters.

Er war, gleich nach Kriegsende in Berlin, wieder am Deutschen Theater. Dort stand er, unvergeßlich!, als der pfiffig-dumme Feldprediger in der deutschen Erstaufführung der „Mutter Courage", die Brecht selber zum ersten Male in Deutschland inszenierte.

Er hat – unter dem strengen Fritz Kortner – dann wieder Strindbergs „Vater", wiederum in Hamburg, verkörpert. Gründgens holte ihn sofort in sein hochbestücktes Ensemble, als er das Deutsche Schauspielhaus an der Elbe übernahm. Hinz spielte den Jago mit einer wunderbaren tückischen Insistenz. Er alternierte als Mephisto mit G. G. selber und reiste mit dieser denkwürdigen Aufführung von Moskau bis nach New York.

Hinzens Rollenweite war immer erstaunlich. Er war Lessings Tellheim in der „Minna von Barnhelm", aber bald auch der weise Prospero in Shakespeares „Sturm". Er hat in mehreren kalten Rollen von Sternheim brilliert und konnte gleich darauf einen der besten Malvolios in „Wie es euch gefällt" abliefern. Er stand bedrohlich in Barlachs großen Stücken und erfüllte dann wieder souverän die Leichtigkeit und die Eleganz der literarischen Ausgeburten von Giraudoux. Er übersprang souverän alle „Fächer". Ein Darsteller von überraschendem Erfindungsreichtum. Seine Neugier auf Spielfiguren schien unersättlich. Er ruhte auf keiner seiner zahllosen Paraderollen aus.

Er konnte, scheint's, alles. Er konnte wie kaum einer sonst die Narren bei Shakespeare tollen lassen. Aber er konnte auch in „Charley's Tante" sinnvoll und rasend komisch tollen. Er hat die Weisheit des „Nathan" ausgekostet wie kaum einer seiner Generation und eroberte sich sogar mit seinem sensationellen „Köpenicker Hauptmann" die Theaterstadt Wien.

Sein Geheimnis war wohl, daß er jedesmal (ob in der freudigen Klamaukposse oder in der todernsten Tragödie) – daß er jedesmal die Kehrseite der jeweiligen Bühnenfigur deutlich mitspielen konnte. Er hatte den heimlichen Doppelgriff, den nur die großen Darsteller bedienen können. Er war ein so exakter Zauberer, und er strömte Tragik wie Komik scheinbar mühelos aus. Er hat es zuletzt noch in dem russischen Greisenstück, „Einmal Moskau und zurück", in Hamburgs Kammerspielen bewiesen.

In den dreißiger und vierziger Jahren war ihm eine bedeutende Filmlaufbahn beschieden. Die hat ihn aber, einen so besessenen Bühnenschauspieler, nur immer geringfügig interessiert. Er hat dem großen Fernsehvolk hin und wieder (besonders in der berlinischen Altersstudie „Der Zausel") einen Begriff davon gegeben, was auch auf dem Bildschirm eine darstellerisch bewegende, herrlich komödiantische Harke sein kann.

Er war mit Ehmi Bessel fast ein halbes Jahrhundert in einer vorbildlich glücklichen Künstlerehe verbunden. Ihre drei Kinder sind inzwischen längst in ihre künstlerischen Stapfen getreten. Hinz starb vorgestern im Israelischen Krankenhaus zu Hamburg, der Stadt seiner Liebe und seiner größten Erfolge.

Mit dieser raren und wunderbaren Erscheinung tritt nun wieder einer der beständig Großen von der deutschen Bühne ab. Werner Hinz bleibt unersetzbar.

FRIEDRICH LUFT



Er konnte ganz einfach alles: Der Schauspieler Werner Hinz, der jetzt im 82. Lebensjahr in Hamburg starb FOTO: CHRISTA KUJATH

Experimentierbühnen in der „DDR": Das Dessauer „theater im bauhaus"

Mit der Galgentoni himmelwärts

Fast alle der etwa 70 Theater der „DDR" haben sich in den letzten Jahren in oder außerhalb ihrer Häuser eine zweite Spielstätte eingerichtet für Aufführungen der kleinen Form: Einakter, Zwei-Personen-Stücke und szenische Lesungen. Vom Publikum werden die „Foyertheater", „Theatercafés" und „Studio"-Bühnen wegen ihres intimen Charakters und ihres Angebots an Stücken mit experimenteller Tendenz besonders geschätzt.

Mehr als 200 Vorstellungen zusätzlich zum Spielplan des großen Hauses bot beispielsweise das Ensemble des Landestheaters Dessau in der vergangenen Theatersaison auf den kleinen Bühnen im „theater im bauhaus" und im „Studio 30". Damit wurden von den Theaterkünstlern bescheidene Bühnenexperimente gewagt. „Wir betrachten die Arbeit auf den kleinen Bühnen nicht nur als Service für die Besucher, sondern auch als Herausforderung an Schauspieler und Regisseure", erklärte der Leiter des Dessauer Schauspielensembles, Adolf Loose.

So wurden in den letzten sieben Jahren 17 Inszenierungen in den beiden Studiobühnen herausgebracht, darunter ein vielfältiges Brecht-Programm, aber auch „DDR"-Gegenwartsstücke. Als Konzession an die SED-Funktionäre führten die Bühnen mehrere sowjetische Theaterstücke auf, die jedoch beim Publikum auf wenig Interesse stießen. Besonders gefragt waren und sind Borcherts „Draußen vor der Tür", „Biedermann und die Brandstifter" von Max Frisch, „Himmelfahrt der Galgentoni" von Kisch sowie das Gegenwartsstück „Guten Morgen, du Schöne" der 1977 verstorbenen „DDR"-Autorin Maxie Wander.

Die Möglichkeit, in unmittelbarem Kontakt mit den Schauspielern Kunst zu genießen, wird von den Zuschauern immer dann lebhaft wahrgenommen, wenn Stücke westlicher Autoren auf dem Programm stehen. Dieses Interesse geht auch darauf zurück, daß nach den Vorstellungen Gelegenheit zu Gesprächen mit den Theaterleuten gegeben ist.

Fast 35 000 Besucher kamen in den vergangenen sieben Jahren zu Aufführungen des „theaters im bauhaus", das demnächst auch das Musiktheater in die Arbeit einbeziehen möchte. 160 Zuschauer finden hier Platz. Die Bühne – mit verschiebbarer Rückwand – in der Aula des heutigen wissenschaftlich-kulturellen Zentrums war in den 20er Jahren für richtungweisende Experimente genutzt worden; hier hatten Gret Palucca getanzt und Béla Bartók musiziert.

An diese Tradition möchten zwar die Dessauer Theaterkünstler anknüpfen, aber die SED setzt der Probierfreudigkeit eine klare Grenze, so daß das „theater im bauhaus" und das „Studio 30" bislang auf manches geplante Theaterexperiment verzichten mußten. Die SED-Kritik richtet sich vor allem gegen moderne westliche Stücke und einen sogenannten „formalistischen Inszenierungsstil".

Die um ein künstlerisches Profil bemühten kleinen „DDR"-Bühnen befinden sich in einem permanenten Kampf mit den SED-Zensoren. Der zudem häufig genug verlorengeht. So mußte die Leitung des Landestheaters Dessau wieder einmal nachgeben und das entsetzlich langweilige Agitpropstück „Salut an Alle. Marx." auf den Spielplan des „theaters im bauhaus" setzen.

HARALD BUDDE

Die Originale sind äußerst selten – Hannover zeigt „Die Kunst der Comics"

Viele Hände dienen Donald Duck

Chaos und Gemütlichkeit, komische Verwicklungen, heroische Taten und schließlich ein Happy-End, das sind ein paar der wesentlichen Zutaten der Comic-Strips, die längst auch in deutschen Landen populär sind. Aber ein Comic-Land ist Deutschland noch nicht. Das belegt die Ausstellung „Die Kunst der Comics" im hannoverschen Wilhelm-Busch-Museum. Da sind von deutschen Serien lediglich ein paar Zeichnungen des Hör-zu-Mecki und von Jimmy und seinem Gummipferd zu sehen (während Nick Knatterton fehlt).

Comics sind ein Massenprodukt. Deshalb ist Vollständigkeit für Sammler oder Museen nicht zu erzielen. Und da diese Zeitungskunst zum schnellen Verbrauch bestimmt war, wurden die Originale und Druckvorlagen nur selten aufbewahrt. Deshalb ist es erstaunlich, was ein Privatmann, auf dessen Sammlung die Ausstellung im wesentlichen beruht, trotzdem alles zusammengetragen hat.

Windsor McCays „Little Nemo" ist zwar nur mit zwei vergilbten Zeitungsseiten dabei, aber von den „Katzenjammer Kids", „Krazy Kat" oder dem Kater Felix sind Originale zu sehen. Wie alle Reinzeichnungen sind sie erheblich größer als die Streifen in den Tageszeitungen oder in den Sonntagsausgaben.

In Hannover finden sich die meisten Protagonisten des Comic versammelt: Tarzan und Prinz Eisenherz, Poggo und Bugs Bunny, Beetle Bailey, die Peanuts und viele andere. Hier kann man die verschiedenen Hände vergleichen, die Donald Duck und seine Sippschaft in schwierige Situationen trieben (und da ist ausnahmsweise auch einmal ein erster Seitenentwurf mit Bleistift auf gelbem Papier von Tony Stroble zu sehen). Oder man kann sich ausdenken, was die Figuren bei Disney oder auch bei anderen Streifen wohl zu sagen haben, weil die Sprechblasen noch leer und wortlos sind.

Auf seine Vorstellungskraft (oder seine Sprachkenntnisse) ist der Besucher sowieso angewiesen, denn Übersetzungen der englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Streifen werden ihm nicht geliefert. Die Beschriftung beschränkt sich auf ein paar knappe Angaben zur Serie und gelegentlich zum Zeichner. Und die Auswahl insgesamt begnügt sich mit den „seriösen" Comics von den Grotesken über Abenteuer, Krimi, Fantasy bis zur gemütvollen Comic-Soap-Opera.

Die sogenannten Underground-Comics (die sich längst schon zu einem gut florierenden Geschäftszweig entwickelt haben) bleiben ausgespart. Aber vermißt werden sie vom Publikum kaum, das in diese Ausstellung strömt wie bei keiner anderen zuvor im Wilhelm-Busch-Museum (bis 24. Febr.; Katalog 20 Mark.)

PETER DITTMAR

Impf-Aktion erzwingt Pause im Bürgerkrieg

Erfolg in El Salvador macht Unicef Mut für neue Pläne

In New York, dem Sitz der Unicef, herrscht Genugtuung über eine einmalige Hilfsaktion. Nachdem es in der vorletzten Woche, wie sich jetzt abzeichnet, gelungen ist, sämtliche Kinder in dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten El Salvador gegen die fünf schwersten Krankheiten zu impfen, schöpft man Mut für ähnliche Aktionen in anderen Teilen der Welt.

Es war wohl das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, daß ein Bürgerkrieg unterbrochen wurde, um Kindern eine Chance zu geben. In einer *beispielhaften Aktion wurden* am vorletzten Sonntag nahezu sämtliche Kinder der mittelamerikanischen Republik, annähernd 400 000, gegen die fünf Geißeln – Masern, Keuchhusten, Diphterie, Kinderlähmung und Tetanus – geimpft.

Möglich wurde die Massenkampagne, die von Unicef, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, initiiert worden war, durch den Einsatz und die Kooperation aller Kräfte im Land. Präsident José Napoleon Duarte hatte sich persönlich an die Spitze der Aktion gestellt und am Morgen in seiner Residenz demonstrativ ein Kind auf seinem *Schoß* impfen lassen. Um die Waffenruhe zu ermöglichen und auch den Kindern in den umkämpften Gebieten die Impfung zugänglich zu machen, nutzte die katholische Kirche ihren Einfluß. Mit Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes konnten die Kinder in 29 von 33 Kon*fliktzonen* erreicht werden. Mit Hubschraubern wurden die Ärzte in unwegsames Gelände eingeflogen.

In einer beispiellosen Medienkampagne strahlten Fernsehen und *Radio seit dem 20. Dezember 1984* insgesamt 11 816 Spots aus. Die Zeitungen berichteten täglich. Eine Mil*lion Handzettel, 30 000* Broschüren und 10 000 Poster wurden verteilt, Dia-Reihen produziert, die die Eltern über die Bedeutung der Impfungen aufklären sollten.

In den Kirchen predigte man, es sei Christenpflicht, die Kinder impfen zu lassen. Das Gesundheitsministerium organisierte Trainingskurse für 18 000 Menschen, die für die Impfungaktion benötigt wurden. 500 Helfer wurden ausgeschickt. Sie sollten jeden einzelnen Haushalt aufsuchen, Eltern für die Kampagne gewinnen und die Kinder zählen.

Unicef und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatten 17 Berater *ins Land geschickt, um die Kühlkette* aufzubauen, die es ermöglichte, 1,5 Millionen Dosen in 3800 Kühlboxen im ganzen Land zu verteilen. An den Kosten in Höhe von etwa fünf Millio*nen Mark beteiligten sich neben* Unicef diverse Organisationen, darunter auch der Rotary Club, zu einem Drittel. Das Rote Kreuz half mit Fahrzeugen und Personal. Den Rest brachte El Salvador selbst auf.

„Kein Kind", so Unicef-Repräsentant der Region, Agop Kayayan, „kein einziges Kind soll die Chance verpassen müssen, weil wir nicht in der Lage waren, es zu erreichen."

Noch am Donnerstag organisierte er in einer Blitzaktion 150 000 Dosen *Masernimpfstoff* aus *Mexiko* und Kolumbien, um sicher zu gehen, daß der Vorrat reicht. Am Samstag schließlich schwärmten rund 800 Fahrzeuge aus und transportierten ihre kalte Fracht in 2300 Impfstellen.

Sonntag, 3. Februar: Tausende von Müttern machten sich auf, um ihre Kinder zu den Impfposten zu bringen, die in Krankenhäusern, Gesundheitsstationen, Schulen und Privathäusern eingerichtet worden waren. 20 000 Ärzte, Krankenschwestern und freiwillige Helfer – von einer dankbaren Bevölkerung schon als „Schwadronen des Lebens" betitelt – standen bereit.

„Eine wunderbare Sache", stimmte auch eine junge Mutter zu: „Ich brauche für die Impfung nichts zu bezahlen, und sie findet am Sonntag statt. *In der Woche hätte ich dafür keine* Zeit. Nein, meine beiden Kinder wären sonst wohl nie geimpft worden."

Weltweit sterben jedes Jahr rund fünf Millionen Kinder an Krankheiten, die durch Impfung zu verhindern wären. Verschwendetes Leben. So betonte Executiv-Direktor James P. Grant *in San Salvador*: „El Salvador setzte ein Beispiel. Wenn ein Land, das sich im Bürgerkrieg befindet, zu einer solchen Kampagne fähig ist, dann gibt es keinen Platz auf der Welt, wo dies nicht möglich sein sollte."

CLAUDIA OBERASCHER



Winterschlaf FOTO: LEUSCHNER/AP

Es bleibt klirrend kalt und heiter

AP, Frankfurt

In der zweiten Frostwelle dieses Winters erreichten die Temperaturen *in der Nacht zum Montag* erneut Rekord-Tiefstmarken, wie zum Beispiel in Oberbayern mit minus 27 Grad. Auf dem Frankfurter Flughafen wurde mit minus 13,8 Grad der Januarrekord erreicht, in *Nürnberg* konnten 20 Grad minus gemessen werden. Zu einem Chaos führten gestern spiegelglatte Straßen im morgendlichen Berufsverkehr in Nordrhein-Westfalen. *Auf den Autobahnen und* Einfallstraßen in den Ballungsräumen von Rhein und Ruhr zählte die Polizei allein 30 Staus. Erhebliche Behinderungen gab es auch in Frankfurt und Umgebung, *ebenso in Bayern*. Der Wintereinbruch führte bei der Bundesbahn zu erheblichen Verspätungen, weil die 46 000 eingebauten Weichenheizungen auf den Hauptstrekken zum Teil nicht funktionierten. Auch die Signale sprangen in der Eiseskälte nicht um. Mindestens bis zur *Wochenmitte soll es kalt bleiben* bei Hochdruckwetter mit Tagestemperaturen zwischen minus zehn und minus fünf Grad.

Aus der Tiefe zurück

AP, Bonn/Geesthacht

Die vor einem Jahr im GKSS-Forschungszentrum Geesthacht in Betrieb genommene, 30 Millionen Mark teure Unterwassersimulationsanlage „Gusi" hat die Bewährungsprobe bestanden. Wie das Bundesforschungsministerium in Bonn mitteilte, ist jetzt ein sechsköpfiges Taucherteam nach 33 Tagen aus einer simulierten Tiefe von 450 Metern ohne gesundheitliche Beschwerden zurückgekehrt. Die Dekompressionsphase dauerte zwei Wochen. Schwerpunkt des letzten Versuchs war das Schweißen bei dem in dieser Tiefe herrschenden Druck von 45 bar.

Schadenersatzforderungen

SAD, Paris

Die 79 Gemeinden an der Küste der Bretagne, deren Strände im März 1979 vom ausgelaufenen Öl des gestrandeten Tankers „Amoco Cadiz" verseucht wurden, haben von der amerikanischen Ölfirma „Standard Oil of Indiana" Schadenersatz in Höhe von rund einer Milliarde Mark verlangt. *Im April des vergangenen Jahres* gewannen die bretonischen Gemeinden die erste Runde ihres Prozesses gegen den Ölkonzern. Damals ging es um Fragen der Verantwortlichkeit. Die jetzt anstehende zweite Prozeßrunde um Schadenersatzforderungen wird voraussichtlich Mitte *des Jahres in Chicago verhandelt.*

Mehr Löcher im Käse

AP, Bern

Schweizer Forscher hoffen, daß es ihnen gelingen wird, dem Greyerzer Käse wieder zu mehr Löchern und damit zu jener Qualität zu verhelfen, die ihm im Lauf der letzten Jahre abhanden gekommen ist. Neuentwickelte Bakterienkulturen müssen jedoch zunächst von etwa 360 Käsereien in der Praxis erprobt werden.

Vorliebe für Zierpflanzen

sas. Essen

Rund 2,4 Milliarden Mark werden in der Bundesrepublik Deutschland alljährlich für Blumen und Zierpflanzen ausgegeben. Das teilte der Zentralverband Gartenbau mit. Mit etwa 115 Mark für Zierpflanzen liegt der Bundesbürger im europäischen Vergleich *an der Spitze. Als Weltneuheit* für Pflanzenfreunde stellte die „3. Internationale Pflanzenmesse '85" winzige Hydrokultur-Pflanzen vor, die nur noch ein Fünftel der Größe normaler Pflanzen erreichen. So ist ein ein Jahr alter Philodendron nur noch zehn Zentimeter groß.

Medizinisch unterversorgt?

dpa, München

Eine erhebliche medizinische Unterversorgung der Schlaganfallpatienten *stellte das Münchner Krankenhausreferat* aus Anlaß eines Symposiums fest. Defizite bestünden vor allem bei der Erstversorgung im Krankenhaus und der stationären Behandlung in den ersten Wochen. Mehr als vier Milliarden Mark müssen im Bundesgebiet pro Jahr für die Behandlung und Rehabilitation von rund 156 000 Schlaganfallpatienten ausgegeben werden. Ein Viertel der *Patienten stirbt in der Akutphase der* Erkrankung, mehr als die Hälfte wird pflegebedürftig.

Überschwemmungen

AFP, Johannesburg

Überschwemmungen und Erdrutsche haben während des vergangenen Wochenendes in der südafrikanischen Provinz Natal mindestens zwölf Todesopfer gefordert. Im Süden der Provinz kamen sieben Insassen eines Kleinbusses ums Leben, als die Fluten eine Brücke wegschwemmten. Mehrere Städte *verzeichneten die stärksten Regenfälle* seit zwanzig Jahren.

LEUTE HEUTE

Rillenleserei

Keine Hexerei, eine gute Gedächtnisleistung war es, mit der die beiden Rillenleser am Samstag ein Millionenpublikum verwirrten. **Wolfgang Laddach** und **Ralf Kraft** können nicht aus den Rillen einer Schallplatte den Titel ablesen, wie **Frank Elstner** dem Publikum in „Wetten dass...?" glauben machte. Das hatte die WELT denn auch für unmöglich gehalten. *Die beiden* Supertypen, (s. WELT v. gestern) hatten sich vielmehr einen Code gebastelt, den sie sechs Monate lang auswendig lernten. Unter anderem merkten sie sich die Anzahl der Lieder auf den Platten.

Froschmann

Bisher hatten bei ihr nur Männer eine Chance, die Rennautos zu bändigen wissen. **Anthony Delon** war darunter, **Alain Proust** und **Jackie Icks**. *Jetzt scheint Prinzessin* **Stephanie von Monaco** auf mehr Solidität zu bauen. Auf dem Maskenball zu ihren 20. Geburtstag fiel ein dunkelblonder 30jähriger auf, der als Froschmann im Taucheranzug mit Schwimmflossen erschien und nicht von ihrer Seite wich. Der *Neue im Leben der Prinzessin* ist Graf **Christian le Carruyer de Beauvais.**

Skandal um „Madame la Directrice"

Aus den Vitrinen der französischen Münzprägeanstalt verschwanden wertvolle Stücke

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das „Hotel de la Monnaie", die Münzprägeanstalt der französischen Republik auf dem linken Seine-Ufer in Paris, neben dem Institut Francais mit seinen 40 „Unsterblichen" und gegenüber vom Louvre, also da gelegen, wo Paris am feinsten ist, verströmt seit einigen Tagen den schar*fen Geruch des Skandals aus seinen* hohen Butzenscheibenfenstern. Der stellvertretende Direktor der Anstalt, Madame Françoise Verne, hatte offenbar eine unorthodoxe Auffassung von ihren Pflichten. Seit dem 1. Februar sitzt sie im Untersuchungsgefängnis ihrer Heimatstadt Caën in *der Normandie*, weil sie *verdächtigt* wird, wertvolle Münzen entwendet und über verschiedene Antiquare und Numismatiker „an den Mann" gebracht zu haben.

Man weiß noch nicht genau, wieviele der teils äußerst seltenen und wertvollen Stücke verschwunden sind. Aber einige Hundert sollen es schon sein. Das merkwürdige an dem Fall ist, daß dies niemand vorher gemerkt hat. Denn Diebstähle hat es angeblich seit Jahren in diesem altehrwürdigen Palais aus dem Jahre 1701 gegeben, in dem Kanzler Kohl und Präsident Mitterrand vor zwei *Jahren feierlich den 20. Jahrestag des* Elysee-Vertrages begingen und das aristokratische großbürgerliche und diplomatische Paris einige seiner exquisitesten Zusammenkünfte abzuhalten pflegt.

Die vielen prachtvollen Schränke und Vitrinen, in denen Münzen aus zehn Jahrhunderten aufbewahrt werden (die Gründung der Anstalt geht *auf Karl den Großen zurück), hatten* Löcher und niemand sah sie oder wollte sie sehen. Es scheint, als bereite sich einer der größten Skandale Frankreichs vor, als habe seit Jahren, vielleicht Jahrzehnten ein unbeschreibliches Durcheinander bei der Verwaltung des Hauses geherrscht, als sei der *Vorwurf gegen die* elegante, gebildete, charmante ehemalige ENA-Schülerin und Trägerin des Verdienstordens der Republik nur die Spitze eines Eisbergs von Mißgriff und Korruption. Die Justiz steht erst am Anfang ihrer Untersuchung. Die Presse spricht von einer „kulturellen Katastrophe".

Françoise Verne hatte sich wie ein Schulmädchen beim Ladendiebstahl schnappen lassen. Im vorigen Sommer erschien sie mit einer „Carambole", einer sehr seltenen Münze aus der Zeit und mit dem Bildnis des Sonnenkönigs Ludwig XIV. bei *einem renommierten Antiquar* von Caën, dem sie das Stück für die lächerliche Summe von 1500 Franc (500 Mark) zum Kauf bot. Der Fachmann wußte, daß die Münze mindestens *das 20fache* wert war, *nahm sie* ungerührt in Kauf und bot sie wenig später in zwei Liebhaberzeitschriften zum Kauf an. Einer der Angestellten der Prägeanstalt in Paris las die Anzeige und wurde stutzig. Er stellte fest, daß die Münze in den Sammlungen fehlte, erkundigte sich beim An*bieter nach der Verkäuferin und* erstattete Anzeige. „Ich war knapp mit Haushaltsgeld und mußte eine Münze aus meiner Privatsammlung verkaufen," erklärte die Vizedirektorin bei ihrer Festnahme in ihrem Landhaus im vornehmen Badeort Cabourg.

Heute erinnern sich ihre Untergebenen, daß Madame la Directrice gleich nach ihrer Ernennung zur zweithöchsten Beamtin der Administration des Hauses die Schlüssel zu sämtlichen Sammlungen verlangt hatte. *Angeblich um eine seit 50 Jahren* nicht mehr gemachte Inventur vorzunehmen. Bis dahin hatte nur der Chefkonservator des Hauses das Schlüsselrecht. Françoise Vernes Verteidiger, Mâitre Dewinter, will nachweisen, daß seine Mandantin das Opfer von Intrigen und „unglaubli*cher Schlamperei" wurde.*

Wer hatte die Ideen?

Brooke Shields' verunglückte Mode-Premiere in München

PETER SCHMALZ, **München**

Werbetexter, die aus einem Quäntchen Wahrheit und viel Phantasie eine Traumwelt zu Papier bringen, treffen manchmal den Kern der Sache *deutlicher, als ihnen selbst lieb sein* kann. Zu Brooke Shields etwa, der amerikanischen Bohnenstange unter Mutterschutz, fiel ihnen der schöne Satz ein, die Öffentlichkeit habe „ein kaum endenwollendes Interesse an jedem Aspekt ihres Lebens".

Wie unangenehm eine solche intensive *Neugierde sein kann, mußte* Star-Mutter Teri Shields am vergangenen Wochenende erleben. Warum denn, wollte diese interessierte Öffentlichkeit bohrend wissen, habe der fotogene Star, dessen Filmgagen schon im zarten Alter von 19 Jahren auf weit über eine Million Dollar geklettert *sind, das Millionenpublikum* von Frank Elstners TV-Show „Wetten dass...?" ebenso versetzt wie die Modeexperten an der Isar. Ihnen war zu den derzeitigen Münchner Modetagen eine Einladung zu einer Weltpremiere der neuen Brooke-Shields-Winterkollektion zugeleitet worden: Das *Mädchen „bittet sie nach der Show zu* einem Candle-Light-Dinner".

Doch ausgerechnet und unvorhersehbar fand an diesem Wochenende die Aufnahme Brooke Shields in einen exklusiven Club der Princeton-Universität statt. Rührend wirkte diese Ausrede der Mutter, die als harte *Managerin das Töchterchen schon im Babyalter für Windeln und Seife* vermarktete und sich mittlerweile Präsidentin der „Brooke Shields Company" nennen darf.

Aber schlimmer noch: Mit nicht en*denwollendem Interesse begehrte die* Öffentlichkeit während einer Pressekonferenz in München auch noch Auskunft darüber, wie die junge Studentin der Literatur, die ihren Star-Namen schon für Kaugummis, T-Shirts und Comic-Hefte verkaufte, denn nun an der neuen Kleider-Kol*lektion mitgewirkt habe.*

„Das Grundkonzept stammt von ihr", sagte ihr Schweizer Kleiderfabrikant. Dessen Nichte, eine Modedesignerin aber gestand: „Ich zeige ihr meine Ideen, *meine Farbvorschläge*, meine Skizzen – und sie gibt mir Tips." Ein zweiter Onkel erstickte *mögliche Verdächtigungen* im Keim. Brooke dürfe kraft ihres Vertrags Modelle, die ihr nicht gefallen, aus der Kollektion werfen. Ob das schon einmal geschehen ist? Nein. Die Veranstalter schüttelten lächelnd den Kopf über soviel fragende Dummheit.

Wäre nur noch anzumerken, daß die Kollektion aus edlen Stoffen und sportlichen Schnitten in so düsteren Farben erscheint, daß der Betrachter unwillkürlich an den Denver-Clan denken muß, dessen Mode-Seiten*sprung zum 300-Millionen-Mark-Flop* ausartete. Aber womöglich macht der Gedanke an Brooke Shields kauffreudiger als der an Joan Collins.



Der Schauspieler Hans Moser (rechts) prägte wie kein *anderer das Bild von der* Zunft der Gepäckträger. Dienstbare Geister, wie er sie im Film „Hallo Dienstmann" verkörperte, sind zwar von den Bahnsteigen verschwunden. Doch jetzt lebte dieser Service in neuer Form wieder auf – vorerst nur im Bereich der Bundesbahndirektion Köln. Im Bild links: Hauptbahnhof Bonn. FOTOS: SCHÜRING/KINDERMANN

Der Dienstmann kommt zurück

Von MARIA GROHME

„Sollen wir ihn mit dem Untergriff nehmen oder krawotisch", nuschelt Hans Moser in seinem wohl berühmtesten Film „Hallo Dienstmann" seinem Kollegen zu, der sich auch nicht entscheiden kann. Also bleibt der Koffer stehen. Berufsehre ist nun mal Berufsehre. Dienstmann sein, das war damals, in den dreißiger Jahren nicht nur ein Job, *das war ein selbstbewußter* Berufsstand – wenn auch ein sterbender.

Die „Dienstmänner" vom Schlage eines Hans Moser sind still von den *Bahnsteigen verschwunden. Statt* dessen reihten sich die Gepäckwagen mit den sich immer quer zur Fahrtrichtung stellenden Rädern überall dort auf, wo der Reisende sie gerade *nicht brauchte. Auch die Koffer*hersteller reagierten findig auf den Mangel: Die Bahnhofszenerie beleben die merkwürdig anzuschauenden Reisenden, die ihren Koffer „am Bandel" *hinter sich herziehen.*

Doch seit Oktober des vergangenen Jahres gibt es bei der Deutschen Bundesbahn wieder Gepäckträger, vorerst nur in den Intercity-Bahnhöfen *Düsseldorf, Köln, Bonn*, Wuppertal und Koblenz. Den Dienstmann auf „Hallo"-Zuruf wird der Fahrgast allerdings auch jetzt nicht mehr finden. Er muß die Dienste vorbestellen: *schriftlich, fernschriftlich oder telefo*nisch, kurzfristig auch über das Intercity-Telefon oder beim Schaffner, der die Order per Bahnfunk weitergibt. Auch ist der Service nur für Inter*city-Reisende gedacht.*

Die „Dienstmänner" vom alten Schlage sind tatsächlich verschwunden: die zumeist alten Männer, die in einer Gepäckträgergemeinschaft *quasi als freie Unternehmer* mit Garantielohn auf den Bahnsteigen ihre Dienste anboten. Auf dieser Basis arbeiteten ganze Generationen der Zunft: Die „Encyklopädie des ge*samten Eisenbahnwesens*" vom Jahre 1892 beschreibt sie als „selbständige Gewerbetreibende ... welche auf Grund eines Vertrags mit der Bahnverwaltung" die Geschäfte versehen. Die Bahnverwaltungen „*pflegen den* Gepäckträgern einen Mindestlohn zu gewährleisten". Dafür hatten sie dann „das Gepäck der Reisenden von den Straßenfuhrwerken zum Gepäckbureau und zu den Eisenbahnwagen" zu transportieren. Diese Art von Verträgen hatte die Deutsche Bundesbahn nach und nach aufgekündigt, aus Rentabilitätsgründen.

Die *neuen Gepäckträger sind* Angestellte der Bahn, in den Gepäckabteilungen beschäftigt. Erhält der Dienststellenleiter eine Bestellung, schlüpft einer von ihnen in eine grüne *Jacke, setzt sich eine blaue Mütze auf* und hat sich schnell in einen „Dienstmann" verwandelt. Wie dereinst seine Vorgänger holt er das Gepäck des Fahrgastes von der Waggontür ab, bringt es *zum Taxi oder Bus*, umgekehrt funktioniert der Service sogar bis ins Zugabteil.

Die Reisenden haben den mit viel Schwung und Sinn für Werbung in den Intercityzügen und auf den Bahnsteigen angepriesenen „neuen" Service angenommen. Er ist nicht teuer: Für die ersten beiden Koffer kassiert die Bahn fünf Mark, für jeden weiteren verlangt sie 2,50 Mark. In den Monaten Oktober bis Januar waren die „Gepäckträger" insgesamt 3416 mal behilflich. „Das ist mehr, als wir erwartet haben", ließ der Pressesprecher der Bundesbahndirektion Köln wissen. Der neue und zugleich so alte Service befindet sich noch in einer Testphase. Doch nach diesem *Anfangserfolg ist anzunehmen*, daß die Bahn ihren Service auch auf das gesamte Streckennetz der Intercityzüge ausdehnen wird.

WETTER: Sehr kalt

Wetterlage: Ein von der Ostsee bis Nordrußland reichendes Hoch beherrscht an den nächsten Tagen mit trocken, kalter Festlandsluft das Wetter in Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt, ... Nebel ● Sprühregen ● Regen * Schneefall ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Sonnig oder locker bewölkt und niederschlagsfrei. Tagesböchsttemperaturen zwischen minus 4 und minus 8 Grad C. Nachts klar und strenger Frost zwischen minus 10 und minus 15 Grad C, örtlich unter minus 20 Grad C. Mäßiger, in freien Lagen frischer Ostwind, im Norden allmählich abnehmend.

Weitere Aussichten:

Andauer des trocken kalten Winterwetters.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-13°	Kairo	22°
Bonn	-7°	Kopenh.	-8°
Dresden	-15°	Las Palmas	20°
Essen	-9°	London	-2°
Frankfurt	-9°	Madrid	14°
Hamburg	-6°	Mailand	1°
List/Sylt	-8°	Mallorca	15°
München	-10°	Moskau	-19°
Stuttgart	-10°	Nizza	12°
Algier	19°	Oslo	-16°
Amsterdam	-5°	Paris	-4°
Athen	16°	Prag	-14°
Barcelona	11°	Rom	13°
Brüssel	-7°	Stockholm	-14°
Budapest	-8°	Tel Aviv	19°
Bukarest	-9°	Tunis	16°
Helsinki	-15°	Wien	-13°
Istanbul	14°	Zürich	-8°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.40 Uhr, Untergang: 17.34 Uhr; **Mondaufgang:** 2.58 Uhr, Untergang: 11.05 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

Einen Ausflug zu den „Adelsberger Grotten in Italien" sowie „in Wien deutschsprachige Reiseleitung" verspricht das Reisebüro Dammann in Buxtehude vor den Toren Hamburgs in seiner Werbung für eine zehntägige Busreise.